

Antragsbuch

der
1. ordentlichen
Landesdelegiertenkonferenz 2014
der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten
in der SPD
Landesverband Berlin

22./23. März 2014 • Willy-Brandt-Haus •
Wilhelmstr. 140 • 10963 Berlin

Inhalt

Vorschlag zur Tagesordnung.....	5
Vorschlag zur Geschäftsordnung.....	6
Liedtext: Bet' und Arbeit' ruft die Welt.....	8
Antragsbereich A: Arbeitsprogramm	9
A1_1/14 Morgen in Berlin links leben.....	9
Antragsbereich B: Gute Arbeit und Beschäftigungspolitik.....	35
B1_1/14 Minderjährige in der Bundeswehr von Ausbildung und Dienst an der Waffe ausnehmen.....	35
Antragsbereich C: Chancengleichheit, Bildung und Ausbildung.....	37
C1_1/14 Partizipation von Eltern und SchülerInnen stärken!	37
C2_1/14 "Ey Alter! Was hast du gesagt?!"	40
Antragsbereich D: Demokratie, Partizipation, Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen.....	43
D1_1/14 Werbewatchgroup nach Wiener Vorbild auch in Berlin einrichten!.....	43
D2_1/14 JA zur direkten Demokratie	44
D3_1/14 Personalabbau stoppen, Personalentwicklung starten!	46
D4_1/14 Karenzzeit für ausscheidende Mitglieder der Bundesregierung umgehend einführen!.....	47
D5_1/14 Keine Verlängerung der Legislaturperiode des deutschen Bundestags.....	48
Antragsbereich E: Europa, Frieden, Internationales.....	50
E1_1/14 Europawahlen 2014 – Zeit, dass sich was dreht	50
E2_1/14 Raus aus der Lethargie: Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften in Syrien!.....	55
E3_1/14 Völkermord verjährt nicht! Für einen verantwortungsvollen Umgang mit deutscher Kolonialgeschichte	57
E4_1/14 Blut und Spiele	59
Antragsbereich I: Inneres, Datenschutz, Netzpolitik.....	60
I1_1/14 Korruption ächten – Landesantikorrupionsgesetz schaffen.....	60
I2_1/14 Steuerbetrug konsequent ächten!.....	61
I3_1/14 Vorwärts in der Berliner Flüchtlingspolitik!.....	63
I4_1/14 Schusswaffen verbieten!.....	65
Antragsbereich K: Kapitalismuskritik, Wirtschaft und Finanzen	66
K1_1/14 Das EEG und öffentliche Dienstleistungen: Energiekosten an der richtigen Stelle sparen und Ausnahmetatbestände an der richtigen Stelle offensiv vertreten	66

K2_1/14 Stärkung der Rechte von MieterInnen! Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Ermittlung und Festsetzung von Mietflächen	68
K3_1/14 Freihandelsabkommen mit europäischen Volksbegehren stoppen!	71
Antragsbereich O: Organisation und Parteireform.....	73
O1_1/14 Keine leeren Plätze mehr! Reduzierung der Legislaturperiode der Landesdelegiertenkonferenz auf ein Jahr!.....	73
O2_1/14 Sozialdemokratisch leben – gibt es solidarischen Konsum?	75
O3_1/14 Offenlegung von Mitarbeiter*innenverhältnissen zur SPD	77
O4_1/14 Rosa&Karl stolz machen!.....	78
O5_1/14 Richtlinien-Änderung: Für eine harte Quote auf der LDK!	80
O6_1/14 Antragskommission stärker befähigen	82
O7_1/14 Delegationswahlen müssen mit der Zeit gehen.....	83
O8_1/14 Schaffung eines Systems, um den Status von Anträgen zu verfolgen	84
O9_1/14 Sexismus auch im eigenen Verband bekämpfen!.....	85
Antragsbereich R: Resolutionen	87
R1_1/14 Resolution: Stillstand ist konservativ. Am 25. Mai NEIN stimmen.	87
R2_1/14 Resolution: Die Kultur der (falsch verstandenen) Verantwortung – Gegen eine weitere Militarisierung der Außenpolitik.....	89
R3_1/14 Resolution: Unterstützung für palästinensische Flüchtlinge in Syrien!.....	92
R4_1/14 Resolution: Verdrängung von Obdachlosen stoppen!.....	94
Antragsbereich V: Verkehr und Infrastruktur	95
V1_1/14 Fahrscheinlosen ÖPNV prüfen	95
Liedtext: Die Internationale.....	96

Vorschlag zur Tagesordnung

Beginn des 1. Konferenztages: Samstag, 22.03.2014, um ca. 16:00 Uhr*

1. Gemeinsames Singen: Bet' und Arbeit' ruft die Welt
2. Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Kevin Kühnert
3. Wahl des Präsidiums
4. Beschluss über die Tages- und Geschäftsordnung
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Wahl- und Zählkommission
7. Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes
8. Aussprache über den Bericht und Entlastung des Landesvorstandes
9. Bericht der Mandatsprüfung
10. Beschluss über das Landesarbeitsprogramm
11. Wahlen
 - a. des oder der Landesvorsitzenden
 - b. Beschluss über die Anzahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
 - c. Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
12. Antragsberatung

Ende des 1. Konferenztages um ca. 22:30 Uhr. Im Anschluss: Gemütlicher Ausklang

* Abhängig vom Ende der am Tage stattfindenden Kreisdelegiertenversammlungen kann sich der Beginn geringfügig verzögern.

Beginn: Sonntag, 23.03.2014, um 10:00 Uhr

13. Fortsetzung Antragsberatung
14. Fortsetzung der Wahlen
 - d. Wahl der KreisvertreterInnen in den erweiterten Landesvorstand
 - e. Wahl von zwei Juso-Bundesausschuss-VertreterInnen
15. Ggfs. Nominierungen
16. Grußworte
17. Antragsberatung
18. Verabschiedungen
19. Schlusswort des oder der Landesvorsitzenden
20. Gemeinsames Singen: Die Internationale

Ende des 2. Konferenztages um ca. 18:00 Uhr

Vorschlag zur Geschäftsordnung

- 1 1. Stimmberechtigt sind alle von den jeweiligen Kreisvollversammlungen gewählten
2 Delegierten.
3
- 4 2. Rederecht haben die ordentlichen Delegierten, die Mitglieder des Landesvorstandes, alle
5 Gäste, die vom Landesvorstand oder dem erweiterten Landesvorstand offiziell eingeladen
6 sind, sowie alle anwesenden JungsozialistInnen.
7
- 8 3. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der
9 Stimmberechtigten anwesend sind.
10
- 11 4. Die Landesdelegiertenkonferenz wählt ein mindestens zweiköpfiges Präsidium, eine
12 Mandatsprüfungs- sowie eine Wahl- und Zählkommission.
13
- 14 5. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit
15 gefasst.
16
- 17 6. Die Redezeit für die DiskussionsrednerInnen darf 5 Minuten nicht überschreiten.
18
- 19 7. Die Redeliste wird nach folgendem Verfahren erstellt: Getrennt nach Genossinnen und
20 Genossen werden die Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe notiert. Das Wort
21 erhält dann jeweils im Wechsel ein Genosse und eine Genossin bzw. umgekehrt
22 (Reißverschlussprinzip).
23
- 24 8. Wenn keine Frauen mehr auf der Redeliste stehen, ist die Debatte beendet. Auf Antrag kann
25 die Liste für drei Männer geöffnet werden. Danach wird die Liste wieder geschlossen. Auf
26 Antrag kann die Liste wiederum für drei weitere Männer geöffnet werden, worüber nur noch
27 die weiblichen Delegierten abstimmen. Sobald sich Frauen melden, wird wieder
28 nachquotiert.
29
- 30 9. Das Recht Geschäftsordnungs-, Initiativ- und Änderungsanträge zu stellen haben alle
31 Delegierten, die Juso-Kreise, der Landesvorstand, die Landesarbeitskreise sowie die Juso-
32 Hochschulgruppen.
33
- 34 10. Anträge und Änderungsanträge haben in einer geschlechtergerechten Schreibweise
35 eingereicht zu werden. Ist dies nicht oder nur unzureichend der Fall, ermöglicht das
36 Präsidium der, dem oder den AntragstellerInnen, die Schreibweise unverzüglich zu

37 korrigieren. Geschieht diese Korrektur nicht, ist das Nichteinhalten der geschlechtergerechten
38 Schreibweise auf der LDK zu begründen.

39

40 11. Initiativanträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 15 Delegierten aus
41 drei Kreisen unterstützt werden und wenn der Anlass für den Antrag nach Ablauf der Frist für
42 Anträge(02.03.2014) entstanden ist. Frist für die Abgabe der Initiativ- und Änderungsanträge
43 mit den erforderlichen Unterschriften ist Samstag, 22.03.2014, eine Stunde nach
44 Konferenzbeginn. Personalvorschläge und Nominierungen sind dem Präsidium ebenfalls bis
45 Samstag, 22.03.2014, eine Stunde nach Konferenzbeginn zuzuleiten.

46

47 12. Änderungsanträge zu einem späteren Zeitpunkt werden nur zugelassen, wenn die
48 Antragstellerin oder der Antragsteller Neuformulierungen auf der Basis der eingereichten
49 Änderungsanträge vorlegt oder wenn zwei Drittel des Präsidiums einen nach Ablauf der
50 Antragsfrist eingereichten Änderungsantrag als wesentlich für den Fortgang der Beratung
51 erachten.

52

53 13. Änderungsanträge, die nach dem im Antragsbuch veröffentlichten Kopierschluss (19.03.2014)
54 eingereicht werden, können nicht von der Antragstellerin oder dem Antragsteller des
55 Ursprungsantrags übernommen werden. Sie müssen – sofern sie aufrechterhalten werden –
56 der Landesdelegiertenkonferenz zur Abstimmung vorgelegt werden. Änderungsanträge sind
57 in schriftlicher oder elektronischer Form einzureichen. Die Formatvorgaben sind dabei zu
58 beachten.

59

60 14. Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission begründen Vertreter der unquotierten
61 Delegationen die Ursachen für die mangelnde Repräsentation aller Geschlechter. Diese
62 Rechenschaft ist Pflicht.

Liedtext: Bet' und Arbeit' ruft die Welt

Bet und arbeit! ruft die Welt
Bete kurz! denn Zeit ist Geld
An die Türe pocht die Not
Bete kurz! denn Zeit ist Brot

Und du ackerst, und du säst,
Und du nietest, und du nähst,
Und du hämmerst, und du spinnst –
Sag, o Volk, was du gewinnst!

Wirkst am Webstuhl Tag und Nacht
Schürfst im Erz- und Kohlenschacht,
Füllst des Überflusses Horn,
Füllst es hoch mit Wein und Korn.

Doch wo ist dein Mahl bereit?
Doch wo ist dein Feierkleid?
Doch wo ist dein warmer Herd?
Doch wo ist dein scharfes Schwert?

Alles ist dein Werk! o sprich,
Alles, aber nichts für dich!
Und von allem nur allein,
Die du schmiedst, die Kette, dein?

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

Brecht das Doppeljoch entzwei!
Brecht die Not der Sklaverei!
Brecht die Sklaverei der Not!
Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!

Historischer Hintergrund: Als sich im Jahre 1963 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, ein Vorläufer der SPD, gründete, bat sein führender Protagonist Ferdinand Lassalle (1825-1864) den Dichter Georg Herwegh (1817-1875) ein Bundeslied für den ADAV zu schreiben. Dieses Lied wurde am Schluss der Veranstaltungen des ADAV gesungen. (Quelle: „Das vorwärts Liederbuch“, 2011, S. 41)

1 **AntragsstellerIn:** Juso Landesvorstand

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 5 **A1_1/14 Morgen in Berlin links leben**

6 **1. Selbstverständnis**

7 **Wir Jusos Berlin...**

8 ...sind ein sozialistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband. Dem Antifaschismus
9 sehen wir uns verpflichtet. Wir stehen in einer internationalistischen und antimilitaristischen Tradition. Als
10 Teil der Parteilinken sind wir der SPD in kritischer Solidarität verbunden. Mit dem Bekenntnis zur
11 Doppelstrategie verstehen wir uns als Teil der gesellschaftlichen Linken.

12
13 Es ist für die Arbeit unseres Verbandes unverzichtbar, dass alle Mitglieder in der Lage sind, Diskussionen
14 theoretisch unterfüttert zu führen. Wir verpflichten uns deshalb, das Bewusstsein unserer Mitglieder (ob
15 neu im Verband oder nicht) über den Ursprung und die Bedeutung unserer jungsozialistischen
16 Grundwerte zu stärken. Wir werden die Begriffe, die unser Selbstverständnis ausmachen, immer wieder
17 (selbst-) kritisch untersuchen und mit Leben füllen. Dies wird in unserer Bildungsarbeit und unseren
18 Projekten ständiger Bestandteil sein.

19 20 **... im Juso-Bundesverband**

21 Der Juso-Bundesverband ist für uns einer der wichtigsten Akteur*innen der Partei-Linken auf
22 Bundesebene. Unserem Landesverband kommt dabei eine besondere Verantwortung zu: mit einem
23 stellvertretenden Bundesvorsitzenden und der Bundesgeschäftsführerin stellen wir wichtige Akteure. Es
24 ist wichtig, dass wir als Berliner Landesverband einheitlich und klar auftreten. Wir werden unsere
25 Vertreter*innen im Juso-Bundesverband inhaltlich unterstützen und uns an Kampagnen des Juso-
26 Bundesverbands beteiligen. Unsere Bundeskongressdelegation fällt traditionell durch konstruktive und
27 inhaltlich starke Arbeit auf. Daran wollen wir anknüpfen und unsere Anliegen auch weiterhin kraftvoll zu
28 Gehör bringen, aber auch immer wieder neue Themen und Debatten im Bundesverband initiieren und
29 vorantreiben.

30
31 Über den Bundeskongress sowie die Projekte des Bundesverbands, die Mitarbeit in den Netzwerkstellen,
32 bei Fachkonferenzen und in der Bundeskommission Internationales wollen wir auf die Debatten und
33 Positionen des Bundesverbands Einfluss nehmen und sie aktiv mitgestalten. Wir verstehen uns dabei als
34 Teil der Verbandslinken und arbeiten konstruktiv und solidarisch mit ihr auf Bundesebene zusammen. Die
35 Formierung einer Gesamtlinken wollen wir in den nächsten zwei Jahren begleiten und uns dabei
36 inhaltlich mit ihrem potenziellen Charakter und ihren möglichen Zielen auseinandersetzen.

37 Unsere Delegierten in den Projekten, Netzwerkstellen und Kommissionen des Bundesverbands werden
38 ausschließlich von der Landesdelegiertenkonferenz oder dem erweiterten Landesvorstand nominiert. Sie
39 sollen dem Verband regelmäßig über ihre Arbeit berichten und ihn an den Debatten auf Bundesebene
40 beteiligen. Dafür wird nach jeder Veranstaltung auf Bundesebene, für die es Berliner Delegierte gibt, ein
41 Tagesordnungspunkt beim nachfolgenden erweiterten Landesvorstand eingeführt. (Alternativ: Um die
42 Diskussionen auf Bundesebene verstärkt zu thematisieren, kann der eLV sich von den Treffen auf
43 Bundesebene berichten lassen.)

44

45 **... in der Berliner SPD**

46 Wir verstehen uns als eigenständiger und kritischer Verband in der Berliner SPD und in ihren
47 Kreisverbänden. Wir fordern von unserer Mutterpartei, sowohl im eigenen Regierungshandeln in unserer
48 Stadt wie auch als Landesverband in der Bundes-SPD, ein, für eine solidarische Gesellschaft zu streiten
49 und sozialistische Konzepte durchzusetzen.

50

51 Vor allem die bisherige Amtszeit des rot-schwarzen Senats in Berlin hat deutlich gemacht: Zwei Große
52 Koalitionen auf Bundes- und Landesebene begrenzen die Durchsetzung linker Politikentwürfe erheblich.
53 Die Arbeit in der SPD Berlin stellt sich für uns daher widersprüchlich dar. Zwar beschließt der SPD-
54 Landesverband den größeren Teil der Juso-Positionen, die Umsetzung dieser scheitert aber fast immer im
55 Senat oder im Abgeordnetenhaus. Wir bestehen weiterhin auf die strikte Einhaltung von Parteiprogramm
56 und Landesparteitagsbeschlüssen und werden diese, wenn nötig, energisch einfordern.

57

58 Für 2016 wollen wir linke Reform-Alternativen aufzeigen und die Paradoxien der aktuellen Senatspolitik
59 überwinden. Hierbei gilt es, die Widersprüche zwischen den Parteien der regierenden Großen Koalition
60 noch stärker herauszuarbeiten.

61

62 Um unsere Positionen in den Landesgremien (Landesparteitag, Landesvorstand) weiterhin durchsetzen
63 zu können, müssen wir koordiniert vorgehen. Wir wollen uns als Jusos noch stärker als bisher auch als
64 eigener Stimmblock verstehen und auch bereits im Vorfeld in unseren Kreisverbänden für Unterstützung
65 werben. Außerdem wollen wir stärker in den Fachausschüssen und Arbeitsgemeinschaften für unsere
66 Positionen werben.

67

68 **... im linken Flügel der SPD**

69 Die Klassengrenze geht zurzeit mitten durch die SPD, auch in Berlin. Während ein Teil die Sache der
70 arbeitenden Klasse vertritt, repräsentiert ein anderer Teil die politischen Interessen des herrschenden
71 Teils der Gesellschaft. Wir Jusos sind Teil der Parteilinken, sehen uns als die treibende Kraft dieses Flügels
72 und stehen mit ihr auf der Seite der Erwerbstätigen, der Erwerbslosen, der Frauen*, der Eingewanderten,
73 der Alternativen. Die Parteilinke in der Berliner SPD hat sich zuletzt in der "Berliner Linken" organisiert. Vor
74 zwei Jahren ist bei der Wahl zum SPD-Landesvorstand das Bündnis faktisch zerfallen und besteht seither
75 nur noch auf dem Papier. Es wurde Opfer des eigenen Erfolgs, da zwei ihrer eigenen Kandidaten für den
76 Landesvorsitz der SPD Berlin antraten und so keine politische und persönliche Polarisierung möglich war.

77

78 Wir Jusos Berlin wollen eine links positionierte SPD. Dazu muss der linke Flügel der SPD wieder gestärkt
79 und organisiert werden. Wir werden deshalb mit anderen Akteur*innen den Impuls zum Neustart einer
80 organisierten Parteilinken in der SPD Berlin geben. Unser Anspruch geht dabei über reine Zählbündnisse
81 für Parteitage hinaus. Hierzu bedarf es eines Prozesses mit der Zielstellung, ein gemeinsames inhaltliches
82 Selbstverständnis, eine gesellschaftliche Zielstellung und eine visionäre Idee eines sozialen Berlins zu
83 entwickeln.

84

85 Die Parteilinke auf Bundesebene befindet sich trotz einiger inhaltlicher Erfolge in schlechter Verfassung,
86 was an Spaltungstendenzen und Personalentscheidungen in Regierung, Fraktion und Partei vor und nach
87 der Bundestagswahl deutlich wurde. Als tragender Teil des Juso-Bundesverbandes unterstützen wir auch
88 hier die dringend nötige die Stärkung der Strukturen und Personen der Parteilinken. Auch die Berliner
89 SPD muss ihren Teil dazu beitragen.

90

91 Zudem finden wir uns seit drei Jahren in einer CDU-Koalition wieder, trotz einer rechnerisch linken
92 Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Gerade deshalb bedarf es auch stabiler Kontakte zu Linkspartei und
93 Grünen. Wir werden mit den Jugendorganisationen [solid] und der Grünen Jugend unsere Kontakte
94 fortsetzen und ausbauen. So wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass 2016 eine linke
95 Regierungsmehrheit Berlin regiert.

96

97 **... in der gesellschaftlichen Linken**

98 Wir setzen uns für eine aktive, lebhafte und dauerhafte Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, den
99 sozialen Bewegungen und anderen linken Jugendorganisationen ein. Wir stehen an der Seite
100 progressiver Kräfte in dieser Stadt und kämpfen auch außerparlamentarisch für unsere Positionen. Wir
101 bekennen uns ausdrücklich zur radikalen Linken.

102

103 Wir haben in den letzten Jahren viele wichtige Initiativen wie z.B. Dresden Nazifrei oder den
104 Frauen*kampftag mitgetragen. Unsere Bündnisarbeit sowohl im antifaschistischen, feministischen wie
105 auch im stadtentwicklungs- und bildungspolitischen Bereich wollen wir fortführen und weiter
106 intensivieren.

107

108 Das Regierungshandeln der Großen Koalitionen in Berlin und Bund, aber auch die konservative Politik des
109 Hamburger SPD-Senats, belastet allerdings unsere Arbeit in Bündnissen. Als Jusos Berlin spüren wir das
110 Misstrauen gegenüber der Sozialdemokratie von heute. Wir fühlen uns in der Verantwortung, unseren
111 Partner*innen deutlich zu machen, dass wir uns als Vertreter*innen progressiver, linker Politik verstehen
112 und nicht als Anwält*innen irgendeiner Regierung.

113

114 Die Verbände der ArbeiterInnenjugend, d.h. DGB-Jugendgewerkschaften, SJD-Die Falken,
115 Naturfreundejugend, das AWO-Jugendwerk und die Arbeiter-Samariter-Jugend, sind für die Jusos
116 originäre Bündnispartner*innen.

117

118 Als Jusos ist uns die Solidarisierung mit Arbeitnehmer*innen ein besonderes Anliegen: Wir wollen
119 deshalb stärker auf die Gewerkschaften zugehen, uns beispielsweise vermehrt direkt in Streiks
120 einmischen, uns wahrnehmbar mit Arbeitskämpfen solidarisieren und neue Formen der Vernetzung
121 finden.

122

123 Die Zusammenarbeit mit anderen linken Parteijugendorganisationen, hier vor allem mit Grüner Jugend
124 und linksjugend solid', hat für uns nicht nur strategischen Wert: Neben dem notwendigen Auf- und
125 Ausbau eines linken Reformbündnisses geht es uns auch darum, die außerparlamentarische Kooperation
126 mit den Organisationen zu stärken und voneinander zu lernen. Auch wenn wir uns einer
127 organisatorischen Kooperation weiterhin nicht verschließen und beispielsweise im Rahmen des Politik-
128 Cafés fortführen werden, schließen wir gemeinsame politische Projekte mit der Jungen Union aus.

129

130 Eine Zusammenarbeit mit den Verbänden der Arbeiter*innenjugendbewegung konnte vor allem durch
131 das Bündnis "Rosa&Karl" erfolgreich reaktiviert werden. Diese spezielle Initiative wollen wir fortsetzen und
132 intensivieren. Darüber hinaus wollen wir immer wieder Punkte für Zusammenarbeit suchen und
133 Diskussionsplattformen schaffen. Denkbar sind Projekte zu linker Geschichte oder zu linken
134 "Grundsatzfragen", durch die eine gemeinsame theoretische Basis und, daraus folgend, auch
135 gemeinsame inhaltliche Positionen für unsere politische Praxis erarbeitet werden könnten.

136

137 **2. Kernprojekt Sozialpolitik**

138 **Entwicklung und Bedeutung des Arbeitsbegriffes und die Rolle der Sozialsysteme**

139 Der Begriff der Arbeit ist und bleibt für uns Jungsozialist*innen zentral in unserer politischen Arbeit. Viele
140 Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft entstehen dort und müssen auch dort bekämpft werden
141 müssen. Um dies in der Zukunft noch besser tun zu können, möchten wir uns an den für uns durch die
142 marxistische Lehre geprägte Begriff der "Arbeit" zunächst aus einer historischen Perspektive annähern
143 und danach definieren, was er heute im 21. Jahrhundert für uns für eine Bedeutung und Reichweite hat.
144 Ebenso möchten wir auch die Entwicklung der Sozialsysteme in Deutschland nachvollziehen. Sozialpolitik
145 hat das Ziel, schwierige Lebenslagen gemeinschaftlich und solidarisch abzusichern. Die etablierten
146 Sozialsysteme, deren Stellung gestärkt und Ausgestaltung kritisch hinterfragt werden muss,
147 berücksichtigen dabei Phasen von Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Alter und Rente sowie insbesondere
148 auch Unterbrechungen von Erwerbsverläufen. Trotz ihrer hohen gesellschaftlichen Bedeutung sind die
149 Sozialsysteme jedoch mit massiven Verteilungskämpfen in den verschiedenen Bereichen der
150 Sozialversicherungen konfrontiert, zu denen wir uns als Jungsozialist*innen klar positionieren wollen.
151 Dabei treten wir Interpretationen entgegen, die Generationenkonflikte zwischen Jung und Alt oder
152 kulturelle Konflikte konstruieren. Stattdessen wollen wir gesamtgesellschaftliche Verteilungskonflikte klar
153 als solche benennen. Dazu bedarf es insbesondere auch der Aufarbeitung zurückliegender Reformen und
154 dem Aufzeigen fortschrittlicherer und gerechterer Konzepte. Gerade weil die meisten von uns zum
155 Zeitpunkt der Debatten um die Agenda 2010 noch nicht im Verband aktiv waren, erachten wir Jusos
156 dieser Generation es für besonders wichtig, den Kontext der Reformen zu erschließen. Besonderes
157 Augenmerk wollen wir dabei auch auf das den Reformen zu Grunde liegende Menschen- und

158 Gesellschaftsbild richten. Wir möchten uns damit eine genauere und schärfere Analyse der damaligen
159 Situation und der heutigen Verfassung der Sozialsysteme ermöglichen, die uns dann zu progressiv-linken
160 Forderungen führen soll.

161

162 Neben der genauen Ausgestaltung der Sozialsysteme möchten wir uns auch mit grundlegenden
163 Fragen beschäftigen. Es sollen die unterschiedlichen Konzeptionen von Sozialstaatlichkeit und anderen
164 solidarischen Gemeinschaften gegenübergestellt (z.B. vorsorgender und nachsorgender Sozialstaat,
165 Kollektive) und anhand dessen auch das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft/ Individuum und
166 (Sozial-)Staat untersucht werden. Die theoretische Beantwortung der Frage, in welcher Art Sozialstaat wir
167 leben möchten, soll uns dabei helfen unser eigenes Konzept eines für uns erstrebenswerten
168 Sozialsystems zu entwickeln.

169

170 **Arbeitsvermittlung**

171 Heutzutage sind ein Schulabschluss, eine Ausbildung oder ein Studium längst nicht mehr Garant für
172 einen sicheren beruflichen Werdegang. Bei Verlust der Beschäftigung „fördern und fordern“ die
173 Institutionen des "aktivierenden" Staats ihre "Kund*innen" bei der Wiedereingliederung in den
174 Arbeitsmarkt.

175

176 Wir Jusos möchten diesen Prozess der Wiedereingliederung kritisch untersuchen und speziell folgende
177 Aspekte bearbeiten:

178

179 *Überwindung von Sanktionen gegen ALG-II-Empfänger*innen wegen Pflichtverletzung*

180 In unserem Verband besteht grundsätzliche Einigkeit darüber, dass das Sanktionssystem gegen ALG-II-
181 Empfänger*innen wegen Arbeitsverweigerung oder sonstigen Verletzungen von Obliegenheiten aus
182 dem Vermittlungsverhältnis mit der Arbeitsvermittlung in ihrer jetzigen Form auf keinen Fall hinnehmbar
183 sind. Besonders scharf haben wir dabei immer die verschärfte Sanktionierung von Minderjährigen
184 verurteilt, die bis zur vollständigen Kürzung des Wohngeldes gehen. Es ist insbesondere die
185 Ausgestaltung des Sanktionssystems, welches in den letzten Jahren zu einer Stigmatisierung arbeitsloser
186 bzw. arbeitssuchender Menschen geführt und ganze Lebensläufe entwertet hat. Wir Jusos wollen uns
187 kritisch mit dem bestehenden System auseinandersetzen und aus einer vertieften Analyse des Ist-
188 Zustandes Reformen ableiten. Begleitet werden soll dieser Prozess durch eine breite gesellschaftliche
189 Debatte. Darin wollen wir unter anderem klären, ob es überhaupt ein Anreizsystem benötigt oder ob es
190 nicht andere und bessere Formen jenseits von Sanktionsmechanismen gibt, um Menschen in Arbeit zu
191 bringen.

192

193 *Private Service in der Arbeitsvermittlung*

194 Motivation zur Verleihung von Arbeitnehmer*innen ist neben einer Verstärkung der Betriebe zu
195 Spitzenzeiten in jedem Fall auch dem bestehenden Bonussystem und den Personal-Service-Agenturen
196 geschuldet. Letztere sind nah an den Arbeitsagenturen operierende, zumeist private Organisationen, die
197 mit der Vermittlung von Arbeitnehmer*innen betraut werden. Die Vermittlung von Arbeit an private

198 Unternehmen gehört nicht in die Hände anderer Privater, die sich die Arbeitnehmer*innen wie Ware
199 zuschieben. Sie muss wieder in Gänze öffentlichen Institutionen zugeschrieben werden.

200

201 Um den gegenwärtigen Zustand zu ändern bedarf es einer differenzierten Auseinandersetzung mit der
202 Struktur der Private-Service-Agenturen und dem beschriebenen Bonussystem. Als mögliche
203 Bearbeitungsformen können Verbandsabende organisiert und die Thematik mit fachkundigen
204 Referent*innen und Vertreter*innen der SPD weiter diskutiert werden. Das vertiefte Wissen kann dann zur
205 Erweiterung der vorhandenen Beschlusslage genutzt werden.

206

207 *Begleitung der Jugendberufsagenturen*

208 Nach Hamburg soll nun auch in Berlin das Konzept der Jugendberufsagentur flächendeckend umgesetzt
209 werden. Nach dem Prinzip des „alle Leistungen aus einer Hand“ können Jugendliche unter 25 Jahren an
210 einem Standort beraten werden und auf die Förderleistungen und Maßnahmen der Jobcenter, der
211 Agentur für Arbeit und der Jugendhilfe zurückgreifen. Zugleich soll die Datenlage über den Verbleib von
212 Jugendlichen erweitert werden.

213

214 Wir Jusos möchten diesen Prozess über die nächsten zwei Jahre kritisch begleiten. Hierzu möchten wir
215 uns beispielsweise mit der Gewerkschaftsjugend weiter vernetzen, Anträge zu diesem Thema für uns
216 nahestehenden politischen Instanzen formulieren und über Informations- und Verbandsabende das
217 Thema weiter diskutieren.

218

219 *Die Vermittlung von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt*

220 Für uns Jusos ist eine inklusive, vielfältige Gesellschaft, an der alle Menschen teilhaben können, wichtiges
221 Ziel unserer politischen Arbeit. Die Teilhabe am Arbeitsleben ist hierfür aus Sicht der Jusos zentral. Für
222 Menschen mit Behinderung ist es besonders schwierig, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Stelle zu
223 finden. Existierende Unterstützungsmöglichkeiten werden aufgrund fehlenden Wissens und
224 fortbestehenden Vorurteilen häufig nicht voll ausgeschöpft.

225 Mit dieser Situation wollen wir uns kritisch auseinandersetzen und dabei vor allem in den Blick nehmen,
226 dass es in den Jobcentern und Arbeitsagenturen an besonders geschulte Fallmanager*innen für die
227 Vermittlung von Menschen mit Behinderung mangelt und potentielle Arbeitgeber*innen zu wenig über
228 die erfolgreiche Beschäftigung behinderter Mitarbeiter*innen aufgeklärt werden.

229 Hierfür wollen wir uns mit parteiintern (z.B. AG Selbstaktiv, AfA) und parteiexternen
230 (Betroffenenverbände, Gewerkschaften etc.) Organisationen vernetzen.

231

232 **Transformation zur Arbeitsversicherung**

233 Wir Jungsozialist*innen gehörten schon von Beginn an zu den schärfsten Kritiker*innen der Hartz-IV-
234 Reformen und haben mit unserer Kritik an allen maßgeblichen Punkten recht behalten. Dieser Umstand
235 stellt uns aber natürlich auch nicht zufrieden. Wir möchten deshalb wieder unseren Teil dazu beitragen,
236 Konzepte zur Überwindung des ALG-II zu entwickeln und uns deshalb damit auseinandersetzen, was in
237 unserer heutigen Gesellschaft aus jungsozialistischer Perspektive eine Alternative zum ALG-II darstellen
238 kann.

239 Die große Mehrheit unseres Verbandes war sich immer darüber einig, dass wir den Begriff des
240 Existenzminimums als Maßstab für die Höhe der Grundsicherung ablehnen. Deshalb möchten wir uns
241 auch dazu positionieren, wie eine Grundsicherung in dem von uns geforderten Sozialstaat ausgestaltet
242 sein muss und welche Höhe wir für angemessen erachten. Dabei müssen auch Kriterien der
243 „soziokulturellen Teilhabe“ berücksichtigt werden. Dieser Begriff muss aus jungsozialistischer Perspektive
244 präzisiert werden.

245

246 Seit vielen Jahren fordern wir Jusos außerdem die Transformation der Arbeitslosenversicherung in die
247 Arbeitsversicherung. Nach unserer abstrakten Vorstellung soll diese Lücken im Erwerbsleben, wie zum
248 Beispiel Arbeitslosigkeit, Pflegearbeit oder Phasen der Weiterbildung, überbrücken können. Jedoch
249 haben wir innerhalb der Sozialdemokratie noch kein genaues Konzept zu der Arbeitsversicherung
250 vorgelegt. Dies zu leisten haben sich für die nächsten zwei Jahre einige Juso-Gliederungen und Projekte
251 vorgenommen und auch wir Jusos Berlin wollen uns aktiv in die Debatte mit einbringen und uns den
252 ungeklärten Fragen stellen. Was genau sollte eine Arbeitsversicherung leisten? Welche Berufsgruppen
253 sollte sie umfassen (nur Angestellte oder auch Selbstständige)? Und wie stellen wir uns ihre Finanzierung
254 vor?

255

256 **Sozialpolitik auf europäischer/ internationaler Ebene**

257 In diesem Themenblock möchten wir uns mit zwei Bereichen der Sozialpolitik beschäftigen und unsere
258 Positionen dazu erarbeiten.

259

260 Wie fast jedes andere Politikfeld kann Sozialpolitik sowohl im Bereich Arbeitsmarkt und soziale Sicherung
261 nicht mehr nur in nationalen Grenzen untersucht werden. Viele Menschen kommen nach Deutschland
262 um hier zu leben und zu arbeiten. Umgekehrt siedeln sich auch viele Deutsche in anderen Ländern. Diese
263 Migrationsbewegungen finden sowohl innerhalb der Europäischen Union, also von EU-Bürger*innen statt
264 als auch außerhalb, wenn zum Beispiel Nicht-EU-Bürger*innen sich in Berlin niederlassen oder wenn
265 Menschen vor Not, Verfolgung und Krieg Asyl in Deutschland suchen.

266

267 Die Europäische Rechtsprechung hat bereits einen erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der
268 Sozialsysteme. So haben beispielsweise mehrere Entscheidungen des EuGH dazu geführt, dass hohe
269 soziale und arbeitsrechtliche Standards zugunsten des Binnenmarktes abgebaut werden mussten.
270 Andererseits wurden die Sozialleistungen für Bürger*innen anderer Staaten geöffnet, wenn zum Beispiel
271 eine spanische Familie Arbeitslosengeld II erhält.

272

273 Daher wollen wir uns in den kommenden zwei Jahren auch mit der Sozialpolitik auf europäischer Ebene
274 befassen: Welche Ansprüche haben EU-Bürger*innen in Deutschland? Laut europäische Gesetzgebung ist
275 die Sozialpolitik weiterhin Aufgabe der jeweiligen Nationalstaaten, dennoch ist unklar ob EU-Bürger die
276 sich auf Arbeitssuche befinden, auch Anspruch auf Arbeitslosengeld besitzen. Auch der Anspruch auf
277 andere Leistungen ist in vielen Fällen unklar und wird daher häufig verweigert. Wir müssen uns außerdem
278 fragen: Wie kann europaweit eine Aushöhlung von Sozialstandards verhindert werden? Welchen Einfluss
279 soll die EU auf Sozialpolitik haben? Sind europaweite Versicherungssysteme möglich und nötig? Welche

280 Leistungen sollten uneingeschränkt allen EU-Bürger*innen zustehen und welche nur eingeschränkt? Ist
281 eine Trennung in sozialen Leistungen und den Arbeitsmarktregelungen zwischen EU-Bürger*innen und
282 Nicht EU-Bürger*innen zu rechtfertigen? Wie soll die soziale Sicherung für Nicht-EU-Bürger*innen
283 aussehen?

284

285 Zum Anderen beschäftigt uns auch Sozialpolitik für Asylbewerber*innen und Menschen ohne Status, die
286 in Deutschland leben. Wir lehnen es ab, dass sie durch ein Sondergesetz wie das
287 Asylbewerberleistungsgesetz ein menschenunwürdiges Leben führen müssen. Wir wollen daher darüber
288 diskutieren, wie Alternativen aussehen können. Dabei stellen wir uns u.a. der Frage, wie wir allen
289 Menschen einen aktiven Zugang zum Arbeitsmarkt garantieren können und welches Mindestmaß an
290 sozialer Sicherung für alle gelten muss.

291

292 **Teilhabe statt Fürsorge im Sozialsystem**

293 Die sogenannte "Eingliederungshilfe" hat zum Ziel, Menschen mit Behinderung die Teilhabe an der
294 Gesellschaft zu ermöglichen. Allerdings fließt sie derzeit vor allem in Sondersysteme und
295 Sondereinrichtungen, die Menschen mit Behinderung abschotten und von der Mitte der Gesellschaft
296 fernhalten. Dies widerspricht dem Gedanken der Inklusion.

297

298 Die schwarz-rote Bundesregierung hat den Handlungsbedarf erkannt, die geplanten Reformen sind aber
299 wahrscheinlich unzureichend. Wir Jusos wollen diesen Prozess kritisch begleiten und darüber diskutieren,
300 wie staatliche Leistungen aussehen müssen und können, wenn sie sich an den Bedürfnissen der Person
301 orientieren und Selbstbestimmung ermöglichen sollen. Hierbei stellt sich auch die Frage, wo Gesellschaft
302 und Staat in der Individualisierung von Hilfeleistungen womöglich an ihre Grenzen stoßen.

303

304 Neben Diskussionen mit Expert*innen sich hier Besuche in Sondereinrichtungen an (Werkstätten,
305 Förderschulen u.Ä.) und das gleichzeitige Kennenlernen von Menschen mit Behinderung, die versuchen
306 solche Sonderwelten zu umgehen.

307

308 **Gesundheit und Pflege**

309 Mit der wichtigen Forderung einer einheitlichen Bürger*innenversicherung konnte sich die SPD in der
310 Großen Koalition nicht durchsetzen. Wenngleich die grundlegenden Konzepte bereits als Beschlusslagen
311 in die richtige Richtung weisen, wollen wir angesichts massiver Verteilungskämpfe sowie
312 Herausforderungen für zukünftige Finanzierung und Leistungserbringungen auch in den Bereichen
313 Gesundheit und Pflege offene Fragen klären. Dazu zählen: Wie sieht eine „Soziale Gesundheitswirtschaft“
314 nach jungsozialistischem Modell aus? Wie kann die solidarische und paritätische Finanzierung langfristig
315 gesichert werden? Wie können Ausbildung und Arbeitsplätze in diesen Bereichen attraktiver werden, um
316 zukünftig ausreichend dringend benötigte Fachkräfte zu haben? Sollten private Akteure im
317 Gesundheitswesen eine Rolle spielen und wenn ja, welche? Wie muss der Pflegebedürftigkeitsbegriff
318 verändert werden, um insbesondere auch Demenzpatient*innen einen Anspruch und eine ausreichende
319 Versorgung zukommen zu lassen? Wie können Organspenden so organisiert werden, dass mehr

320 Erkrankte Hilfe erhalten, Spendeskandale unterbunden werden und der Zugang zu lebensnotwendigen
321 Organen nicht Privilegierten vorrangig zuteilwird?

322

323 **Armut**

324 Entgegen des Aufstiegsversprechens, für das wir Jungsozialist*innen stehen, haben die von der SPD
325 verantworteten Sozialreformen zumindest mittelbar dazu geführt, dass die Schere zwischen Arm und
326 Reich sich weiter geöffnet hat. Wir leben momentan in dem Land, welches in der Eurozone die größte
327 Vermögensungleichheit aufweist. Die Armutsquote liegt mittlerweile bei 15% und die Zahl der
328 obdachlosen Menschen ist auf schätzungsweise 200 000 gestiegen. Dieser Umstand ist für uns auf keinen
329 Fall hinnehmbar! Deshalb möchten wir zunächst analysieren, welche Gründe und Ursachen die massive
330 Armut hat und wie arme Menschen in unserer Gesellschaft leben. Des Weiteren möchten wir uns mit den
331 Auswirkungen von Armut auf die Bildung, tatsächliche Aufstiegs- und gesellschaftliche
332 Teilhabemöglichkeit sowie Gesundheit der Menschen beschäftigen. Nach der umfassenden Analyse des
333 Problems möchten wir uns auch mit möglichen Problemlösungen auf sozialpolitischer Ebene befassen.
334 Ziel muss es sein, dass kein Mensch mehr derart durch das Raster der Sozialsysteme hindurchfallen kann,
335 also alle Menschen eine Soziale Sicherung erfahren, die ihnen die aktive und gleichberechtigte Teilhabe
336 an dieser Gesellschaft ermöglicht.

337

338 **Familienpolitik**

339 Ein ebenfalls hohes Armutsrisiko stellt in unserem Land die Versorgung von Kindern oder
340 pflegebedürftigen Eltern dar, was gerade alleinerziehende Menschen oftmals zu spüren bekommen. Wir
341 Jusos haben uns in der Vergangenheit immer wieder gegen steuerliche Erleichterungen für
342 Ehepartner*innen und auch gegen das von der CDU in die gesellschaftliche Debatte eingebrachte
343 Familiensplitting positioniert. Doch heißt das für uns, dass wir jede Art von fiskalischen Erleichterungen
344 für Familien ablehnen? Setzen wir auf individuelle Förderung oder eher auf Förderung von
345 gesamtgesellschaftlichen Strukturen? Um das herauszufinden möchten wir verschiedene Steuermodelle
346 und andere Ideen der finanziellen Familienförderung kritisch betrachten und miteinander vergleichen.

347

348 Neben den finanziellen Fragen steht für uns aber auch die bessere Organisation von Sorgearbeit im
349 Fokus. Momentan führt Sorgearbeit bei den Menschen, die sie leisten, zum überwiegenden Teil Frauen,
350 zu nachteiligen Brüchen in der Erwerbsbiografie und häufig auch zur massiven Überforderung durch
351 Doppelbelastungen. Für uns stellt sich die Frage welchen Stellenwert Sorgearbeit für uns und die
352 Gesellschaft hat und auf welche Weise sie "entlohnt" werden sollte, also in welchem Maße wir die
353 Sorgearbeit in die gegenwärtige kapitalistische Wertschöpfungskette integrieren wollen.

354

355 **3. #berlinupside town – Her mit der solidarischen Metropole!**

356 Jungsozialistische Politik ist auch Stadtpolitik. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft wird vor Ort
357 ebenso erkämpft wie draußen in der Welt. Die kommenden zwei Jahre wollen wir daher nutzen, um
358 unseren Entwurf für eine solidarische Metropole der Freien und Gleichen im 21. Jahrhundert zu
359 entwerfen. Wo, wenn nicht in Berlin, sollte das gelingen. Wir wollen Antworten auf die Frage geben, wie

360 Leben, Wohnen und Arbeiten nach unseren Ansprüchen organisiert werden kann. Von uns, von der
361 Politik und von den Menschen draußen in Berlin. Wir wollen diese Antworten nicht im stillen Kämmerlein
362 entwickeln, sondern sie vielmehr mit Politik, Gesellschaft und Menschen aus der Praxis debattieren.
363 Kurzum: Wir wollen uns an der Realität orientieren, die wir vorfinden, um sie in unserem
364 jungsozialistischen Sinne zu verändern.

365

366 Mit dem stadtpolitischen Kongress vom 22. Februar 2014 hat unser Verband bereits den Grundstein für
367 ein Kernprojekt „Stadtpolitik“ gelegt, das uns in den kommenden zwei Jahren begleiten soll. Wir
368 begreifen die Fragestellungen und Leitthemen des Kongresses daher gleichzeitig auch als Grundlage für
369 die weitere Befassung des Themas, ohne dass es sich hierbei jedoch um einen in sich bereits
370 geschlossenen Komplex handeln würde. Anregungen und Impulse, aktuelle Entwicklungen und
371 erarbeitete Positionen sollen sukzessiv Eingang in das Projekt finden. Fragen der
372 Geschlechtergerechtigkeit oder auch einer konsequenten Antidiskriminierungspolitik werden wir
373 unserem politischen Anspruch entsprechend in allen Themenbereichen mitdenken. Das bereits zur
374 Verfügung stehende Online-Angebot zur Kampagne werden wir interaktiv in den weiteren Prozess
375 einbinden.

376

377 Als Auftakt zu den einzelnen stadtpolitischen Feldern wollen wir im Rahmen einer Abendveranstaltung
378 die Frage klären, welche Stadt wir meinen, wenn wir von Berlin sprechen. Was macht diesen Ort aus? Was
379 ist hier los?

380

381 Neben einem Blick in die Stadtgeschichte kann dort eine Grundlage geschaffen werden, die als
382 zusätzliche Basis für die weiteren Debatten genutzt werden kann. Im zweiten Schritt sollen unter der
383 Frage „Wie bleiben wir in Kontakt?“ Kommunikations- und Austauschformate entwickelt werden, die die
384 aktive Einbindung aller Kreisverbände in den kommenden zwei Jahren sichert, um so Berliner
385 stadtpolitischen Fragen in ihrer vielfältigen Gesamtheit gerecht zu werden.

386

387 #berlinupsidetown wird sich in vier Cluster gliedern, die jeweils aus zwei Subthemen bestehen. Für jedes
388 Cluster steht etwa ein halbes Jahr zur Verfügung, das durch einen vom Landesvorstand organisierten
389 Verbandsabend oder –tag eingeleitet wird. Hier soll Grundlagenwissen vermittelt werden, damit alle
390 Genoss*innen sich anschließend in den Diskurs einbringen können. Außerdem sollen sich weiter
391 Veranstaltungsformate für das betreffende Cluster am Bedarf und den Wünschen der sich beteiligen
392 Genoss*innen orientieren. Die Cluster sind:

393

394 **CLUSTER I**

395 *Arbeiten in der Stadt der atypischen Beschäftigung*

396 Neben den Ergebnissen des stadtpolitischen Kongresses wollen wir uns unter anderem folgenden
397 weiteren Aspekten widmen: Der Kreativ- und Kulturbranche, der Lage von Menschen in atypischen
398 Beschäftigungsverhältnissen/Praktika/Volontariaten u.ä., dem öffentlichen Beschäftigungssektor, dem
399 Arbeitsschutz und der gewerkschaftlichen Organisation in atypischen Beschäftigungsverhältnissen, der

400 Biopolarität des Berliner Arbeitsmarktes („klassische“ und „moderne“ Beschäftigungsverhältnisse), den
401 Möglichkeiten politischer Steuerung und Einflussnahme auf dem Arbeitsmarkt.

402

403 *Berlin in der Krise – Berlin in der Welt*

404 Neben den Ergebnissen des stadtpolitischen Kongresses wollen wir uns unter anderem folgenden
405 weiteren Aspekten widmen: Der Beschäftigung mit urbanen Erfolgsmodellen aus aller Welt, der Stärkung
406 der Willkommenskultur, dem gegenseitigen (sozialen) Austausch in der ganzen Stadt, dem Kampf gegen
407 herkunftsgeleitete Zuschreibungen (Schwab*innen-Bashing u.ä.), der Unterstützung für Zugezogene
408 (Wohnen, Arbeiten, Bildung...), Berlin als Ort der Geschichte, Berlin als Spielfläche internationaler und
409 kapitalistischer Konflikte.

410

411 **CLUSTER II**

412 *Wohnen und Leben in der ganzen Stadt – Fortschritt heißt Veränderung, Veränderung heißt Steuerung*

413 Neben den Ergebnissen des stadtpolitischen Kongresses wollen wir uns unter anderem folgenden
414 weiteren Aspekten widmen: Milieuschutz ausbuchstabieren, Interessenkonflikte demokratisch austragen,
415 urbane Toleranzstandards definieren, dem Kampf gegen die „Verfreizeitparkung“ der Stadt, der Theorie
416 und Praxis des Quartiersmanagements, dem Status Quo des sozialen Wohnungsbaus, der Schaffung von
417 Sport- und Freizeitflächen, Barrierefreiheit in der Stadt, Umwelt/Naherholung als Grundrecht,
418 Obdachlosigkeit, urbaner Kultur und Architektur.

419

420 *Urbane Mobilität – Bedarfsorientiert und ökologisch*

421 Neben den Ergebnissen des stadtpolitischen Kongresses wollen wir uns unter anderem folgenden
422 weiteren Aspekten widmen: ÖPNV, der Definition von Erreichbarkeitsstandards, der Debatte über
423 alternative Mobilität, Fahrgemeinschaftsmodelle, der Finanzierungsfrage (fahrtscheinloser ÖPNV u.ä.),
424 Sozialticket, Barrierefreiheit und Mobilität, transparentes Großprojekte- und Baustellenmanagement.

425

426 **CLUSTER III**

427 *Berlin im Spagat – Die bürger*innennahe Stadt organisieren, Freiheiten stärken*

428 Neben den Ergebnissen des stadtpolitischen Kongresses wollen wir uns unter anderem folgenden
429 weiteren Aspekten widmen: Transparenz und Mitbestimmung, Datenschutz im Land Berlin,
430 Videoüberwachung, Sicherheit vs Freiheit in der Stadt, der Frage nach der Existenzberechtigung von
431 Bezirken, der Personalausstattung, der Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, der
432 Problematisierung freier Trägerschaftsmodelle, der Rolle der Zivilgesellschaft in unserer Stadt, einem
433 öffentlichen und freien WLAN-Netz.

434

435 *Alle mitnehmen – Zuhause im Berlin der vielen Geschwindigkeiten*

436 Neben den Ergebnissen des stadtpolitischen Kongresses wollen wir uns unter anderem folgenden
437 weiteren Aspekten widmen: Der Frage warum Menschen wo in Berlin leben, den speziellen
438 Herausforderungen am Stadtrand (was heißt Stadtrand/Innenstadt im Kontext von
439 Jugendpolitik/Genderpolitik/Barrierefreiheit/der sozialen Frage/Diskriminierung usw.), der Frage nach

440 den Auswirkungen der faktischen Dominanz der Innenstadt in der öffentlichen Wahrnehmung, der Frage,
441 was das für unseren Verband bedeutet.

442

443 **CLUSTER IV**

444 *Solidarität – Im Großen wie im Kleinen*

445 Neben den Ergebnissen des stadtpolitischen Kongresses wollen wir uns unter anderem folgenden
446 weiteren Aspekten widmen: Mindeststandards für solidarische Infrastruktur vor Ort, konkreten
447 Funktionen des Quartiersmanagements, dem Modell der Kiezfonds, bestehenden und möglichen
448 Beratungsangeboten (Miet-, Sozial- und Familienberatung), der Förderung solidarischer und nicht
449 kommerzieller Freiräume, dem Umgang mit Flüchtlingsunterkünften und ihren Bewohner*innen,
450 Sharing-Modellen, der Rolle des Ehrenamts, Mehrgenerationenprojekten, Diversität und Vielfalt in der
451 Stadt.

452

453 *Produktiver Protest – Wieso, weshalb, warum?*

454 Neben den Ergebnissen des stadtpolitischen Kongresses wollen wir uns unter anderem folgenden
455 weiteren Aspekten widmen: Dem Umgang mit Volks- und Bürger*innenbegehren, Umgang und
456 Abgrenzung zum NIMBY-Phänomen, der Erinnerungskultur, der Übersetzung von unorganisiertem
457 Protest/Forderungen in konkrete Politik (Scharnierfunktion), der Prioritätensetzung für unseren Verband
458 (mit wem, für was, wodurch?).

459

460 **4. Still loving feminism!**

461 Als feministischer Richtungsverband ist es nicht nur unsere Aufgabe, auf aktuelle
462 gleichstellungspolitische Fragen zu reagieren und Antworten zu finden. Genauso ist es unser Anliegen,
463 weiterzudenken und feministische Theorie zu erschließen. Dabei wurde oft vernachlässigt, feministische
464 Grundlagen zu wiederholen, um unseren Diskurs für alle zugänglich zu machen. Daher soll der Fokus in
465 den kommenden zwei Jahren auf einer Strategie liegen, die drei Ansprüche verfolgt: Feministische
466 Grundlagen zu wiederholen und aufzufrischen, feministische Diskurse zu vertiefen und weiterzuführen
467 und auf aktuelle Fragestellungen zu reagieren.

468

469 Neben den geschützten Räumen für Frauen* und Trans* soll die feministische Debatte auch weiterhin im
470 gesamten Verband stattfinden.

471

472 **Empowerment**

473 Feminismus bedeutet aber auch, Frauen* sprachfähig zu machen und zu ermutigen, sich auch im
474 Verband zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Für Vernetzung und Ermutigung müssen
475 geschützte Räume nur für FLT* geschaffen werden, in denen die Möglichkeit besteht, ohne Männer zu
476 diskutieren.

477

478 Dafür gibt es einen autonomen Frauen*Lesben*Trans*zusammenhang, in dem in einem regelmäßigen
479 Sitzungs- und Aktionsrhythmus über verschiedene Themen diskutiert werden kann. Dieser ist eine
480 autonome Struktur, die zwar vom LaVo unterstützt wird, jedoch nicht von dort aus koordiniert wird.

481

482 Eine weitere Struktur, in der Frauen* geschützt zusammen kommen, stellen die Frauen*verbandstage dar.
483 An diesen wollen wir als Instrument festhalten. Ziel ist es, Räume zu schaffen, in denen sowohl
484 Genossinnen* als auch interessierte Frauen* gemeinsam an Themen arbeiten können. Denn obwohl wir
485 uns als feministischer und antisexistischer Verband begreifen, werden bestimmte Themen von Männern
486 besetzt, sodass es Frauen* nahezu unmöglich gemacht wird, Fuß zu fassen.

487

488 Außerdem sollen in den nächsten zwei Jahren zwei Rhetorik-Trainings für Frauen* pro Jahr stattfinden.
489 Diese können gemeinsam mit Kooperationspartner*innen, wie der ASF, aber auch außerparteilichen
490 Strukturen, organisiert und durchgeführt werden. Das Ziel dessen ist es, Frauen* zu stärken und
491 sprachfähig zu machen. Dort gelernte Methoden sollen von den Teilnehmenden auch in den eigenen
492 Kreisverbänden an Genossinnen* weitergegeben werden.

493

494 Bei vielen Veranstaltungen wurden wir bisher bei nicht paritätisch besetzten Podien oder ausschließlich
495 männlichen Referenten mit der Ausrede konfrontiert, es gäbe keine geeigneten Frauen* für bestimmte
496 Themen. Dem wollen wir entgegenwirken. Daher wird im Laufe der nächsten zwei Jahre ein
497 Referentinnen*-Pool entstehen, in dem zu vielen Themen sprachfähige Frauen* aufgelistet werden, die
498 eingeladen werden können. Diesen Referentinnen*-Pool macht die Landesgeschäftsführung für alle
499 Kreisverbände zugänglich.

500

501 Um Neu-Genossinnen* den Einstieg zu erleichtern und Juso-Strukturen zugänglicher zu machen, wird es
502 ein Buddy-Programm geben. Das bedeutet, dass im Verband neu-aktive Mitglieder eine erfahrene
503 Genossin* als Ansprechpartnerin* bekommen, die ihnen Strukturen erklärt und Tipps gibt, wo im
504 Verband und auch in den den Parteigliederungen welches Engagement möglich ist. Um einen Pool an
505 Ansprechpartnerinnen* zu erstellen, wird der Landesvorstand eine Abfrage machen, welche
506 Genossinnen* als eine solche Ansprechpartnerin* fungieren wollen.

507

508 **Anlässe, Veranstaltungen und Kampagnen**

509 Unser feministisches Engagement beschränkt sich nicht auf Rosenverteilungen am 8. März und andere
510 bestimmte Termine - unser Anlass ist das Patriarchat. Dennoch soll es längere Planungen geben, um zu
511 Terminen wie dem Frauen*kampftag, dem Weltmädchen*tag, dem Equal Pay Day oder den Protesten
512 gegen den "Marsch für das Leben" zu mobilisieren und Veranstaltungen zu organisieren.

513

514 **Gendermainstreaming auch für Sitzungsstrukturen**

515 Die Kreisverbände sollen fortan den ersten Tagesordnungspunkt mit einem frauen*-, gender*- oder
516 gleichstellungspolitischen Thema besetzen: „Erstens: Frauen*!“ Dies muss nicht auf jeder Sitzung, aber
517 mindestens einmal im Monat geschehen. Das gewählte Thema sollte außerdem mindestens zehn
518 Minuten behandelt werden. Dieser Schritt kann dazu beitragen verschiedene Themen (Historie,

519 Persönlichkeiten, Projekte, Quote, etc.) für die Sitzungsteilnehmer*innen (insbesondere Neumitglieder)
520 erfahrbarer zu machen und sie stärker für die Thematik der Frauen*-, Gender- und Gleichstellungspolitik
521 zu sensibilisieren.

522

523 **Vernetzung**

524 Für den Kampf gegen Patriarchat, Diskriminierung und Sexismus müssen sich Frauen*Lesben*Trans*
525 solidarisieren. Dafür bedarf es einer beständigen Vernetzung - sowohl innerhalb des Verbandes als auch
526 innerhalb der Partei und in einer feministischen Gesamtlinken. Nur der ständige Austausch kann uns
527 voran bringen.

528

529 Innerhalb der SPD ist daher eine stärkere Vernetzung mit der ASF geplant, um auch parteipolitische
530 Entscheidungen gemeinsam mit entscheiden zu können.

531

532 Berlin bietet eine Vielzahl feministischer Initiativen, von denen wir vieles lernen können und mit denen
533 wir uns solidarisieren wollen. Unser feministischer Kampf ist nicht der Einzelner, sondern der vieler.

534

535 **Debatten und Fragestellungen**

536 In den nächsten zwei Jahren beschäftigen wir uns mit vielen verschiedenen feministischen
537 Fragestellungen, sodass durch die Vielfalt an Themen auch viele Mitglieder angesprochen werden
538 können.

539

540 Als essentielle Frage hat sich schon in den letzten Jahren die Diskussion um die Definition unseres
541 Feminismus aufgetan. Sind wir ein queerfeministischer Verband? Wie können wir feministische
542 Fragestellungen queer lösen? Kurzum: Wessen Feminismus ist unserer?

543

544 Wir sind uns einig, dass Gender und Gendernormen konstruiert sind, weswegen wir in unseren Debatten
545 eine strenge Trennung von sex und gender vornehmen. Aus dieser differenzierten Sicht wollen wir uns
546 damit beschäftigen, ob es Geschlecht überhaupt gibt.

547

548 Wie wir Jusos zu Prostitution/Sexarbeit stehen und mit welchem Arbeitsbegriff wir in dieser ständig
549 wiederkehrenden Debatte argumentieren, soll ebenfalls in den nächsten zwei Jahren thematisiert
550 werden. Dazu gehört auch, wie das Prostitutionsgesetz verändert werden muss.

551

552 Uns ist bewusst, dass Geschichte von Männern geschrieben wurde – nicht, weil Frauen* in der Geschichte
553 nichts geleistet haben, sondern viel mehr, weil Frauen* in patriarchalen Strukturen unsichtbar gemacht
554 werden. Einige Frauen* sollen in den nächsten zwei Jahren vorgestellt werden.

555

556 Als kapitalismuskritischer Verband wollen wir uns auch damit beschäftigen, wie feministische
557 Kapitalismuskritik aussieht und welche Zugänge Feminismus bietet, um kapitalistische Systeme zu
558 verstehen.

559

560 Die meisten Jusos sind weiß und in einer Gesellschaft aufgewachsen, in der Weiß-Sein zur Norm gehört.
561 Aufgrund dessen ist auch unser Feminismus von weißen Frauen* geprägt: Wir haben uns mit den
562 europäischen Errungenschaften beschäftigt, kennen fast ausschließlich weiße Feministinnen* und stellen
563 Forderungen auf, die vor allem auf weiße Personen zutreffen. Deswegen ist es umso wichtiger, auch
564 Schwarze Feminismus-Perspektiven kennenzulernen und die Geschichte des Schwarzen Feminismus
565 nachzuvollziehen.

566

567 Feminismus ist die Befreiung aller Menschen aus Normen und Zwängen aufgrund von Gender und
568 Geschlecht. Deswegen spielen für uns nicht nur weibliche Zuschreibungen und Stereotype eine Rolle,
569 sondern ebenso die Frage, wie Männlichkeit und Männlichkeitsvorstellungen dekonstruiert werden
570 können.

571

572 **5. Unsere Strukturen und Kommunikation**

573 *Landesdelegiertenkonferenz*

574 Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) als unser höchstes beschlussfassendes Gremium spielt für die
575 Fortentwicklung unserer Positionen eine wichtige Rolle. Wir wollen auch weiterhin mindestens zwei
576 Landesdelegiertenkonferenzen im Jahr veranstalten. Dabei wollen wir daran festhalten, die
577 Landesdelegiertenkonferenzen (bei Interesse) unter Einbeziehung der Kreise zu organisieren und bei der
578 Auswahl des Tagungsortes darauf zu achten, verschiedene kostenlose Raumangebote in unserer Stadt zu
579 nutzen.

580

581 Über geeignete Verfahren wie z.B. Losverfahren wird der Landesvorstand auch zukünftig sicher stellen,
582 dass Genoss*innen aus den verschiedenen Kreisen im Präsidium vertreten sind und dass die Kreise im
583 Plenum nicht immer an denselben Stellen und neben denselben Kreisen sitzen. So wollen wir weiterhin
584 für Transparenz sorgen und die Vernetzung aller Kreise untereinander stärken.

585

586 Der Landesvorstand wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auf den Landesdelegiertenkonferenzen
587 zukünftig wieder ein für die Teilnehmer*innen kostenfreies Mittagessen angeboten werden kann und die
588 Kosten hierfür durch die Landes-SPD übernommen werden.

589

590 Wir werden die Frauen*förderung auf den LDKen stärken. Insbesondere die Kreisverbände sind
591 aufgerufen, eine Quotierung ihrer Delegationen ggf. durch Ergreifen geeigneter Maßnahmen, bspw. der
592 Abmeldung von Delegierten und der Verkleinerung der Delegation bis zur Erreichung der
593 Quotenvorgaben, sicher zu stellen. Wir werden Anträge, die nicht in geschlechtergerechter Sprache
594 verfasst wurden, nicht behandeln. Wir werden unquotierte Delegationen weiterhin zur Rechtfertigung
595 aufs Präsidium bitten und sie entschlossen auffordern, sich eine harte Quote zu geben.

596 Antragsteller*innen, insbesondere Landesvorstand und die Kreisverbände, sollen, wenn sie mehrere
597 Anträge einbringen, insgesamt auf eine quotierte Einbringung achten, damit Anträge nicht immer von
598 Männern eingebracht werden. Die Redeliste beginnt strikt mit der Antragseinbringung, sodass wenn ein
599 Mann den Antrag einbringt, eine Frau folgen muss. Das Präsidium wird quotiert besetzt und auch seine

600 Redeleitung soll zu gleichen Teilen von männlichen und weiblichen Präsident*innen erfolgen. Bei der
601 Einladung von Gäst*innen für Grußworte hält der Landesvorstand die 50-Prozent-Quote ein.
602 Wir werden auch künftig anstreben, stets alle Anträge auf jeder Landesdelegiertenkonferenz zu
603 behandeln. Die Antragsdebatten sollen auch zukünftig im Zentrum der LDKen stehen. Grußworte müssen
604 in einem ausgewogenen Verhältnis zur Antragsdebatte stehen und stärker als bisher an diese gekoppelt
605 sein.

606
607 Über die probeweise Einführung zusätzlicher Diskussionsmethoden, bspw. Panel- oder Fishbowl-
608 Formate, innerhalb eines zeitlich begrenzten Blocks auf Landesdelegiertenkonferenzen wollen wir neue
609 diskursive Räume eröffnen. So wollen wir die Teilnahme an den Landesdelegiertenkonferenzen für einen
610 erweiterten Personenkreis über Vielredner*innen und überhaupt alle Delegierten hinaus attraktiver
611 gestalten und für eine breite innerverbandliche Beteiligung an der Entwicklung unserer Positionen
612 werben. Wir werden neben Arbeiter*innen-Liedern auch Lieder feministischer Kämpfe singen!

613

614 *Erweiterter Landesvorstand*

615 Der erweiterte Landesvorstand (eLV), besteht aus den Kreisvertreter*innen und dem Landesvorstand.
616 Zusätzlich wird aus jeder Arbeitsgemeinschaft und jedem Arbeitskreis sowie von den Juso-Schüler*innen
617 und dem autonomen Frauen*zusammenhang je ein*e Vertreter*in kooptiert. Der erweiterte
618 Landesvorstand dient der Kontrolle des Landesvorstandes, der Beschlussfassung, der Mitorganisation des
619 Informationsaustausches zwischen den verschiedenen Verbandsebenen und der aktiven Gestaltung des
620 politischen Meinungsbildungsprozesses der Jusos Berlin zwischen den Landesdelegiertenkonferenzen. Er
621 tagt grundsätzlich monatlich, mindestens aber sechsmal im Jahr. Wir wollen die Antragskultur und
622 Wertigkeit des erweiterten Landesvorstands deutlich stärken. Der erweiterte Landesvorstand soll zur
623 Einbringung von Anträgen und Resolutionen, insbesondere solchen mit aktuellem politischen Bezug,
624 genutzt werden und auch als Forum zur Vernetzung der Kreise und AGen/AKe untereinander dienen.
625 Themenorientiert und punktuell werden wir Bündnispartner*innen und Vertreter*innen aus Partei sowie
626 Bundestag, Abgeordnetenhaus und Senat zum erweiterten Landesvorstand einladen und kritisch mit
627 ihnen diskutieren. Damit der erweiterte Landesvorstand seine angedachte Funktion erfüllen kann, ist eine
628 aktive Beteiligung aller Kreisverbände, AGen/AKe sowie der Mitglieder des Juso-Landesvorstandes
629 notwendig. Der Juso-Landesvorstand bereitet die Sitzungen des erweiterten Landesvorstand vor und lädt
630 frühzeitig auch über den Juso-Infoverteiler ein. Die gewählten und kooptierten Mitglieder des
631 erweiterten Landesvorstands werden künftig per Post eingeladen. Anträge, Protokolle und Beschlüsse
632 des erweiterten Landesvorstands werden ebenfalls auf diesem Wege allen interessierten Mitgliedern
633 zugänglich gemacht. Der eLV-Verteiler dient dem Austausch der ordentlichen eLV-Mitglieder
634 untereinander. Der erweiterte Landesvorstand lädt nach Möglichkeit unsere Verantwortlichen aus den
635 Perspektivprojekten des Juso-Bundesverbands ein, um eine Rückkoppelung zwischen Bund, Land und
636 Kreisverbände zu gewährleisten.

637

638 *Landesvorstand*

639 Der Landesvorstand ist das höchste beschlussfassende Gremium der Jusos Berlin zwischen den Sitzungen
640 des erweiterten Landesvorstands. Er vertritt den Landesverband nach außen und koordiniert die Arbeit

641 des Landesverbands. Die Mitglieder des Landesvorstands werden für zwei Jahre von der LDK gewählt. Bei
642 Kooptierungen wird strikt auf die Quote des Gesamtvorstands geachtet. Der Landesvorstand soll sich
643 aktiv in die Debatten und Gremien des Landesverbandes einbringen und diese mitgestalten. Um eine
644 enge Anbindung an die Kreisverbände und AGen/AKe zu gewährleisten, übernimmt jedes gewählte
645 Mitglied des Landesvorstands die Betreuung eines oder mehrerer Kreise. So soll jeder Kreis und jede/r
646 AG/AK eine*n Ansprechpartner*in im Landesvorstand haben, um diese*n bei Fragen, Problemen oder
647 Anregungen zu konsultieren. Der Landesvorstand trifft sich mindestens einmal monatlich. Über seine
648 Sitzungen berichtet er dem erweiterten Landesvorstand. Alle 2 Jahre legt er einen ausführlichen
649 Rechenschaftsbericht der Landesdelegiertenkonferenz vor. Er legt jährlich einen Gleichstellungsbericht
650 der Landesdelegiertenkonferenz vor.

651

652 *Frauen*Lesben*Trans-Verbandstag*

653 Wir bieten einen autonomen Verbandstag für weibliche*lesbische*trans* Landesvorstands-,
654 Kreisvorstands- und AG-/AK-Leitungsmitglieder an. Er dient mindestens der Vernetzung untereinander.

655

656 *Anti-Sexismus-Kommission (ASK)*

657 Die Anti-Sexismus-Kommission berät und unterstützt Opfer sexistischen Verhaltens im Landesverband.
658 Um die Sichtbarkeit der Kommission zu erhöhen, stellen sich die Mitglieder dem eLV und auch direkt in
659 den Kreisen sowie auf den Landesdelegiertenkonferenzen vor. Die Mitglieder und eine direkte
660 Kontaktmöglichkeit werden zentral auf der Homepage veröffentlicht. Die ASK-Mitglieder nehmen an
661 Weiterbildungen teil und beraten den Landesverband bei der Entwicklung von Maßnahmen gegen
662 Sexismus. Wir werden die Strukturen und Arbeitsweise der Anti-Sexismus-Kommission bis zur Neuwahl
663 im Herbst 2014 gemeinsam mit den Frauen* in unserem Verband überarbeiten.

664

665 *Arbeitsgemeinschaften/Arbeitskreise*

666 Arbeitsgruppen und Arbeitskreise sind und bleiben wichtige Bestandteile unseres Verbands. Sie schaffen
667 die Möglichkeit, kontinuierlich an Themenbereichen zu arbeiten und über Kreisgrenzen hinweg
668 Positionen zu diskutieren und weiterzuentwickeln sowie den inhaltlichen Austausch mit unseren
669 Verantwortlichen aus den Perspektivprojekten sicherzustellen. Sie bieten jedoch nicht für jedes Anliegen
670 den geeigneten Raum. Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Interesse an einzelnen Themenbereichen
671 Schwankungen unterliegen kann. Der Landesvorstand wird Interessierte dabei unterstützen, derzeit
672 inaktive AGen/AKe neu aufzubauen und aktive AGen/AKe fortzuführen. Er wird innerhalb des ersten
673 halben Jahres nach seiner Wahl eine Bestandsaufnahme über die Aktivitäten der AGen/AKe vornehmen
674 und basierend hierauf zur LDK 2/2014 einen Antrag bzw. ein Konzept über die zukünftige Aufstellung der
675 AGen und AKe des Juso-Landesverbandes vorlegen. Der erweiterte Landesvorstand und die AGen/AKe
676 werden in diese Diskussion einzubeziehen.

677

678 *Projektgruppen*

679 Unser Verständnis einer vitalen Verbandskultur ist geprägt von der Überzeugung, dass politische Arbeit
680 nicht ausschließlich in institutionalisierten Gruppen stattfinden kann und darf. Die Arbeit in
681 Projektgruppen hat sich in den vergangenen zwei Jahren mehrfach bewährt. Wir wollen es daher

682 weiterhin ermöglichen, dass Genoss*innen sich themenbezogen und kurzfristig zu Projektgruppen und
683 ähnlichen Arbeitsformen zusammenschließen, um Anträge oder Veranstaltungen zu erarbeiten oder
684 vorzubereiten und Themen zu diskutieren. Der Landesverband fördert solcherlei Bestrebungen auch
685 weiterhin in organisatorischer Hinsicht.

686

687 *Verbandstage und -abende*

688 Als weitere Veranstaltungsform bieten Verbandstage sowie Verbandsabende die Möglichkeit, einzelne
689 Themen konzentriert und verbandsöffentlich an einem Wochentag oder einem Abend zu diskutieren.
690 Doppelstrategische Ansätze in Form von Beteiligung anderer Organisationen und Verbände sowie das
691 Hinzuziehen von Referent*innen bieten sich hierbei besonders an. Auch können Elemente partizipativer
692 Diskussionsformen wie z.B. Zukunftswerkstätten oder World-Cafés verwendet werden. Verbandstage und
693 -abende sind beteiligungsorientiert und unterscheiden sich somit von Podiumsdiskussionen oder
694 anderen Formaten. Organisiert werden können sie durch den Landesvorstand, die AGen/AKe und
695 Projektgruppen und/oder durch mehrere Kreisverbände gemeinsam. Das Juso-Landesbüro leistet hierbei
696 auf Anfrage und unter Berücksichtigung der vorhandenen Kapazitäten organisatorische Unterstützung.

697

698 *Infrarot - unsere Schüler*innenzeitung*

699 Die Infrarot soll in den kommenden zwei Jahren zu unserer Schüler*innenzeitung aufgebaut werden.
700 Anspruch dieser Zeitung sollte es sein, Schüler*innen über Tagespolitik und gesellschaftspolitische
701 Fragen verständlich und interessant zu informieren. Die Infrarot wird gedruckt und auf die Website der
702 Jusos Berlin gestellt. Der Landesvorstand ist als Herausgeber*in verantwortlich für die publizistische
703 Leitlinie. Die Redaktion wird entsprechend vom Landesvorstand benannt. Der Landesvorstand wird dazu
704 alle Interessierten zur Bildung einer neuen Redaktion aufrufen. Vor Bildung der Redaktion soll es einen
705 Workshop in Kooperation mit der Jungen Presse Berlin geben, um Interessierten einen Einblick in die
706 Arbeit der Redaktion zu geben und dem Verband zu ermöglichen das Konzept der Zeitung mit externem
707 Sachverstand zu beraten. Neben der Redaktion sollen auch weitere Mitglieder des Verbands als
708 Autor*innen in der Infrarot veröffentlichen können. Die Infrarot soll zweimal jährlich erscheinen.

709

710 *Blog*

711 Wir wollen ein Medium schaffen, um die Diskussion innerhalb des Verbandes über unsere Positionen und
712 Forderungen zu stärken. Die Website der Jusos Berlin wird dazu um einen Blog erweitert. Alle Mitglieder
713 der Jusos Berlin (und mit vorheriger Genehmigung Externe) erhalten Zugang dazu und können unter
714 Angaben ihrer Klarnamen Beiträge zu aktuellen Themen, theoretische und grundsätzliche Positionen und
715 Fragestellungen schreiben und diese nach Freischaltung durch den Landesvorstand zur Diskussion mit
716 allen anderen Mitgliedern stellen. Der Landesvorstand organisiert die technische Erstellung dieses Blogs.
717 Zusammen mit allen Interessierten entwirft er eine Netiquette. Der Landesvorstand ernennt eine*n Blog-
718 Verantwortliche*n. Der Blog soll nach Möglichkeit im Jahr 2014 online gehen. Die Kreisvorstände und der
719 Landesvorstand bewerben bei Veröffentlichung den Blog, um ihn im Landesverband bekannt zu machen.

720

721 *Überprüfung bestehender Strukturen*

722 Als Jusos Berlin sind wir überzeugt, dass ein kritischer Umgang mit eigenen Arbeitsweisen und Strukturen
723 notwendig ist, um unsere politische Arbeit zeitgemäß und attraktiv gestalten zu können. Deshalb haben
724 wir eine Umfrage unter unseren Mitgliedern gemacht. Anhand ihrer Ergebnisse werden wir unsere
725 Arbeitsweisen und Strukturen wo erforderlich verändern. Unser Ziel ist es, die Arbeit der Jusos Berlin noch
726 attraktiver zu gestalten, mehr Mitglieder für die Mitarbeit begeistern zu können und die politische
727 Schlagfähigkeit weiter zu steigern. Hierfür müssen insbesondere Beteiligungshürden abgebaut werden.
728 Diese schließen nicht nur sozial bedingte Berührungängste mit politischer Arbeit ein, sondern bezieht
729 sich auch auf ganz konkrete Barrieren in unserem Verband wie bspw. nicht rollstuhlgerechte Tagungs-
730 und Veranstaltungsorte oder Kommunikationsarten, die sinnesbeeinträchtigte oder lernbehinderte
731 Menschen ausschließen. Zur Debatte steht darum, ob und wie wir als Berliner Jusos langfristig auch
732 Menschen mit Behinderung die Verbandsarbeit ermöglichen können. Bei Bedarf wird ein weiteres
733 Evaluationsprojekt angestoßen.

734

735 **Innerverbandliche Bildungsarbeit**

736 Die Bildungsarbeit nimmt für uns einen zentralen Stellenwert innerhalb der Arbeit des Juso-
737 Landesverbandes ein. Getreu unserer Wurzeln wollen wir uns verstärkt mit den theoretischen Grundlagen
738 unserer jungsozialistischen Politik auseinandersetzen. Wir pflegen weiterhin die Zusammenarbeit mit den
739 der Sozialdemokratie nahe stehenden Verbänden und Institutionen für die Verwirklichung unserer
740 Bildungsarbeit. Seminare können bspw. auch mit anderen Jugendverbänden angeboten werden.

741

742 *Bildungsbeauftragte*r*

743 Der Juso-Landesvorstand ernennt aus seinen Reihen eine*n Bildungsbeauftragte*n, die/der sich um die
744 innerverbandliche Bildungsarbeit kümmert. Dazu gehört die organisatorische Vorbereitung der
745 Neumitgliederseminare, aber auch die unterstützende Vorbereitung bei inhaltlichen, sowie methodisch-
746 qualifizierenden Seminare. Gleichzeitig steht die*der Bildungsbeauftragte helfend bei dem Mentoring-
747 Programm, sowie dem Gender-Training zur Seite. Der Landesvorstand erstellt ein Bildungsprogramm,
748 über das im erweiterten Landesvorstand berichtet wird. Besonders für die Gender-Kompetenz als auch für
749 alle weiteren Seminare ist die eigene Weiterbildung der*des Bildungsbeauftragte*n durchaus
750 wünschenswert, bei Bedarf lässt sie*er sich dazu beraten und weiterbilden.

751

752 *Bewerbung und Ankündigung von Seminaren*

753 In der Vergangenheit hat es sich bewährt, Seminare langfristig zu planen und mit ausreichendem
754 zeitlichen Vorlauf anzukündigen. Deshalb werden wir Seminare mindestens 4 Wochen vorher bewerben.
755 Die Seminare werden in Onlineform angekündigt. So können wir ein großes Publikum für unserer
756 Seminar-Angebot und Interessierten und weniger aktiven Mitgliedern die Information über Seminare
757 zukommen lassen und ihre Teilnahme ermöglichen.

758

759 *Neumitgliederseminare*

760 Weiterhin wollen wir mindestens zweimal im Jahr Neumitgliederseminare anbieten. Um den
761 verschiedenen Bedürfnissen der Neumitglieder gerecht zu werden, wollen wir pro Jahr mindestens zwei

762 Tagesseminare und bei Bedarf ein Halbtagesseminar anbieten. Die Mitglieder des Landesvorstands
763 erklären sich bereit, hierbei als Referent*innen bzw. Gäst*innen mitzuwirken. Kreisverbände ermutigen
764 wir, eigens Neumitgliederseminare zu veranstalten. Hierzu wird ein Standardkonzept entwickelt, das
765 Kreisverbände eigenverantwortlich teamen können. Die Anbindung an die aktive Jusoarbeit wird durch
766 die gezielte Ansprache während der Seminare sowie anschließendes Kontakthalten mit den
767 Teilnehmenden ermöglicht. Unseren Grundwerten, der sozialdemokratischen und jungsozialistischen
768 Geschichte sowie unserem Verbandsaufbau kommt ein besonderer Stellenwert in den
769 Neumitgliederseminaren zu, da sie die Grundfeste des Engagements sind.

770

771 *Inhaltliche Seminare*

772 In den kommenden zwei Jahren wollen wir ein breites Angebot an inhaltlichen Seminaren anbieten. Der
773 Landesvorstand trägt die Gesamtverantwortung. Wir wollen darüber hinaus womöglich auf die
774 Kompetenzen und den Sachverstand unserer Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise zurückgreifen.
775 Aktuelle tagespolitische Themen werden wir hier ebenso behandeln wie Grundsatzfragen des
776 Sozialismus, Feminismus und Internationalismus, Kapitalismuskritik und Grundwerte.

777

778 *Methodisch-qualifizierende Seminare*

779 Wir wollen unsere Mitglieder weiterbilden und für die Arbeit im Verband, für eigene Seminare und
780 Wahlkämpfe qualifizieren. Neben der inhaltlichen Arbeit bei Seminaren nimmt daher auch das
781 Methodentraining eine entscheidende Rolle für uns ein. Methodisch-qualifizierende Seminare bieten
782 auch eine Möglichkeit, um gemeinsam den Rahmen politischen Arbeitens weiterzuentwickeln.

783

784 *Mentoringprogramm für Kreisvorstände*

785 Wir werden ein Mentoringprogramm über zwei Jahre anbieten, um Nachwuchskräfte methodisch zu
786 qualifizieren. Hierbei sollen die Teilnehmenden für die Kreisverbandsarbeit, die Moderation, die
787 Weiterentwicklung der Programmatik, die Bündnisarbeit u.v.m. fit gemacht werden. Es soll sich
788 dementsprechend an Genoss*innen richten, die bereits aktiv am Verbandsleben teilnehmen bzw.
789 Interesse und Engagement an der Weiterentwicklung unseres Verbands zeigen. Das Mentoringprogramm
790 wird anderthalb Jahre andauern und etwa einen verbindlichen Seminartermin im Quartal beinhalten.
791 Verantwortlich für die Organisation und Leitung des Mentoringprogramms ist der Landesvorstand.

792

793 Alle 12 Kreisverbände erhalten in diesem Mentoringprogramm 2 Plätze für Kreisvorstandsmitglieder. Die
794 Kreisverbände sind dazu angehalten, Genoss*innen auszuwählen, die das erste Mal in den Kreisvorstand
795 gewählt wurden. Bei Ausnahmen entscheidet der Landesvorstand. Von diesen 2 Plätzen wird je
796 Kreisverband mindestens einer mit einer Frau* besetzt. Jene Kreise, die Genoss*innen mit
797 Einwanderungsgeschichte in den Kreisvorstand gewählt haben, können diese für das
798 Mentoringprogramm auswählen und bekommen dafür einen dritten Platz.

799 *Autonomer Migrant*innenzusammenhang*

800 Wir werden einen autonomen Migrant*innenzusammenhang anbieten, der ausschließlich Mitgliedern
801 mit Einwanderungsgeschichte angeboten wird. Wir wollen die Teilnehmer*innen hiermit langfristig
802 individuell begleiten, sowie bei Bedarf Workshops anbieten.

803

804 *Gender-Training*

805 Gender-Trainings sind ein wichtiger Bestandteil gendergerechter Arbeit. In Gender-Trainings erfahren die
806 Teilnehmenden, wie ein gendergerechter Umgang miteinander aussieht. Sie lernen, ihre eigene Rolle und
807 Funktion zu hinterfragen und sie entwickeln Ideen für gendersensible Arbeit in den Kreisen und
808 Arbeitskreisen. Dabei sollen Teilnehmende aus möglichst allen Kreisen vertreten sein, um ihnen auch eine
809 Multiplikator*innenrolle zukommen zu lassen. Wir bieten jährlich ein Gender-Training an. Darüber hinaus
810 bietet der Landesverband einen Pool an Trainer*innen, die kleine Gender-Trainings in Kreisverbänden
811 halten können. Alle Kreisverbände sind angehalten, ein kleines Gendertraining als Abendveranstaltung
812 anzubieten.

813

814 *Verbandswerkstatt*

815 Die Verbandswerkstatt nimmt eine Doppelfunktion ein: Sie ist Teil der Bildungsarbeit und Ort der
816 Diskussion für den Verband. Hier werden Inhalte weiter entwickelt und der Austausch zwischen den
817 Mitgliedern gefördert. Sie findet weiterhin einmal jährlich statt. Wir wollen die Verbandswerkstatt nutzen,
818 um neue Mitglieder an unsere thematischen Debatten heranzuführen und ihnen methodische
819 Fähigkeiten zu vermitteln. Um unsere Inhalte weiter entwickeln zu können, wollen wir bei der
820 Verbandswerkstatt Themen vertiefend diskutieren. Daher halten wir daran fest, bei der
821 Verbandswerkstatt inhaltliche Schienen anzubieten, die über die gesamte Dauer der Verbandswerkstatt
822 laufen. Inhaltlich sind die Seminare ausgewogen von Grundsatz- und Kernthemen bis hin zu
823 berlinbezogenen Themen anzubieten. Da sich die Verbandswerkstatt auch für Neumitglieder eignet und
824 diese gezielt angesprochen werden, sollten auch Inhalte zur Geschichte und den Grundwerten der Jusos,
825 Arbeiter*innenbewegung und Bezug zur Sozialdemokratie ihren Platz bekommen. Ein fester Bestandteil
826 der Verbandswerkstatt bleibt darüber hinaus die Gender-Tour. Sie hat sich in den vergangenen Jahren
827 bewährt und markiert den besonderen Stellenwert von Gender-Themen in unserem Landesverband. Sie
828 tourt durch alle angebotenen inhaltlichen Seminare und bietet unserem Verband die Möglichkeit, alle
829 Themen unter Gender-Aspekten zu betrachten. Wir werden Teilnehmende stärker als bisher in die
830 Gestaltung der Verbandswerkstatt einbinden. Wir werden Awarenessbeauftragte und einen
831 diskriminierungsarmen Schutzraum, z.B. als Frauen*Lesben*Trans*-Raum, anbieten. Es wird abends ein
832 Kulturangebot geben, auf Kamingspräche verzichten wir. Für diejenigen, die nicht am Kneipenabend
833 teilnehmen wollen, bieten wir drogenfreie Alternativen an.

834

835 **6. Weitere Projekte**

836 *Kurzkampagnen*

837 Auch in den nächsten zwei Jahren wollen wir auf neue Entwicklungen in der Gesellschaft und aktuelle
838 Ereignisse kurzfristig und schlagfertig eingehen können. Doch es ist nicht nur wichtig auf diese zu

839 reagieren, sondern auch aktiv Themen zu setzen, die für uns von besonderer Relevanz sind. Dafür werden
840 wir Kurzkampagnen nutzen. Diese bieten uns die nötige Flexibilität und können die organisatorische
841 Schlagfertigkeit gewährleisten, um zum Beispiel effektiv auf Themen einzugehen. Als Bestandteile dieser
842 können Flyer gestaltet, Podiumsdiskussionen organisiert und Verbandsabende veranstaltet werden.
843 Natürlich können darüber hinaus auch andere Kampagnenformen gewählt werden, insbesondere
844 Onlineformen werden wir nutzen.

845

846 *Material*

847 Für die tagtägliche Juso-Arbeit ist es entscheidend, für unterschiedliche Gelegenheiten ansprechende
848 Materialien bei der Hand zu haben. Im Dialog mit den Kreisverbänden wollen wir ausloten, welche
849 grundsätzlichen Materialien und Selbstdarstellungspublikationen in der täglichen Arbeit gebraucht
850 werden. Ob kurze und knappe Darstellungen für die Verteilung vor Schulen oder längere Materialien für
851 Neumitglieder und Interessierte wollen wir gemeinsam mit den Kreisverbänden bedarfsgerechte
852 Publikationen erarbeiten und diese den Kreisen zur Verfügung stellen.

853

854 *Förderung der Juso Schüler*innen*

855 Der Landesverband der Jusos Berlin unterstützt die Juso-Schüler*innen Berlin weiterhin in ihrer Arbeit.
856 Die Juso-Schüler*innen Berlin haben sich im März 2013 offiziell wiedergegründet, und bestehen somit
857 nun ein Jahr. In diesem Jahr wurden mehrere Anträge eingebracht, unter anderem auch ein Antrag der
858 auf dem Landesparteitag der SPD Berlin beschlossen wurde. Es wurde monatlich mindestens ein, öfter
859 auch zwei Treffen abgehalten. Die Juso-Schüler*innen haben im letzten Jahr versucht die Probleme der
860 Berliner Schullandschaft zu analysieren und nach Lösungsansätzen für diese gesucht. Diese und weitere
861 bildungspolitische Arbeit wollen sie auch in den nächsten 2 Jahren fortführen. Die Juso-Schüler*innen
862 sollen eine Institution werden, bei der sich Schüler*innen niederschwellig mit Politik auseinandersetzen
863 können. Weiterhin wollen die Juso-Schüler*innen versuchen sich sowohl auf Landes-, Bundes-, jedoch
864 auch auf Kommunalebene einzubringen und hier für ein gerechtes Schulsystem zu kämpfen. In den
865 nächsten zwei Jahren wird die "Gründer*innengeneration" der Juso-Schüler*innen Berlin komplett
866 wegbrechen, weswegen es wichtig ist die Juso-Schüler*innen weiterhin zu unterstützen. Die Arbeit, die
867 gemeinsam mit dem Landesverband getan wurde wollen sie über Anträge und Veranstaltungen
868 fortführen. Nachwuchsarbeit beginnt bei den Kleinsten, damit auch die eine große Stimme haben!

869

870 *Internationales*

871 Wir Jusos Berlin bekennen uns zu internationaler Solidarität und internationaler Zusammenarbeit.
872 Gerade den Austausch mit Genoss*innen aus anderen Ländern empfinden wir als sehr bereichernd, da er
873 es uns ermöglicht von anderen Erfahrungen und Ideen zu lernen. Gleichzeitig können wir so gemeinsame
874 Positionen entwickeln und uns gemeinsam mit unseren Partner*innen auf internationaler Ebene für eine
875 bessere Politik einsetzen. Deshalb wollen wir uns aktiv in Foren wie IUSY und YES einbringen,
876 insbesondere im Rahmen des IUSY- und YES-Festivals. Im Sommer 2014 werden mit einer Delegation zum
877 IUSY-Festival in Malta reisen.

878 Wir werden 2015 an die Tradition der Israelfahrten anknüpfen und Delegation unserer Genoss*innen aus
879 Israel und Palästina empfangen. Weiterhin bemühen wir uns aktiv um eine Kooperation mit den
880 Genoss*innen in Belarus.

881 Der internationale Austausch wird bei den Jusos über die Landesebene organisiert. Dies bedeutet auch,
882 dass der Austausch selbst im gesamten Verband stärker rückgekoppelt wird. Wir begrüßen es sehr, wenn
883 die Kreise in Eigenregie Austauschprogramme und Bildungsfahrten veranstalten, unterstützen diese aber
884 nicht finanziell.

885

886 *Austauschtreffen mit Genoss*innen sozialdemokratischer Jugendorganisationen aus diversen EU-Ländern*

887 Ziele: Austausch über die Arbeitsweise anderer Organisationskulturen in der sozialdemokratischen
888 Bewegung, Lernen vom jeweils anderen, Neue internationale Kontakte knüpfen und bestehende festigen,
889 Grundsatz des Internationalismus mit Farbe füllen, Intensivierung des Austausches im Vorfeld oder/und
890 nach den Europawahlen.

891 Mögliche Formate: Einladung von Genoss*innen nach Berlin, Konzentration auf Vereinen aus
892 europäischen Metropolen (Größere Schnittpunkte zu unserer Berliner Organisationslogik), mehrere
893 Abendveranstaltungen mit einer*m oder mehreren Genoss*innen aus einem EU-Land ODER größere
894 Veranstaltung mit diversen EU-Ländern.

895 Öffentlichkeitsarbeit: Ergebnisse der Treffen: Berichten auf der Landesseite, Artikel für Infrarot, Publikation
896 in dem Partnerland (Online oder Print)

897

898 *Feierlichkeiten zu 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen*

899 Motivation: Der Staat Israel und Deutschland feiern im Jahr 2015 das 50. Jubiläum der Aufnahme
900 diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Dieses Ereignis ist auch für die Jusos Berlin
901 ein Grund zum Feiern, sodass für das Jahr 2015 spannende Veranstaltungen durchgeführt werden
902 können. Dabei müsste die breite Palette der freundschaftlichen Beziehungen beleuchtet und vor allem
903 der enge Austausch mit den israelische Partner*innen betont werden. Das Thema der Israelsolidarität
904 des Berliner Landesverbandes hat sich verfestigt und ist bundesweit bekannt, sodass weitere inhaltliche
905 Akzente entwickelt werden könnte. Die Vorbereitung, Durchführung und Koordination der
906 Veranstaltungen kann im Rahmen einer Projektgruppe getätigt werden.

907 Ziele/Potenziale: Engere Verbindung mit potenziellen gesellschaftlichen und politischen Partner*innen.
908 Stärkung der Bildungsarbeit, insbesondere gegen Antisemitismus. Reflektion und Weiterentwicklung der
909 politischen Positionen.

910 Format: Beispielsweise Podiumsdiskussionen und Seminare.

911

912 *Deutsche Kolonialgeschichte/Postkolonialismus*

913 Motivation: Kritische Auseinandersetzungen mit Kolonialgeschichte und ihren Auswirkungen und
914 Kontinuitäten finden - zumindest im akademischen Bereich - zunehmende Beachtung. Bei den Jusos
915 Berlin wurde dieses Thema bislang kaum behandelt, obwohl es interessantes Potenzial bietet. Ende
916 2014/Anfang 2015 jährt sich die Berliner Konferenz [bei der europäische Mächte die Grundlage für die
917 Aufteilung des afrikanischen Kontinents in Kolonien legten] zum 130. Mal. Die aktuellen Debatten um
918 die zukünftige außenpolitische Rolle der Bundesrepublik fordern nicht zuletzt auch dazu auf, sich mit der

919 Geschichte von Imperialismus und Kolonialismus auseinanderzusetzen und globale Machtbeziehungen
920 und -gefälle zu verstehen.

921 Ziele/Potenziale: Mitgliedern des Landesverbands und anderen Interessierten ermöglichen, einen
922 Zugang zu den o.g. Themenbereichen zu erlangen. Dies kann dabei helfen, internationale Beziehungen
923 oder "Entwicklungspolitik", aber auch Rassismus in Deutschland, Begriffe von Kultur/Zivilisation oder
924 deutsche und westliche Geschichtsschreibung fundierter zu analysieren und zu kritisieren. Bündnisarbeit
925 mit entsprechenden Akteur*innen - etwa Berlin-Postkolonial, Initiative Schwarze Menschen in
926 Deutschland. [Weiter-]Entwicklung von Juso-Positionen auf verschiedenen Ebenen [lokal z.B. Debatten
927 um Erinnerungskultur, Wissenschaftspolitik; bundesweit z.B. Außen- oder "Entwicklungspolitik"].
928 Format: Eine Beschäftigung mit dem Themenbereich bietet sich zunächst vor allem im Rahmen der
929 innerverbandlichen Bildungsarbeit an. Vorstellbar wäre hier eine mehrteilige Seminarreihe, die sich
930 beispielsweise zunächst mit Grundbegriffen und Geschichtlichem auseinandersetzt, dann die historische
931 Rolle der SPD und der gesellschaftlichen Linken beleuchtet, um sich dann mit Auswirkungen des
932 Kolonialismus in der heutigen Zeit zu beschäftigen. Abgesehen von üblichen Seminarformen bestünde
933 auch die Möglichkeit auf bestehende Angebote von Initiativen zurückzugreifen - beispielsweise
934 postkoloniale Stadtführungen.

935

936 *Finanzpolitik und die Beziehung zwischen Land und Bezirken*

937 Ziel: In der SPD wird schon seit Längerem heftig über die finanzielle Ausstattung der Bezirke gestritten.
938 Wir als Jusos sollten in der Lage sein, bei Diskussionen über die Finanzsituation des Landes Berlin, über
939 die Personaleinsparungen und über die Ausstattung der Bezirke informiert mitzumischen
940 Format: Deswegen sollten wir im zweiten Quartal 2014 zur Finanzsituation des Landes Berlin ein
941 eintägiges Seminar machen. Fortgeschrittene Themen auch in Form von Abendveranstaltungen.
942 Ziel: Bildung der Mitglieder um aktuelle Entwicklungen nachvollziehen und politisch bewerten zu
943 können. Verbesserung der Beschlusslage. Verbindung zu den Bundesprojekten.

944

945 *Antifaschistische Bündnisarbeit und Gedenkstättenfahrten*

946 Antifaschistische Arbeit ist eines der Kernelemente unserer Juso-Aktivitäten. Wir wollen die gute
947 Bündnisarbeit gegen Nazis zusammen mit unseren BündnispartnerInnen von Gewerkschaften,
948 Parteijugenden und antifaschistischen Initiativen fortführen. Dazu gehört auch, dass wir bei
949 antifaschistischen Großevents auch eine maßgebliche koordinierende Rolle einnehmen werden. Dabei
950 werden wir auch eigene Akzente setzen, beispielsweise in Gedenkaktionen wie dem Günter-
951 Schwannecke-Bündnis oder unserem Utøya-Gedenken.

952 Ein zentraler Bestandteil unserer antifaschistischen und internationalistischen Arbeit soll die
953 Gedenkstättenfahrt sein. In Zusammenarbeit mit dem AK Antifa unterstützt der Landesverband dieses
954 Projekt. 2014 und 2016 werden wir nach Polen fahren, um dort die Gedenkstätte im ehemaligen
955 Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz zu besuchen. Dies verbinden wir mit einem
956 einwöchigen Seminar in Oświęcim und Kraków. Wir werden dort auch unsere polnische
957 Schwesterorganisation treffen. 2015 wollen wir eine kleine Gedenkstättenfahrt ins nähere Umland
958 organisieren als Wochenendfahrt. Im Januar 2015 jährt sich zudem die Auschwitzbefreiung durch die
959 Rote Armee zum 70. Mal. Anlässlich dieses feierlichen Tages werden wir gemeinsam mit dem Juso-

960 Bundesverband und vielen anderen Jugendverbänden, die oder deren Vorgänger*innen Mitglieder im
961 Holocaust verloren oder im Widerstand waren, nach Auschwitz reisen und uns an den
962 SiegesGedenkfeiern beteiligen.

963

964 *Kein G8-Gipfel 2015*

965 Im Sommer 2015 findet der G8-Gipfel in den bayerischen Alpen statt. Die Jusos Berlin werden sich an den
966 Protesten gegen den G8-Gipfel beteiligen. Hierauf bereiten wir unseren Verband mit einer geeigneten
967 Veranstaltungsreihe vor, z.B. zu Welthandel, emanzipatorischer Kapitalismuskritik, internationaler
968 Solidarität und Demotrainings.

969

970 *Ring Politischer Jugend*

971 Aktuell gibt es in Berlin keinen aktiven Ring Politischer Jugend (RPJ). Wir wollen uns dafür einsetzen,
972 gemeinsam mit anderen Jugendorganisationen der Parteien den RPJ wiederzubeleben. Hierfür kommen
973 alle Jugendorganisationen der zurzeit im Abgeordnetenhaus und im Bundestag vertretenen Parteien in
974 Frage. Der RPJ stellt für uns vor allem eine Möglichkeit der Vernetzung und des Austausches, der
975 Bildungs- und Kampagnenarbeit sowie der allgemeinen Politisierung von jungen Menschen dar. Ziel der
976 Wiederbelebung soll es sein, diese zu stärken und nicht nur eine Finanzquelle aufzutun. Wir wollen dabei
977 erreichen, dass die dem RPJ zur Verfügung stehenden Gelder fair verteilt werden. Wir wollen die
978 parteipolitisch gebundenen Jugendorganisationen nicht zu Lasten anderer Verbände und
979 Organisationen und nicht zu Lasten der Jugendbildung des Landes Berlin stärken

980

981 *Politikcafé*

982 Das Politikcafé ist eine Kooperation der Jugendorganisationen der im Berliner Abgeordnetenhaus in der
983 aktuellen und der vergangenen Legislaturperiode vertretenen Parteien und der Jungen Presse Berlin. Das
984 Politikcafé organisiert Diskussionen und Workshops zur politischen Bildung. Im Vorfeld der
985 Abgeordnetenhauswahl 2011 haben viele Podiumsdiskussionen mit Vertreter*innen der
986 Jugendorganisationen an Berliner Schulen stattgefunden. Wir Jusos wollen uns dort weiter stark
987 engagieren, um die politische Jugendbildung zu stärken.

988

989 *Rot-Rot-Grün vorbereiten*

990 Ob in Berlin oder darüber hinaus, die jeweils nächste Wahl steht immer schon bevor und mit ihr die Frage
991 nach Hegemonie und parlamentarischer Mehrheit. Wir Jusos setzen uns seit vielen Jahren für rot-rot-
992 grüne Bündnisse ein und versuchen diese wo immer es sich anbietet inhaltlich vorzubereiten. Mit dem
993 Leipziger Öffnungsbeschluss der SPD ist unsere Partei in dieser Frage nun endlich auf einem Kurs mit uns.
994 Wir werden unsere Bemühungen daher verstärken und speziell in Hinblick auf die
995 Abgeordnetenhauswahlen 2016 Dialogformen finden, um zu konkreten aktuellen Themen trilateral
996 miteinander ins Gespräch zu kommen und linke Politikentwürfe zu skizzieren. Unser Ziel ist und bleibt die
997 Ablösung Großer Koalitionen durch progressive Bündnisse.

998

999 *Projekt Juso-Laden*

1000 Der neue Juso-Landesvorstand wird aufgefordert die Überlegungen seines Vorgänger*innengremiums
1001 zur Findung und zum Betrieb eines Berliner Juso-Ladens fortzusetzen und sich auf die Suche nach
1002 geeigneten Möglichkeiten zu machen.

1003

1004 **Vorwärts und nie vergessen!**

1005 Auf der Grundlage dieses Landesarbeitsprogramms wollen wir in den nächsten zwei Jahren gemeinsam
1006 unsere Arbeit als Juso-Landesverband Berlin gestalten. Dafür müssen wir als gesamter Verband, als
1007 Landesvorstand, als Kreisverbände, als Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise, als Projektgruppen
1008 zusammen eintreten.

1009 Wir richten unsere politische Arbeit an unseren inhaltlichen und strategischen Zielen aus. Wir müssen
1010 innerhalb des Verbandes wie auch nach außen offen und streitbar auftreten. Wir dürfen über den
1011 inhaltlichen Streit, der engagiert zu führen ist, aber nie vergessen, dass wir uns gemeinsam und
1012 solidarisch für eine politische Sache engagieren.

1013 Wir haben starke politische Anliegen, wir sind ein starker Verband. Unsere Stimme muss in den nächsten
1014 zwei Jahren in Verband, Partei und Stadt noch lauter wahrgenommen werden. Wir treten für eine
1015 gerechte Gesellschaft und den Demokratischen Sozialismus ein, für die Überwindung von Kapitalismus,
1016 Rassismus, Antisemitismus und Patriarchat. In diesem Sinne kämpfen wir gemeinsam!

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Tempelhof-Schöneberg

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

6 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

7
8 **B1_1/14 Minderjährige in der Bundeswehr von**
9 **Ausbildung und Dienst an der Waffe ausnehmen**

10
11 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, gesetzlich dafür Sorge zu tragen, dass Minderjährige, die
12 ihre Ausbildung im Bereich der Bundeswehr beginnen, vor Erreichen der Volljährigkeit nicht im Dienst an
13 der Waffe ausgebildet und eingesetzt werden.

14
15 *Begründung:*

16 Die Rekrutierung und Ausbildung von Minderjährigen ab Vollendung des 17. Lebensjahres in der
17 Bundeswehr sehen wir als problematisch an. Zwar ist Minderjährigen die Teilnahme an
18 Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht gestattet und der Gebrauch von Waffen allein auf die
19 Ausbildung „unter strenger Aufsicht“ beschränkt, dennoch steht letztere Praxis im Widerspruch zum Ziel
20 des Fakultativprotokolls zur VN-Kinderrechtskonvention.

21
22 Die Bundesrepublik Deutschland hat das Fakultativprotokoll zur VN-Kinderrechtskonvention betreffend
23 die Beteiligung von Kindern in bewaffneten Konflikten mit erarbeitet und am 13. Dezember 2004
24 ratifiziert. Ihr Ziel ist es, die Rekrutierung und den Einsatz von Minderjährigen für militärische Zwecke,
25 insbesondere als KindersoldatInnen, wirksam zu bekämpfen. Im Sinne der VN-Kinderrechtskonvention ist
26 bei der Beurteilung, ob man von "Kindersoldaten" sprechen kann, die Volljährigkeitsgrenze von 18 Jahren
27 ausschlaggebend. Eine deutliche Ratifizierungsmehrheit des Zusatzprotokolls ist der Ansicht, dass dies
28 nicht nur für die Zwangsrekrutierung von KindersoldatInnen durch paramilitärische Gruppen gelten soll,
29 sondern auch für den obligatorischen oder freiwilligen Militärdienst in einer staatlichen Armee. Es gibt
30 allerdings eine Ausnahmeregelung im Fakultativprotokoll, die es Staaten erlaubt, von der
31 Volljährigkeitsgrenze abzuweichen und im eigenen Land Minderjährige als Freiwillige für die Streitkräfte
32 anzuwerben. Dies betrifft bei uns freiwillig Wehrdienstleistende und Soldatinnen und Soldaten auf Zeit,
33 die als 17-Jährige bei der Bundeswehr eine militärische Ausbildung beginnen. Diese Praxis lässt eine
34 Gleichstellung mit KindersoldatInnen in bewaffneten Konflikten zwar nicht zu, steht aber im Widerspruch
35 zum Anliegen des VN-Fakultativprotokolls, denn die minderjährigen Freiwilligen werden im Rahmen ihrer
36 militärischen Ausbildung an Waffen geschult und grundsätzlich für dieselben Aufgaben wie Volljährige

37 eingesetzt. Nach Angaben der Bundesregierung wurden 2012 insgesamt 1216 freiwillig
38 Wehrdienstleistende und Soldatinnen und Soldaten auf Zeit unter 18 Jahren eingestellt (vgl.
39 Bundestagsdrucksache 17/14082), obwohl der VN-Ausschuss für die Rechte des Kindes die
40 Bundesregierung bereits 2008 aufgefordert hatte, das Mindestrekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben.
41 Dazu schreibt der Ausschuss: "Der Ausschuss stellt fest, dass die große Mehrheit der Vertragsstaaten des
42 Protokolls die freiwillige Einberufung von Kindern nicht erlaubt. Der Ausschuss ermuntert daher den
43 Vertragsstaat, das Mindestalter für den Wehrdienst auf 18 Jahre zu erhöhen, um den Schutz des Kindes
44 durch insgesamt höhere gesetzliche Standards zu fördern." ([www.auswaertiges-
amt.de/cae/servlet/contentblob/360834/publicationFile/3631/](http://www.auswaertiges-
45 amt.de/cae/servlet/contentblob/360834/publicationFile/3631/), S. 3, abgerufen am 26.02.2014).

46
47 Es ist eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit, dass Deutschland auf die Anwerbung von
48 minderjährigen Freiwilligen für die Bundeswehr verzichtet, um als gutes Beispiel auf internationaler
49 Ebene wirksamer zum Schutz von Kindern vor der Rekrutierung für bewaffnete Konflikte beitragen zu
50 können. Die Anwerbung von Minderjährigen über gezielte Werbemaßnahmen an Schulen und in deren
51 Umfeld sehen wir in diesem Zusammenhang ebenfalls kritisch, da eine ausgewogene Darstellung der
52 Risiken des Berufsbildes "SoldatIn" oft nicht hinreichend erfolgt. Auf die Beschlusslage zur ablehnenden
53 Haltung der Jusos zur Bundeswehr(an)werbung in Schulen wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

1 **AntragsstellerIn:** Juso-SchülerInnen

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5 Zur Weiterleitung an den AK II der SPD Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus:

7 **C1_1/14 Partizipation von Eltern und** 8 **SchülerInnen stärken!**

9
10 Eine der zentralen Aufgaben von Schule und Unterricht ist neben der Vermittlung von Kompetenzen und
11 Wissen, unter anderem unseren Kindern Lern-, Erfahrungs- und auch Schutzräume zu schaffen. Diese
12 haben vor allem auch den Zweck, die Schülerinnen und Schüler vor äußeren Einflüssen zu bewahren und
13 damit Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten, welche sie in ihrer individuellen und sozialen
14 Persönlichkeitsentwicklung positiv unterstützen.

15
16 Diese "Räume" drohen jedoch in der alltäglichen Praxis der Schulen allzu oft insbesondere durch private,
17 oft profitorientierte Interessen beschränkt zu werden. Es ist in den letzten Jahren zu beobachten, dass
18 Unternehmen und Organisationen verstärkt über Schul sponsoring, vermeintlich didaktische
19 Informationsangebote, Sportwettkämpfe u.a. versuchen, in die Schulen und damit in den direkten
20 Kontakt zu den SchülerInnen zu treten, um für sich zu werben.

21
22 Wir sehen diese Versuche, die Grenzen zwischen staatlicher Bildungseinrichtung und privatem
23 Unternehmen zu überwinden, äußerst kritisch. Gleichzeitig aber, sprechen wir uns gegen ein
24 grundsätzliches Kooperationsverbot aus, da es durchaus einige positiv zu bewertende externe Bildungs-
25 und Kooperationsangebote - insbesondere zwischen NGOs und Schulen - gibt. Die Lösung dieses
26 Problems sehen wir in einer umfangreichen, konsequenten und gesetzlichen Stärkung der Eltern- und
27 SchülerInnen-Partizipation innerhalb der Schulen.

28 29 **1. Stärkung der Eltern-Partizipation in der Primärstufe**

30 Wir fordern die Stärkung der Rechte der Partizipation für Eltern von SchülerInnen an, um diesen mehr
31 Einflussmöglichkeiten in Schulentwicklungsprozessen und somit in ihrer eigenen Entfaltung zu geben.

32
33 Konkret sollen Grundschulen nicht mehr eigenmächtig ohne Einwilligung der Mehrheit der betroffenen
34 Eltern über die Kooperation mit externen Unternehmen und Organisationen entscheiden können,
35 sondern müssen diese am Diskussions- und Entscheidungsprozess aktiv teilhaben lassen. Die
36 ElternvertreterInnen organisieren und moderieren einen Meinungsaustausch zwischen den Eltern sowie

37 zwischen den Eltern und der Schulleitung, lassen am Ende des Diskussionsprozesses unter sämtlichen
38 Eltern über die Frage abstimmen und vertreten anschließend die Mehrheitsmeinung vor der Schulleitung.
39 Eine positive Entscheidung für die Kooperation mit externen Unternehmen und Organisationen kann nur
40 dann getroffen werden, wenn die Mehrheit der Eltern dieser zustimmt.

41

42 **2. Stärkung der SchülerInnen-Partizipation in der Sekundarstufe (I und II)**

43 Schule ist in unseren Augen ein Lernort, in dem nicht nur Inhalte, sondern vor allem auch Kompetenzen
44 vermittelt werden müssen. Besonders wichtig halten wir in diesem Kontext die Förderung der
45 Mündigkeit, Selbstreflexion und Handlungskompetenz. Des Weiteren sehen wir insbesondere in der
46 Stärkung der Mitsprache- und Entscheidungsrechte für Schülerinnen und Schüler einen
47 vielversprechenden Ansatz dem wachsenden Misstrauensverhältnis zwischen Gesellschaft und Politik
48 entgegenzuwirken. Die Entwicklung einer eigenen Überzeugung, das Eintreten für diese und die
49 Auseinandersetzung mit Gegenargumenten sind u.a. Kernkompetenzen einer demokratischen,
50 partizipatorischen und heterogenen Gesellschaft, die es bereits im Jugendalter zu fördern und zu fordern
51 gilt.

52

53 Aus diesem Grund müssen Schulen dazu verpflichtet werden, SchülerInnen ab der Sekundarstufe I aktiv
54 in Diskussions- und Entscheidungsprozesse miteinzubinden. Über die Köpfe der SchülerInnen hinweg
55 dürfen Schulen keine Kooperation mit externen Unternehmen und Organisationen eingehen.

56

57 Schülerinnen und Schülern wird vor der Entscheidung für oder gegen die Zusammenarbeit mit externen
58 Unternehmen und Organisationen von den zuständigen Lehrkräften eine offene Debatte ermöglicht, in
59 denen Für- und Gegenargumente frei miteinander diskutiert werden können. Die Lehrkraft ist dazu
60 verpflichtet innerhalb des gesamten Diskussions- und Entscheidungsprozesses eine objektive
61 Moderator*innen-Rolle einzunehmen und einen offenen, barriere- und zensurfreien Diskurs zu
62 ermöglichen, der sämtliche Aspekte der jeweiligen Frage beleuchtet - das gilt insbesondere bei
63 kontroversen Fragen und potenziellen externen Kooperationspartnern. Die Schulleitung hat die
64 Möglichkeit ihre Position innerhalb der SchülerInnen-Diskussion durch eine*n Vertreter*in darzulegen
65 und sich den SchülerInnen-Fragen zu stellen. Am Ende des Diskussionsprozesses der SchülerInnen wird
66 von der Lehrkraft eine Abstimmung der SchülerInnen organisiert. Das Ergebnis dieser SchülerInnen-
67 Abstimmung ist für die Schulleitung bindend. Eine Zusammenarbeit mit externen Unternehmen und
68 Organisationen kann nur dann von der Schulleitung eingegangen werden, wenn die Mehrheit der von
69 der Kooperation betroffenen SchülerInnen dieser Zusammenarbeit zustimmen. Betrifft der Fall die ganze
70 SchülerInnenschaft, ganze Jahrgänge oder mehrere Klassen, so werden sämtliche von dieser
71 Entscheidung betroffenen SchülerInnen in den Diskussions- und Abstimmungsprozess aktiv
72 miteinbezogen.

73

74 *Begründung:*

75 Wollen wir, dass unsere Kinder und Jugendliche zu mündigen und selbstbestimmten Menschen sowie
76 BürgerInnen heranwachsen, müssen wir dies so früh wie möglich fördern. SchülerInnen sollten schon zu
77 Beginn ihres Schullebens lernen, was Demokratie bedeutet, wie sie funktioniert und umgesetzt wird. Dies

78 ist jedoch mit den jetzigen Strukturen nur beschränkt möglich, da es oftmals an der Umsetzung scheitert
79 (wenn es überhaupt so weit kommt).

80

81 Mit der Schaffung einer festen Partizipationsstruktur schaffen wir ein Grundgerüst für ein neues
82 "Schulideal", in dem Demokratie nicht nur theoretisch gelehrt sondern auch gelebt wird.

83

84 Es muss sich endlich etwas in der Einstellung der Schule zum/zur individuellen Schüler /Schülerin ändern.
85 Wir können im 21. Jahrhundert nicht weiter mit dem preußischen Ideal der Schule, welches das Bild
86 gehorsamer SchülerInnen vor sich führt, leben. Mit der Schaffung einer offenen und konsequenten
87 Partizipationsstruktur fördern wir nicht nur Demokratieverständnis von klein auf, sondern führen eine
88 Verbesserung im bisher sehr hierarchisch aufgebauten Verhältnis zwischen LehrerInnen/Schulleitung und
89 SchülerInnen herbei. Dies würde sowohl zu mehr Verständnis füreinander führen und die Institution
90 Schule attraktiver gestalten als auch die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien verbessern. Wir
91 müssen heute neue Ideale und Umsetzungen von Schule anstreben, um unsere Kinder auf das Leben von
92 morgen vorbereiten zu können!

Antragsbereich C: Chancengleichheit, Bildung und Ausbildung

Antrag C2_1/14

1 **AntragsstellerIn:** Juso-SchülerInnen

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5 Zur Weiterleitung an den AK II der SPD Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus:

7 **C2_1/14 "Ey Alter! Was hast du gesagt?!"**

8
9 Diskriminierung verschiedenster Form ist an Berliner Schulen weiterhin ein Thema. Auf den Schulhöfen,
10 in den Klassenräumen und sogar im Unterricht selbst findet man viele Beispiele, die zeigen, dass die
11 Menschen in der Berliner Schullandschaft nicht alle so tolerant und vielfältig sind, wie immer betont wird.
12 Das Problem an Berliner Schulen ist, dass hier Alltagsdiskriminierung betrieben wird ohne, dass jemand
13 darauf hinweist. SchülerInnen werfen mit Wörtern, wie "Schwuchtel" oder "Jude" um sich und denken
14 anschließend nicht über das eben Gesagte nach. Für sie sind diese Ausdrücke normal. Die SchülerInnen
15 wissen meist nicht, dass bestimmtes Vokabular diskriminiert, dass manche Schimpfwörter einfach keine
16 sind, und dass ihr Verhalten rassistisch ist. Sie kennen es aus ihrem Alltag, von ihren Freunden und von
17 so mancher fragwürdigen TV-Serie. Diese Wörter sind für sie Modeschimpfwörter, die sich in einem
18 halben Jahr schon wieder verändern. Das Problem ist hier aber nicht nur die Außenwelt, sondern auch die
19 Schule selbst, denn die Schule duldet dieses Verhalten. Die LehrerInnen greifen oftmals nicht ein, oder
20 bekommen die Wortwahl und Verhaltensweisen ihrer SchülerInnen gar nicht erst mit. Es gibt sogar öfter
21 Fälle in denen LehrerInnen Stereotype in und während ihres Unterrichts auch noch reproduzieren. Auch
22 in Lehrmaterialien lassen sich leicht viele Stereotype finden. Die Schülerinnen sind von
23 Alltagsdiskriminierung also umgeben. Warum sollten sie sich anders verhalten, wenn sie es doch nur so
24 vorgelebt bekommen? Und an wen sollen sich SchülerInnen wenden, wenn sie von Diskriminierung
25 betroffen sind? Das Abhängigkeitsverhältnis ist in der Schule noch drastischer als am Arbeitsplatz, da hier
26 auch noch ein großer Altersunterschied und andere wichtige Faktoren neben der Möglichkeit des/r
27 LehrerIn den/die SchülerInnen zu bewerten. Dies führt unter anderem bei Sexismus oder sexistischen
28 Äußerungen gegenüber Schülerinnen vor allem dazu, dass diese sich zwar verletzt fühlen, jedoch vor
29 dem/r LehrerIn große Angst haben und sonst auch niemanden wissen, der sie versteht. Es ist also ein
30 Teufelskreis: Die SchülerInnen bekommen in der Schule Stereotype und Sexismus vorgelebt und es kann
31 sogar sein, dass die Schülerinnen den Sexismus z.B. nicht einmal erkennen, und reproduzieren ihn dann
32 selbst weiter. Dies ist bei vielen Diskriminierungsformen Realität. Die SchülerInnen kennen zwar die
33 Begriffe, aber wissen weder, was sie bedeutet, noch dass diese Formen der Diskriminierung auch sie
34 selbst verwenden.

35
36 Die momentanen Zustände sind nicht akzeptierbar. Es muss etwas getan werden. SchülerInnen sollen in
37 einer Schule lernen, die frei ist von Diskriminierung, und in der sie selbst lernen wie sie sich

38 diskriminierungsfrei verhalten. Denn nur so kann verhindert werden, dass die SchülerInnen nicht nur mit
39 einem (guten) Abschluss aus der Schule kommen, sondern auch mit einer großen Portion an Unwissen
40 über Rassismus, Sexismus, Antisemitismus etc. Nur wenn die SchülerInnen Bescheid wissen, dann
41 reproduzieren sie nicht unbedacht.

42

43 **Deshalb fordern wir:**

44

45 **Einen Tag gegen Diskriminierung an jeder Berliner Schule !**

46 Es soll ein landesweiter Tag gegen Diskriminierung eingeführt werden, an dem sich jede Schule
47 beteiligen muss. Inwiefern diese Teilnahme erfolgt, ist der Schule freigestellt, ein individueller Beitrag ist
48 aber Pflicht. An einem solchen Tag sollen die SchülerInnen sich einen ganzen Tag (und vielleicht durch
49 die Vorbereitung auch schon im Vorfeld) mit dem Thema Diskriminierung heute befassen. Sie sollen
50 beispielsweise innerhalb eines Projekts lernen, was Diskriminierung überhaupt heißt. Hierbei sollte darauf
51 geachtet werden, dass der Tag für die SchülerInnen trotz eines ernsten Themas altersgerecht und attraktiv
52 gestaltet wird. Das Land soll durch Aufzeigen oder Bereitstellen von (bereits bestehenden) Angeboten die
53 Schulen unterstützen. Dieser Tag sollte jedoch nicht an einem zentralen Datum stattfinden, da
54 beispielsweise versch. Initiativen nicht die Kapazitäten haben, an einem Tag in allen Berliner Schulen zu
55 sein.

56

57 **Aufklärung über Diskriminierung in den Lehrplan festschreiben!**

58 Wir fordern, dass die Aufklärung über Alltagsdiskriminierung in den Lehrplan von Ethik oder Sozialkunde
59 festgeschrieben wird. In Berliner Schulen wird zwar viel über die Diskriminierung in der Nazi - Zeit
60 gesprochen, jedoch sehen die SchülerInnen bei diesem Thema keinen Bezug zu ihrer Realität. Deshalb
61 sollten sie auch über die Diskriminierungsformen heutzutage aufgeklärt werden, denn Aufklärung über
62 das Thema ändert manchmal die Verhaltensweisen der SchülerInnen komplett.

63

64 **AnsprechpartnerInnen müssen klar erkennbar sein !**

65 Für SchülerInnen ist es momentan unersichtlich, an wen sie sich wenden sollen, wenn sie sich von
66 Diskriminierung betroffen fühlen, und sie nicht zu einer Person gehen wollen, die in ihrer Schule arbeitet,
67 wie z.B. der/ die VertrauenslehrerIn. Das Land Berlin muss dafür sorgen, dass für jede/n offensichtlich ist,
68 an wen sie/er sich wenden kann, wenn ein Problem mit Diskriminierung auftritt.

69

70 **LehrerInnen zum Eingreifen bewegen!**

71 Wir fordern, dass LehrerInnen für den Umgang & Gebrauch von Jugendlichen mit Diskriminierung
72 sensibilisiert werden, in dem sie einmal im Jahr an einem Pflichtseminar teilnehmen, das sie über
73 Diskriminierung aufklärt, ihnen aufzeigt wie Jugendliche damit umgehen und wie sie reagieren &
74 eingreifen sollten, wenn sie Vorfälle dieser Art in ihrer Klasse oder auf dem Schulhof erleben. Ausserdem
75 sollten sie dazu angeregt werden über die Reproduktion von Stereotypen in ihrem eigenen Unterricht
76 nachzudenken, und inwiefern sie diese verhindern können. Wichtig ist außerdem, dass die LehrerInnen
77 bei "Extremfällen", die sie in ihrer Schule mitbekommen diese nicht "unter den Tisch kehren". Es muss
78 selbstverständlich sein, dass diese/r LehrerIn dem/der KlassenlehrerIn und dem/der SchulleiterIn über

79 den Vorfall Bescheid geben und der/die betroffene SchülerIn muss hier mit einer Strafe oder einer
80 anderen Maßnahme rechnen.

81

82 **Organisationen wie "Schule ohne Rassismus" weiterhin unterstützen!**

83 Organisationen wie "Schule ohne Rassismus", die sich gegen Alltagsdiskriminierung an Schulen einsetzen,
84 sollten vom Land weiterhin unterstützt werden. Diese Organisationen können zum einen die Schulen in
85 ihrer Arbeit gegen Diskriminierung unterstützen als auch die SchülerInnen zu einem ehrenamtlichen
86 Engagement bewegen.

87

88 **Lehrmaterial überprüfen!**

89 Wir fordern, dass alle Lehrbücher, -hefte und weiteres Lehr- und Lernmaterial, dass in Berliner Schulen
90 genutzt wird, auf alle Diskriminierungsformen überprüft wird, und, dass das Ergebnis dieser Prüfung
91 veröffentlicht wird. Es kann nicht sein, dass auch in Büchern, die die SchülerInnen verwenden
92 unterschwellig Stereotype reproduziert werden. Bei Extremfällen sollte über den Ausschluss dieser
93 Bücher aus dem Unterricht nachgedacht werden.

1 **AntragsstellerIn:** Juso-Landesvorstand

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5
6 **D1_1/14 Werbewatchgroup nach Wiener Vorbild**
7 **auch in Berlin einrichten!**

8
9 Jeden Tag sind wir alle von Werbung umgeben. Sei es im Fernsehen, im Radio oder auf Plakatwänden. Ob
10 wir Werbung bewusst wahrnehmen oder nur im Vorübergehen ein Blick darauf werfen – Sie prägt uns
11 alle.

12
13 Werbung dient dazu für die jeweiligen Produkte Aufmerksamkeit zu erregen, Personen dazu zu bringen,
14 diese zu kaufen. Dafür wird bspw. versucht eine Verbindung zu bestimmten Lebensgefühlen
15 herzustellen, bestimmte Zielgruppen anzusprechen und eine Ebene der Identifikation mit den
16 Konsument*innen zu schaffen.

17
18 Oft bedient sich Werbung allerdings auch sexistischer, diskriminierender und frauenfeindlicher Motive
19 und reduziert dabei Menschen auf stereotype Normen und diskriminierende Rollenvorstellungen und
20 festigt Geschlechterklischees.

21
22 Solche Art von Werbung beeinflusst die gesamte Gesellschaft und fördert dabei ein Denken, das wir
23 zutiefst ablehnen. Ein besonderes Augenmerk ist auch darauf zu legen, dass gerade Kinder und
24 Jugendliche stark durch Werbung beeinflusst werden und ihr Bild von Geschlechterrollen so nachhaltig
25 negativ geprägt wird.

26
27 Sexistische, diskriminierende und frauenfeindliche Werbung muss kritisch wahrgenommen, bewusst
28 gemacht und unterbunden werden.

29
30 Deshalb fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses zur
31 Einrichtung einer Werbewatchgroup in Berlin nach Wiener Vorbild* auf.

*In Wien bietet die Watchgroup niedrigschwellige Angebote zur Meldung von sexistischer und/oder
diskriminierender Werbung an, entwickelte definierte Kriterien zur Beurteilung von Werbeinhalten und berät
zusätzlich Unternehmen und Institutionen auch zu präventiven Maßnahmen.

Antragsbereich D: Demokratie, Partizipation, Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen

Antrag D2_1/14

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

6 **D2_1/14 JA zur direkten Demokratie**

7
8 Die SPD ist die Partei, die sich immer um die direkte Bürger*innenbeteiligung bemüht hat. Willy Brandt
9 hat dazu den Weg geebnet. Aber auch in der Enquete-Kommission des Bundestages zum Thema „Zukunft
10 des bürgerschaftlichen Engagements“ aus dem Jahr 2000-2002 sah es die SPD als Notwendigkeit an, vor
11 allem die direktdemokratischen Elemente gegenüber den Konservativen zu verteidigen. In der
12 Zukunftswerkstatt „Demokratie und Freiheit“ der SPD aus dem Jahr 2011, die dann den Antrag „Mehr
13 Demokratie leben“ auf dem Bundesparteitag vom 4.-6. Dezember 2011 in Berlin einbrachte, war ein klares
14 Bekenntnis der SPD zu den direktdemokratischen Elementen zu vernehmen.

15
16 Die SPD versteht sich als „Demokratie-Partei“, welche die Wegbereiterin der demokratischen Beteiligung
17 der Bürger*innen ist. Wir haben uns deutlich zur Ausweitung der direktdemokratischen Elemente
18 positioniert und somit auch gegen eine Einschränkung der Beteiligungsrechten der Bürger*innen. Wir
19 wollen die Bürgerinnen und Bürger bei Großprojekten von Anfang an durch Mediationsverfahren oder
20 Anwohner*innenrunden mitnehmen, um somit die Scheu vor baulichen Veränderungen abzubauen. Für
21 uns ist klar: „Repräsentative Demokratie und direkte Demokratie sollen sich ergänzen und mit ihren
22 unterschiedlichen Stärken wechselseitig befruchten.“

23
24 Wir wissen, dass direktdemokratische Elemente auch durchaus kritisch zu sehen sind. Besonders
25 hinsichtlich ihrer sozialen Selektion sehen wir die Gefahren, dass einige direktdemokratische Elemente
26 eine besonders selektive Wirkung haben können. Hier verstehen wir uns als Partei, die sich dem Problem
27 annimmt und es versucht zu lösen, indem sie zum Beispiel zu den Beteiligungsformen hin mobilisiert. Wir
28 können mit Plebisziten die fundamentalen gesellschaftlichen Widersprüche nicht beseitigen. Wir wollen
29 aber ebenso wenig dogmatisch über die positiven Effekte direkter Demokratie hinwegsehen und uns zu
30 Anwält*innen einer rein repräsentativen, parlamentarischen Demokratie machen.

31
32 Besonderes Augenmerk verdienen bereits erprobte direktdemokratische Elemente wie
33 Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide bzw. Volksbegehren und Volksentscheide. Die
34 jüngere Vergangenheit mit Volksentscheiden lässt uns feststellen: Sie bieten durchaus die Möglichkeit,
35 dass die Bürger*innen auch während der Legislaturperiode den politischen Prozess unmittelbar begleiten
36 und sie können sowohl seitens der Zivilgesellschaft als auch von den Parlamenten angestoßen werden.

37 Gerade bei den Entscheiden geht es nicht nur um die Frage nach dem Ergebnis des Entscheids, sondern
38 es geht viel mehr um den Diskussionsprozess, indem Politik und Zivilgesellschaft aufeinander treffen
39 können. Dieser Prozess muss auch seitens der Politik zugelassen werden. Nicht jedes Anliegen eines
40 Bürger*innenbegehrens ist eventuell im Interesse des Parlaments. Trotzdem muss den Bürger*innen die
41 Möglichkeit geboten werden, im Rahmen der Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide ihre
42 Unzufriedenheit mit konkreten politischen Projekten zu artikulieren. Quoren sind weiterhin ein
43 notwendiges Instrument, um ein Grundmaß an Relevanz des Themas und an Legitimität eines Begehrens
44 für der Zivilgesellschaft herzustellen, andererseits aber auch um rechte Positionen abzuwehren.

45

46 Wir als politische Partei sollten es als unser Ziel ansehen, uns den artikulierten Belangen der Bürger*innen
47 anzunehmen. Dies ist vor allem der Fall, wenn ein Bürger*innenbegehren erfolgreich war.

48 Bürger*innenentscheide sind für uns keine Bedrohung, auch wenn wir den Inhalt eines Entscheides
49 ablehnen. Wir stellen uns als demokratische Partei der politischen Auseinandersetzung. Im politischen
50 Diskurs wollen wir die Bürger*innen von unserer Haltung überzeugen. Wir lehnen jede Form der
51 Behinderung von Plebisziten durch die Exekutive und unsere Partei ab. Versuche,
52 Bürger*innenentscheide zu umgehen, indem zum Beispiel der Wahltermin an einem nicht populären Tag
53 statt findet oder vorhergehend bereits gegenteilige Gesetzesentwürfe in das Parlament seitens der SPD
54 eingebracht werden, gilt es zu vermeiden. Auch die Verschleierung inhaltlicher Widersprüche in Form
55 von vermeintlich entgegenkommenden Gesetzesinitiativen dient der Konfusion von Interessierten und
56 trägt zur Minderung der Wahlbeteiligung bei Abstimmungen bei. Dies widerspricht dem demokratischen
57 Selbstverständnis der politischen Parteien.

58

59 Wir dürfen uns als demokratische Partei nicht hinter parlamentarischen Trickereien zu verstecken, nur
60 weil wir ein für uns enttäuschendes Ergebnis eines Entscheides erwarten. Wir müssen als die
61 „Demokratie-Partei“ den offenen Diskurs und die politische Auseinandersetzung suchen, denn nur so
62 fühlen sich die Bürger*innen auch wirklich ernstgenommen, um damit auch die Vertrauensbasis zwischen
63 Zivilgesellschaft und Politik zu erneuern.

Antragsbereich D: Demokratie, Partizipation, Kampf gegen
menschenfeindliche Einstellungen
Antrag D3_1/14

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Treptow-Köpenick

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5
6 **D3_1/14 Personalabbau stoppen,**
7 **Personalentwicklung starten!**

8
9 In den vergangenen Jahren waren alle Berliner Bezirke vom Personalabbau betroffen. Als Leitlinie galt
10 dabei stets die Reduzierung der Stellen in der Verwaltung auf 100.000 Beschäftigte. Den Bezirken sollen
11 davon dann nur noch 20.000 Vollzeitäquivalente zustehen. Dieses Ziel ist Bestandteil des
12 Koalitionsvertrages zwischen SPD und CDU und wurde in mehreren Regierungserklärungen verkündet.
13 Gesetzeskraft hat es dagegen nie erlangt. Bis heute erfolgt der Personalabbau in Berlin auf keiner
14 parlamentarischen und damit legislativen Grundlage. Die Senatsverwaltung für Finanzen handelt somit
15 ohne Auftrag des Parlaments, wenn es beispielsweise Zielvereinbarungen mit den Bezirken trifft.
16 Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass das Personalziel von 100.000 Beschäftigten angesichts einer
17 wachsenden Stadt jeder sachlichen Grundlage entbehrt. Niemand kann erklären, wie die 100.000
18 Beschäftigten alle nötigen Aufgaben in Berlin und in den Bezirken erfüllen sollen, weil an keiner Stelle
19 eben diese nötigen Aufgaben definiert sind. In den nächsten Jahren könnte es sogar noch schlimmer
20 kommen, wenn durch Pensionswellen und verpasste Neueinstellungen die 100.000 Stellen weit
21 unterschritten werden. In vielen Bereichen sind die Auswirkungen bereits jetzt zu spüren. Durch
22 Personalangel in den Finanzämtern entgehen dem Land sogar Mehreinnahmen in Millionenhöhe, die
23 fehlende Betriebsprüfer*innen eigentlich generieren würden.

24
25 **Deswegen fordern wir:**

- 26
- Das willkürlich festgelegte Ziel von 100.000 Beschäftigten muss durch eine bedarfsgerechte
27 Steuerung ersetzt werden.
 - Es muss durch den Senat ein Personalentwicklungskonzept erarbeitet werden, das die Bedarfe
28 im Land Berlin und in den Bezirken konkretisiert und dabei die Altersstruktur und den
29 Einstellungsbedarf berücksichtigt.
 - Die Personalentwicklung des Landes Berlin muss anschließend im Abgeordnetenhaus eine
30 gesetzliche Grundlage erhalten.
- 31
32

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Lichtenberg

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

5

6 **D4_1/14 Karenzzeit für ausscheidende Mitglieder** 7 **der Bundesregierung umgehend einführen!**

8

9 Um keine Zweifel an der Integrität und Unabhängigkeit ausscheidender Mitglieder der Bundesregierung
10 aufkommen zu lassen, die innerhalb einer Karenzzeit nach ihrem Ausscheiden wieder eine berufliche
11 Tätigkeit aufnehmen wollen, wird durch die Bundesregierung eine unabhängige Ethikkommission
12 eingesetzt. Diese überprüft die Art der geplanten Tätigkeit und gibt eine Stellungnahme ab. Die
13 Stellungnahme der Ethikkommission wird veröffentlicht; die Bundesregierung gibt auf Basis dieser
14 Stellungnahme ebenfalls eine öffentliche Einschätzung ab.
15 Steht die Tätigkeit in Zusammenhang mit dem Ressort des Mitglieds der Bundesregierung, so muss die
16 Tätigkeit außerdem von der Ethikkommission genehmigt werden.

17

18 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, unabhängig von der
19 Einsetzung der Ethikkommission nach ihrem Ausscheiden aus der Bundesregierung keine Tätigkeit
20 aufzunehmen, die im Zusammenhang mit ihrem Ressort steht.

21

22 Die Karenzzeit entspricht der Dauer der Zahlung von Übergangsgeld für das ehemalige
23 Regierungsmitglied und beträgt maximal zwei Jahre.

24

25 Zudem werden alle Landesverbände der SPD gebeten, gleiche Regelungen für ihre Landesregierungen
26 einzuführen.

27

28 *Begründung:*

29 So steht es im Regierungsprogramm.

30 Und Pofalla.

Antragsbereich D: Demokratie, Partizipation, Kampf gegen
menschenfeindliche Einstellungen
Antrag D5_1/14

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Lichtenberg

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

5 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

6
7 **D5_1/14 Keine Verlängerung der**
8 **Legislaturperiode des deutschen Bundestags**

9
10 Die SPD spricht sich gegen eine Verlängerung der Legislaturperiode des deutschen Bundestags von vier
11 auf fünf Jahr aus.

12
13 Der Parteivorstand sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert,
14 durch ihr Handeln für ein Bestehenbleiben der vier jährigen Legislaturperiode zu werben!

15
16 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages werden gebeten, keiner Verlängerung einer
17 Legislaturperiode zuzustimmen!

18
19 *Begründung:*

20 Zudem wird eine Wahl immer auch durch Stimmung und bestimmte Ereignisse beeinflusst. Je länger eine
21 Legislaturperiode andauert, desto länger vertreten Parteien die Bevölkerung, welche eventuell aus
22 bestimmten Stimmungsströmungen oder situativen Gründen gewählt wurden.

23
24 Eine Regierung sollte sich durch Wahlen der Bevölkerung – von derer die höchste Macht im Staate
25 ausgeht – stellen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Regierung im Interesse und in
26 Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wähler handelt. Wird die Zeit zwischen den Wahlen
27 verlängert, verlängern sich die Zeiten, in denen die Bevölkerung nicht direkt agieren kann.

28
29 Die Wahlperioden innerhalb der SPD und Jusos sind zu recht auf zwei Jahre angelegt, denn so muss sich
30 ein Vorstand alle zwei Jahre für seine Arbeit rechtfertigen und um neues Vertrauen werben. Eine
31 Verlängerung der Legislaturperiode würde somit nicht die Demokratie bestärken und verlässlicher
32 gestalten, sondern sie würde von den Bürgerinnen und Bürger weiter entfernt und unreflektierter
33 werden.

35 Darüber hinaus bieten Wahlkampfzeiten einen enormen und fruchtbaren Austausch zwischen Politik und
36 Bevölkerung, daher sollten wir die Phasen zwischen den Wahlkämpfen nicht verlängern. Das Argument,
37 dass Regierungshandeln durch Wahlkampfzeiten nicht möglich ist, wird durch die jährlich
38 vorkommenden Wahlen in bestimmten Länder und Kommunen aufgehoben.

1 **AntragsstellerIn:** Juso-Landesvorstand

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 5 E1_1/14 Europawahlen 2014 - Zeit, dass sich 6 was dreht

7
8 Die am 25. Mai dieses Jahres anstehenden achten Wahlen zum Europäischen Parlament können mit Fug
9 und Recht als Richtungsentscheidung bezeichnet werden. Nie durften mehr Menschen an einer
10 Europawahl teilnehmen und trotzdem steht zu befürchten, dass die Wahlbeteiligung auf einen
11 neuerlichen historischen Tiefststand sinken wird. Gleichzeitig bieten erstmals durch die Europäischen
12 Parteienfamilien bestimmte Spitzenkandidat*innen die Möglichkeit einer bisher nicht gekannten
13 Personalisierung und Zuspitzung des Wahlkampfes. Im Sommer 2014 wird das Europäische Parlament
14 eine wichtigere Rolle spielen als jemals zuvor in seiner Geschichte. Gleichzeitig wird der Anteil national-
15 chauvinistischer, reaktionärer und antieuropäischer Kräfte in ihm wohl größer sein als bisher.

16
17 Die Frage, ob die Idee der europäischen Einigung in Gestalt der Europäischen Union noch zu einem
18 linken politischen Konstrukt werden kann, können wir auch heute noch nicht beantworten. Ob die EU die
19 nationalistischen Angriffe aus ihren eigenen Reihen überstehen wird, wird sich jedoch vermutlich schon
20 in der kommenden Legislaturperiode entscheiden.

21
22 Ob dieser Angriff abgewehrt werden kann wird viel damit zu tun haben, ob wesentliche Teile der
23 Europäischen Linken willens und in der Lage sind sich gemeinsam hinter dem Konzept eines
24 solidarischen und emanzipativen Europas der Freien und Gleichen versammeln zu können. Doch braucht
25 es nicht nur Bekenntnisse, sondern auch konkrete Kurswechsel, wenn die abgehängte und defensive
26 Mehrheit in Europa davon überzeugt werden soll, dass die Ursachen ihrer Probleme gerade in der EU und
27 eben nicht durch das Verlassen der Gemeinschaft bekämpft werden können.

28
29 Insofern steht Europa und ganz konkret auch die EU vor einem Berg offener Fragen, deren Beantwortung
30 keinen Aufschub duldet. Am 25. Mai entscheidet sich für die meisten dieser Fragen, welche Antwort wir
31 geben. Kann das Austeritätsregime überwunden werden? Schaffen wir einen Kurswechsel in der
32 Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise, sodass Verursacher*innen endlich für ihr Handeln haften?
33 Können Sozialstandards in der gesamten EU etabliert werden, die Lohn-, Sozialleistungs-,
34 Gesundheitsdumping und massenhafter Verelendung, insbesondere in Südeuropa, entgegenwirken?
35 Gewinnen wir Mehrheiten für ein Europa, das nicht nur seine Währung und den Freihandel
36 vereinheitlicht, sondern auch starke Mindestlöhne und Arbeitsschutzstandards oder ein gerechtes

37 Steuersystem? Wird es möglich sein das Recht auf Asyl und globale Migration anzuerkennen, rassistische
38 Diskurse endlich als solche zu benennen und die in jeglicher Hinsicht unhaltbaren Zustände, die Dublin II
39 mit sich brachte, zu überwinden? Stößt die Europäische Integration aufgrund nationaler Borniertheit an
40 Grenzen oder überwinden wir eben diese, indem wir noch mehr Menschen für unsere Idee begeistern?

41

42 Die Zeit, diese Fragen positiv zu beantworten, wird knapper. Europa steht längst am Scheideweg. Wir sind
43 uns bewusst, dass wir unsere Ideale an den Realitäten Europas messen müssen, denn wir entwerfen kein
44 Traumgebilde, sondern arbeiten an europäischen Realitäten. Diese wurden zuletzt durch eine liberal-
45 konservative EU-Kommission, ein mehrheitlich konservatives oder noch schlimmeres EU-Parlament und
46 Regierungen wie die Angela Merkels geprägt. Der Clou dabei war und ist, dass genau diese konservativen
47 Kräfte die EU vor Ort als Regulierungsmonster brandmarken, das durch Regelungen zur
48 Gurkenkrümmung, zu Ölkännchen und Glühbirnen den Alltag der Menschen erschwert. Die Wahrheit ist,
49 dass dies dieselben Kräfte sind, die zuvor durch knallharte Austeritätspolitik Millionen Europäer*innen in
50 die Perspektivlosigkeit getrieben haben. Genau diese Bigotterie, die leider zu viele europäische Teilzeit-
51 Sozialdemokrat*innen durch viel zu defensives Agieren unterstützt haben, wollen wir benennen und
52 angreifen.

53

54 Wir werden deshalb einen engagierten Berliner Europa-Wahlkampf bieten und für linke Mehrheiten,
55 einen Kommissionspräsidenten Martin Schulz und Sylvia-Yvonne Kaufmann als Berliner Vertreterin im
56 Europäischen Parlament werben. Ebenso wichtig ist uns jedoch das Engagement für eine hohe
57 Wahlbeteiligung und gegen den Einzug von Rechtspopulist*innen und (deutschen) Nazis in das EP. Die
58 Aufhebung der Prozenzhürde für die Europawahlen fordert uns und alle Demokrat*innen – unabhängig
59 von der verfassungsrechtlichen Bewertung – heraus. Wir werden diesen Aspekt daher zu einem
60 prominenten Kampagnenelement machen. Weitere Themen sollen sein:

61

62 **Für ein Europa, das Schritte in die Wirtschafts-, Sozial- und Fiskalunion wagt**

63 Dass die Europäische Union keine konzertierte Wirtschafts- und Fiskalpolitik verfolgt ist mehr als nur ein
64 Konstruktionsfehler. Vielmehr handelt es sich um eine bewusst getroffene Entscheidung, die nachträglich
65 zu korrigieren nun immer schwieriger wird, da sich viele Staaten im Rahmen eines nahezu ungezügelt
66 Wettbewerbs quasi spezialisiert und wahlweise auf eine strikte Binnenmarkt- oder Exportorientierung
67 gesetzt haben und dies weiterhin tun. In Fragen des Freihandels oder der Erhebung von Schutzzöllen ist
68 das ökonomische Gebilde der Europäischen Union daher so fragil, dass von gemeinsamen Interessen
69 derzeit kaum die Rede sein kann. Ähnlich verhält es sich mit der Subventions- und Förderpolitik, die im
70 Standortwettbewerb eine immer größere Rolle spielen.

71

72 Auch im Steuerwesen haben sich die Interessen verselbständigt. Durch mannigfaltige Rabatte,
73 Dumpingsteuersätze und Schlupflöcher aller Art ist Europa weit von gemeinsamen Interessen im Rahmen
74 der Besteuerung entfernt. Doch ist die bloße Harmonisierung noch kein Selbstzweck. Vielmehr verfolgen
75 wir das Interesse, die Einnahmeseite deutlich und nachhaltig zu stärken. Den öffentlichen Haushalten
76 sind aufgrund des besagten Dumpingwettbewerbs in den letzten Jahren zahlreiche Milliarden verloren
77 gegangen. Es ist kein Zufall, dass massenhafte Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge und eine

78 kaum noch staatlich bekämpfbare Jugendarbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum aufgekommen sind. Viele
79 Länder und Kommunen sind schlicht und ergreifend schon längst an einem Punkt der faktischen
80 Handlungsunfähigkeit angekommen.

81

82 Die Kompetenz für die Koordinierung europäischer Wirtschaftspolitik muss daher im Europäischen
83 Parlament gebündelt werden, ebenso wie die Kompetenz eine Mindestbesteuerung, einheitliche
84 Bemessungsgrundlagen und Sozialstandards – wie z.B. einen Mindestlohn oder die Youth Guarantee - zu
85 definieren und zu beschließen. Die Finanztransaktionssteuer muss diese Maßnahmen ebenso flankieren
86 wie eine europäische Vermögensabgabe.

87

88 All diese Ansätze fügen sich nicht nur in den Gedanken der Europäischen Einigung und ermöglichen
89 politische Steuerung im Sinne einer solidarischen Gemeinschaft. Vielmehr wären die umfangreichen
90 Kompetenzverlagerungen zum Europäischen Parlament und der Umbau der Kommission hin zu einer
91 wirklichen europäischen Regierung beispiellose Demokratisierungsimpulse für den angestaubten EU-
92 Apparat, dem es chronisch an demokratischer Legitimation und effizienten Arbeitsstrukturen fehlt.

93

94 **Für ein Europa, das sich für öffentliche Daseinsvorsorge einsetzt und Privatisierung verhindert**

95 Wir stellen uns einem immer weiter laufenden Privatisierungsmarathon klar entgegen. Dieser führt dazu,
96 dass Güter wie Wasser, die Möglichkeit einen ÖPNV nutzen zu können oder der Zugang zu Versorgung in
97 Krankenhäusern und Praxen nicht allen Menschen gleichermaßen zugänglich ist. Solche Güter müssen
98 zurück in öffentliche Hand, deshalb muss klar auf Rekommunalisierung gesetzt und es eine bezahlbare
99 und bedarfsgerechte Grundversorgung für alle geschaffen werden – notfalls auch durch finanzielle
100 Unterstützung im Falle kommunaler Rückkäufe von Elementen der Daseinsvorsorge. Jedoch sehen wir
101 auch, dass immer mehr Bereiche, die die Grundversorgung der Bürger*innen vor Ort betreffen von der
102 europäischen Ebene aus gestaltet werden, deshalb muss ein europäisches Wettbewerbsrecht, den Schutz
103 kommunaler Daseinsvorsorge mit denken.

104

105 Soziale Rechte habe für uns einen sehr hohen Stellenwert. Gerade deshalb kritisieren wir, dass diese im
106 Gegensatz zu Marktfreiheiten derzeit noch keinen Verfassungsrang einnehmen und fordern dies
107 schnellstmöglich zu ändern.

108

109 **Für ein offenes Europa mit einer gemeinsamen humanen Flüchtlingspolitik**

110 Nicht erst seit auch in den Medien aufgegriffen wurde, dass hunderte Menschen vor Lampedusa ihr
111 Leben ließen ist die europäische Antwort auf die weltweiten Flüchtlingsbewegungen, Abschottung. An
112 den europäischen Außengrenzen werden Menschenrechte mit Füßen getreten. Um die Einreise von
113 schutzsuchenden Personen zu verhindern, werden alle Register der Abschreckung gezogen und die
114 Misshandlung von Menschen, wenn nicht sogar ihr Tod billigend in Kauf genommen, wobei nationale
115 Küstenwachen/ Grenzschutz und FRONTEX Hand in Hand arbeiten.

116

117 Diese massive Abschottung ist in erster Linie eine Folge einer immer restriktiveren Asylpolitik der
118 europäische Union, die schlichtweg nicht mehr ist als der kleinste gemeinsame Nenner, der
119 tonangebenden EU-Staaten.

120

121 **Unser Europa ist keine Festung!**

- 122 • Wir fordern die Abschaffung der sogenannten Drittstaatenregelung, die in der Dublin-III-
123 Verordnung und der Aufnahmerichtlinie festgeschrieben ist. Gleichzeitig setzen wir uns für ein
124 Free-Choice-Prinzip ein. Bei diesem entscheide die Schutzsuchenden selbst in welchem Land sie
125 einen Asylantrag stellen.
- 126 • Bis dieses Prinzip umgesetzt wird, fordern wir vor allem die Staaten, die durch die
127 Drittstaatenregelung für vergleichsweise wenige Asylverfahren zuständig sind, auf von ihrem
128 Selbsteintrittsrecht Gebrauch zu machen und das Instrument des Resettlements tatsächlich zu
129 nutzen.
- 130 • Außerdem fordern wir einen Rechtsschutz gegenüber Dublin-Entscheidungen
- 131 • Aus Angst an der Grenze abgewiesen zu werden, wählen einige Schutzsuchende auch den Weg
132 der „illegalen“ Einreise und versuchen sich in einigen Fällen auch in andere Länder
133 durchzuschlagen, in denen vielleicht Angehörige leben oder ihre Anerkennungschancen höher
134 sind und begeben sich somit in die aufenthaltsrechtliche Illegalität. Außerdem führt die
135 bestehenden „First-Country-Regelung“ nach wie vor zu einer völligen Überforderung der Staaten
136 an den EU Außengrenzen, in vielen Fällen können Schutzsuchende nicht einmal für ein
137 Asylverfahren registriert werden und fristen sehr lange Aufenthalte ohne einen Aufenthaltsstatus
138 zu oft menschenunwürdigen Bedingungen in riesigen Sammellagern. Mitunter solche
139 Bedingungen haben ein hohes Aufkommen an „illegaler“ Binnenmigration zur Folge. Ein solcher
140 Verstoß gegen das Aufenthaltsrecht kann schnell zu einer Abschiebung führen.
- 141 • Wir fordern die Legalisierung von illegalisierten Personen und die Straffreiheit bei irregulärer
142 Einreise.
- 143 • Die Entwicklung sogenannte Mobilitätspartnerschaften (z.B. zwischen der EU und der Türkei)
144 abzuschließen ist mehr als besorgniserregend und erleichtert die Rückschiebung von
145 Schutzsuchenden ein weiteres Mal. Wir fordern eine Abschaffung von
146 Rücknahmeübereinkommen jeglicher Art, dies schließt auch Listen sogenannter „sicherer
147 Herkunftsstaaten“ ein.
- 148 • Nicht nur sorgen nationale Küstenwachen und FRONTEX dafür, dass Flüchtlinge in Seenot
149 geraten, zivile Lebensretter*innen werden zudem auch noch kriminalisiert und somit potentiell
150 Helfende davon abgeschreckt einzuschreiten, wenn Flüchtlinge sich in Not befinden. Eine solche
151 Kriminalisierung darf es nicht geben, vielmehr müssen Menschen dazu ermutigt werden
152 einzuschreiten.
- 153 • Wir lehnen die Abschottungsagentur FRONTEX grundlegend ab und fordern ihre Abschaffung.
- 154 • Wir treten für ein gemeinsames europäisches Asylsystem mit einheitlichen Schutzstandards,
155 Verfahren und Kriterien für die Aufnahme von Flüchtlingen ein. Hierbei ist offenkundig, dass
156 Asylpolitik kein Steuerungsinstrument allgemeiner Migrationspolitik ist.

157 Wir wollen ein sozialistisches und demokratisches Europa. Deswegen brauchen wir eine starke SPD in
158 einer starken SPE bei der Europawahl 2014. Wir werden um die Stimmen für und mit der SPD, für und mit
159 unseren europäischen Partner*innen, für und mit Martin Schulz kämpfen.

160

161 **Zeit für ein anderes Europa!**

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

6 E2_1/14 Raus aus der Lethargie: Solidarität 7 mit den fortschrittlichen Kräften in Syrien!

8
9 Seit mittlerweile 2011 herrscht in Syrien Krieg. Während dort täglich Menschen sterben, herrscht im Rest
10 der Welt betretenes Schweigen. Auch die EU und die USA, in ihrem Selbstverständnis immer noch
11 Vorkämpferinnen für „Freiheit“ und „Menschenrechte“, pflegen Zurückhaltung. Deutschland kann sich
12 nicht mal zum Mindesten aufrappeln und belässt sein Flüchtlingskontingent für Menschen aus Syrien auf
13 kläglichem Niveau, anstatt den vor Gewalt Flüchtenden einen Schutzraum zu ermöglichen (wie wir als
14 Jusos weiterhin fordern!). Es scheint, als wolle der Konflikt ausgesessen werden.

15
16 Begründet wird die Passivität des „Westens“ häufig mit der verworrenen Lage in Syrien: Kämpfen doch
17 auf der Seite der Baath-Regierung um Assad schiitische Milizen des iranischen Regimes und der Hisbollah,
18 während die Regime-Gegner*innen seit Ausbruch der Kämpfe in säkuläre gemäßigte Rebellengruppen
19 sowie sunnitische Dji Hadistengruppen mit Unterstützung Saudi-Arabiens, der Muslimbruderschaft und Al
20 Quaida zersplittert sind. Die Tendenz für den Verlauf des Konflikts ist bei aller Komplexität erschreckend
21 klar: Je länger der Krieg dauert, desto größer die Dominanz der militärisch versiertesten bzw.
22 erbarmungslosesten Gruppen, desto stärker die Bedrängung der zivilen Bevölkerung und der säkulären
23 Rebellengruppen und ihrer Bemühungen um einen Neuaufbau des Landes unter demokratischen
24 Vorzeichen. Bedrohlich ist auch das Übergreifen von Aggressionen auf andere Gebiete in der Region,
25 wodurch neue Auseinandersetzungen entstehen.

26
27 Für uns als Sozialist*innen muss so eine Entwicklung unerträglich sein: Während ein Mörder wie Assad
28 und islamistische Gotteskrieger*innen auf internationale Unterstützung bauen können, sind die
29 Menschen, die zwischen diesen reaktionären Fronten aufgerieben werden und dennoch von
30 Selbstbestimmung träumen, auf sich alleine gestellt. Der diplomatische Pseudo-Aktivismus der
31 internationalen Gemeinschaft ist kläglich gescheitert und hat sich mit seiner Zurückhaltung schuldig
32 gemacht. Wer heute noch zur Neutralität und Unparteilichkeit mahnt, macht sich angesichts der bereits
33 lange betriebenen Militarisierung des Konflikts und der Verfolgung von emanzipatorischen Aktivist*innen
34 schuldig: das Beharren auf eine „friedliche“ Lösung ist angesichts der Realität in Syrien nicht einmal mehr
35 unter Naivität zu verbuchen, sondern notwendigerweise eine Duldung der Aktivitäten der reaktionären
36 Konfliktparteien. Wir wollen ein Ende von Militarismus und Krieg und wünschen uns eine

37 Friedensperspektive für den Nahen Osten, müssen aber angesichts der Lage in Syrien erkennen: Wer hier
38 von militärischer Unterstützung nicht reden will, der muss von humanitärer Hilfe schweigen.

39

40 Wir bekennen uns ausdrücklich zur demokratischen Opposition in Syrien und solidarisieren uns mit allen
41 Freiheitsliebenden vor Ort. Diese tragen mit ihrem – leider notwendigen – militärischen Widerstand dazu
42 bei, demokratische Räume und damit die Möglichkeit für den Aufbau neuer Strukturen für die
43 angestrebte Zeit „nach Assad“ zu sichern.

44

45 Wir schließen uns dem Aufruf „Freies Syrien. Für ein freies & demokratisches Syrien – ohne Diktatur, ohne
46 Jihadisten“ (syrianfreedom.de) und seinen Forderungen an:

47 *„Die demokratischen Gruppen werden heute von Terror, Folter und Massenexekutionen bedroht. Europa muss
48 endlich der logistischen und finanziellen Überlegenheit der schiitischen und sunnitischen Djihadisten
49 militärische Hilfe für die demokratischen Allianzen entgegensetzen.*

50 *Unsere Unterstützung gilt jenen, die seit 2011 gegen die Diktatur und die islamistischen Gruppen ihr Leben
51 riskieren. Weil die europäischen Regierungen ihnen jede Hilfe vorenthalten, liegt es an uns, ausgewählte
52 Rebellengruppen, die eine demokratische Zukunftsvision für Syrien haben, in ihrem Überlebenskampf praktisch
53 zu unterstützen. Nötig sind Medikamente, Verbandszeug, Kleidung sowie technische Geräte zur
54 Kommunikation. Jede Spende hilft den Gruppen, ihre Gebiete zu verteidigen und Orte zu schaffen, die ein
55 Überleben jenseits der Barbarei ermöglichen und so die Ideen von Freiheit und individuellem Glück lebendig zu
56 halten.“*

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Tempelhof-Schöneberg

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

5 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

6 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

7
8 **E3_1/14 Völkermord verjährt nicht! Für einen**
9 **verantwortungsvollen Umgang mit deutscher**
10 **Kolonialgeschichte**

11
12 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden
13 aufgefordert, sich für die offizielle rückwirkende Anerkennung des von deutschen Kolonialtruppen in
14 Namibia geführten Vernichtungskrieges – dem von 1904 bis 1908 Zehntausende Herero, Nama, Damara
15 und San zum Opfer fielen – als Völkermord einzusetzen und eine offizielle Bitte von Bundestag und
16 Bundesregierung um Entschuldigung zu erwirken. Darüber hinaus werden die SPD-Bundestagsfraktion
17 und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung aufgefordert, die Bundesregierung zu
18 einem Dialog mit der namibischen Regierung und Opferverbänden zu verpflichten, mit dem Ziel,
19 angemessene Wiedergutmachungsleistungen und -maßnahmen zu vereinbaren. Diese sollen zusätzlich
20 zu Programmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erbracht werden. Über ihre Verwendung
21 sollen die namibische Gesellschaft und Opferverbände in alleiniger Verantwortung entscheiden.

22
23 Die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden
24 weiterhin dazu aufgefordert, sich für ein Erinnerungs- und Aufarbeitungskonzept zur deutschen
25 Kolonialgeschichte einzusetzen, das die Dekolonisierung öffentlicher Räume unterstützt, sowie den
26 historischen Widerstand gegen Kolonialismus und Rassismus würdigt und sichtbar macht. Hierfür ist auch
27 die Einrichtung einer entsprechenden Bundesstiftung zu prüfen. Im Zusammenhang mit der
28 Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte sollen auch Gespräche über die würdevolle Rückgabe von
29 menschlichen Gebeinen und Kulturgütern, die während der Kolonialzeit auf deutschen Boden geschafft
30 wurden, fortgeführt und ausgeweitet werden.

31
32 *Begründung*

33 Das öffentliche Bewusstsein für die Problematik deutscher Kolonialgeschichte ist bislang nur
34 unzureichend ausgeprägt. Viele Menschen setzen sich dafür ein, dies zu ändern und kritisieren daher zum
35 Beispiel die Würdigung von KolonialverbrecherInnen durch Straßennamen, die fehlende offizielle

36 Anerkennung vergangener Gräueltaten, oder das Fortbestehen kolonialer Denk- und
37 Argumentationsmuster. Der Völkermord der deutschen Kolonialtruppen in Namibia zwischen 1904 und
38 1908 sticht als besonders erschütterndes Moment dieser deutschen Geschichte heraus. In den letzten
39 Jahren und Jahrzehnten konnten einige Fortschritte im Verhältnis zu Namibia, sowie im Umgang mit der
40 Geschichte der beiden Länder erzielt werden. Als erste offizielle Vertreterin einer Regierung der
41 Bundesrepublik bekannte sich Heidemarie Wieczorek-Zeul 2004 zur Verantwortung Deutschlands für das
42 Handeln der deutschen Truppen – jedoch ohne dass dies bislang die offizielle Position einer
43 Bundesregierung geworden wäre.

44

45 In der vergangenen Legislaturperiode des Deutschen Bundestags hat sich die SPD gemeinsam mit den
46 Grünen in einem Antrag für einen verantwortungsvolleren Umgang Deutschlands mit seiner
47 Kolonialgeschichte eingesetzt – inklusive der Übernahme der politischen und moralischen
48 Verantwortung durch die Bundesregierung für das damals von Deutschen in Namibia verübte Unrecht.

49

50 Seit der Ablehnung dieser Initiative durch die Koalition aus Union und FDP hat sich einiges getan: Im
51 Bundestag gibt es nunmehr eine Mehrheit für das Ansinnen, den Völkermord in Namibia endlich
52 anzuerkennen. Die SPD ist an der Bundesregierung beteiligt und führt das Auswärtige Amt. Vor diesem
53 Hintergrund ist die Sozialdemokratie gefordert, ihre Initiative zu erneuern und dabei auch die Frage nach
54 einer angemessenen Entschädigung der damals betroffenen Bevölkerungsgruppen der Herero, Nama,
55 Damara und San nicht weiter auszuklammern. Der Hinweis auf die reguläre Entwicklungszusammenarbeit
56 eignet sich in diesem Zusammenhang nicht dazu, die Forderungen der Opferverbände nach
57 Wiedergutmachung und Entschädigung abzuwehren. Über die überfällige Aufarbeitung dieses
58 Völkermordes hinaus steht die SPD in der Verantwortung, sich für ein stärkeres gesellschaftliches
59 Bewusstsein für die deutsche Kolonialgeschichte einzusetzen. Der Vorschlag aus der Zivilgesellschaft zur
60 Einrichtung einer Bundesstiftung sollte daher im Dialog mit interessierten Initiativen und Verbänden
61 diskutiert und gegebenenfalls unterstützt werden.

Antragsbereich E: Europa, Frieden, Internationales Antrag E4_1/14

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Neukölln

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

6

7 E4_1/14 Blut und Spiele

8

9 Das *Internationale Olympische Komitee (IOK)* wird aufgefordert die Menschenrechtslage in den jeweiligen
10 Bewerberländern zukünftig als Hauptvergabekriterium der Olympischen Winter- und Sommerspiele zu
11 behandeln, und nicht wie bisher, nur die finanziellen Möglichkeiten des Bewerberlandes zu prüfen. Damit
12 würde sich das *IOK* auch stärker an den eigenen Grundsätzen orientieren, wie sie in der *Olympischen*
13 *Charta* festgeschrieben worden sind.

14

15 *Begründung:*

16 Bereits die Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking haben gezeigt, dass entgegen der Meinung
17 führender IOK-Mitglieder* internationale Sportwettkämpfe nicht nur positive Auswirkungen auf die
18 Lebenssituation der Menschen im jeweiligen Gastland haben müssen. Sie können einen inakzeptablen
19 Status Quo festigen oder sogar gegenteilige Wirkung haben, indem Regime gestärkt werden, welche
20 aufgrund ihrer Gesetzgebung und Handlungen gegen universelle Menschenrechte verstoßen.
21 Unmittelbar nach Beendigung der Winterspiele in Sotschi 2014 fanden über 100 Festnahmen
22 Oppositioneller* bei einer Demonstration gegen Justizwillkür in Moskau statt. Doch bereits während der
23 Spiele, und damit unter den Augen der Weltöffentlichkeit, kam es zu Festnahmen führender und
24 bekannter Gegner*innen Putins. Die Lage der Menschenrechte in beiden Ländern wurde bereits zum
25 Zeitpunkt der Vergabe der Spiele von führenden Menschenrechtsorganisationen kritisiert. Das *IOK* hat
26 somit von Anfang an in Kauf genommen, dass tausende Menschen zwangsumgesiedelt, als Olympia-
27 Bauarbeiter*innen systematisch ausgebeutet und als Regimekritiker*innen festgenommen werden.

28

29 Um den Schutz der Menschenwürde wirklich zu fördern, wozu sich das *IOK* verpflichtet sieht, darf es
30 fortan keine menschenrechtsverletzenden Regierungen mehr mit der Austragung der Olympischen
31 Spiele betrauen.

1 **AntragsstellerIn:** Juso-Landesvorstand

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

6 **I1_1/14 Korruption ächten –**

7 **Landesantikorrptionsgesetz schaffen**

8
9 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Berliner Senats auf
10 sich analog zum kürzlich beschlossenen Landesmindestlohngesetz für die Schaffung eines
11 Landesantikorrptionsgesetzes einzusetzen.

12
13 Jenseits der Tatsache, dass Korruption selbstverständlich strafbar ist und geahndet wird, fordern wir
14 zusätzliche Konsequenzen durch das Land Berlin. Dieses soll sich im Rahmen des geforderten
15 Landesantikorrptionsgesetzes zu einem Fördermittel- und, wo möglich, Subventionsvergabeverbot für
16 wegen Korruption oder Preisabsprachen verurteilte Unternehmen verpflichten. Auch die Vergabe
17 öffentlicher Aufträge an die betreffenden Unternehmen soll nicht mehr möglich sein. Dies soll
18 ausdrücklich auch für Korruptionsfälle des entsprechenden Unternehmens im Ausland, sowie für Fälle im
19 Kontext von Konsortien, Tochtergesellschaften und aufgekauften Unternehmen gelten. Auch andere
20 Formen der Kooperation wie Präsentationen des Unternehmens auf oder Einladungen zu
21 Veranstaltungen des Landes Berlin oder die Mitarbeit in Partner*innen-, Freundes- und
22 Vernetzungsstrukturen des Landes Berlin sind auszuschließen. Die Dauer der Sanktionen ist separat zu
23 regeln.

24
25 Das Land Berlin verpflichtet sich darüber hinaus ein transparentes Korruptionsregister zu führen, in dem
26 sanktionierte Unternehmen einsehbar sind.

27
28 *Begründung:*
29 erfolgt mündlich

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Tempelhof-Schöneberg

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

6 **I2_1/14 Steuerbetrug konsequent ächten!**

7
8 Angesichts der aktuellen Debatte über prominente Fälle von Steuerbetrug positionieren wir Jusos uns
9 erneut konsequent gegen jede Form von Steuerhinterziehung sowie ihrer Duldung und Relativierung.
10 Dabei ist für uns klar: Skandalös ist nicht erst der Steuerbetrug einer Person des öffentlichen Lebens,
11 sondern jeder bewusste Versuch, das fiskalische Solidarprinzip eigenmächtig zu schleifen. Dabei geht es
12 nicht um die Höhe der hinterzogenen Steuern, sondern um den Akt als solchen. Zwar sind Steuern kein
13 Selbstzweck, doch in der Demokratie garantieren sie idealerweise die (Um-)Verteilung der zur Verfügung
14 stehenden Mittel im Sinne derer, die auf die Gemeinschaft angewiesen sind. Steuerehrlichkeit ist deshalb
15 nicht eine Möglichkeit unter vielen, sondern Voraussetzung für eine gerechte, demokratisch organisierte
16 Verteilung, für die das Gemeinwohl ausschlaggebend ist und nicht etwa das Ermessen der oder des
17 Einzelnen.

18
19 Aus rechtsstaatlicher Sicht empfinden wir es als unverständlich, dass das Delikt der Steuerhinterziehung
20 mit der Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige nach § 371 AO eine so massive
21 Andersbehandlung im Vergleich zu anderen Straftaten, wie zum Beispiel dem "einfachen" Betrug erfährt.
22 Dieser Umstand fußt einzig und allein auf der Tatsache, dass der Staat sich - ohne in die eigenen
23 Fahndungsbehörden investieren zu müssen - lukrative Mehreinnahmen generieren will. Von dieser
24 Lösung profitieren außerdem vor allem Vermögende, die es sich leisten können, ihre tatsächlichen
25 Steuerschulden innerhalb einer gesetzten Frist in vollem Umfang nebst Hinterziehungszinsen
26 zurückzuzahlen.

27
28 Gleichzeitig ist sind die Steuerfahndungsbehörden in ihrer jetzigen Gestaltung sehr ineffektiv. Die
29 Tatsache, dass die durch die Fahndung der Länder erzielten Steuermehreinnahmen größtenteils an den
30 Bund fließen, lässt in Zusammenhang mit der Tatsache, dass einige Bundesländer wie Bayern und Hessen
31 sich größtenteils darauf beschränken, Einkommenserklärungen der unteren Einkommensgruppen zu
32 prüfen vermuten, dass es einigen Ländern klar um die Sicherung von Standortvorteile für ihre regionalen,
33 großen Unternehmen und vermögenden BürgerInnen geht. Dieser Steuerföderalismus ist zumindest mit
34 ursächlich dafür, dass dem Staat jährlich Steuern in zweistelliger Milliardenhöhe entgehen und ist somit
35 schädlich für den Sozialstaat.

36 Ausgehend von dem Gemeinwohl- und Umverteilungszweck der Steuererhebung und einem
37 Rechtsstaatsverständnis, nach dem nicht die Lukrativität der Strafe für den Staat, sondern die Sanktion

38 unbilligen und sozialschädlichen Verhaltens im Vordergrund stehen muss fordert linke Politik deshalb ein
39 unmissverständliches Vorgehen gegen jede Form von Steuerbetrug. Privat, wie auch in politischer
40 Verantwortung, darf und muss von SozialdemokratInnen daher entschiedenes Eintreten für maximale
41 Steuerehrlichkeit erwartet werden.

42

43 **Deshalb fordern wir:**

44

- 45 • Die Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige, die das Steuerrecht bislang zum
46 Sonderrecht für Vermögende macht und unser Gerechtigkeitsverständnis untergräbt.
- 47 • Verlängerung der Verjährungsfristen bei Nachversteuerung.
- 48 • Die Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission mit dem Ziel der deutlichen personellen
49 Aufstockung der den Ländern unterstellten Steuerfahndung und eine perspektivische
50 Kompetenzverlagerung hin zum Bund, um indirekte Standortwettbewerbe durch besonders
51 nachlässige Arbeit der Steuerfahndung endlich zu unterbinden.
- 52 • Den weiteren Ankauf sogenannter SteuersünderInnen-CDs, zumindest bis die staatlichen
53 Behörden personell und finanziell in angemessener Weise aufgestockt werden.
- 54 • Die Sanktionierung von Banken und sonstigen Finanzdienstleistern, die Steuerhinterziehung
55 nachweislich ermöglicht, empfohlen oder sogar aktiv befördert haben - bis hin zum Entzug der
56 staatlichen Lizenz.
- 57 • Die deutliche Erhöhung des zu entrichtenden Strafzuschlags im Rahmen der Nachversteuerung
58 (derzeit nur 5%).

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Neukölln

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

6 **I3_1/14 Vorwärts in der Berliner**

7 **Flüchtlingspolitik!**

8 9 **1. die zeitnahe Einrichtung einer Koordinierungsstelle für ehrenamtliche HelferInnen**

10 Die SPD steht für eine Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen und gegen rechtsradikale
11 Stimmungsmache. Wir begrüßen, dass sich die Zivilgesellschaft zunehmend eigeninitiativ gegen rechte
12 Hassparolen stellt, offen Zivilcourage zeigt und die Arbeit für aufgenommene Flüchtlinge ehrenamtlich
13 unterstützen will.

14 Wir möchten diese gesellschaftliche Entwicklung fördern, unterstützen und ihr beratend zur Seite stehen
15 und fordern daher die Einrichtung einer vom Land ausfinanzierten Vollzeitstelle Stelle je Bezirk zur
16 Ehrenamtskoordination im Bereich Flüchtlingsarbeit. Diese sollen ausschließlich dafür zuständig sein,
17 verschiedenen Initiativen ausgewogen zu vernetzen, als Ansprechpartner*innen für Ehrenamtliche,
18 Flüchtlinge und Unterkunftsmitarbeiter*innen zu fungieren und damit zu ermöglichen, dass die
19 angebotene Hilfe tatsächlich auch bei den Flüchtlingen ankommt.

20 21 **2. Anspruch auf kostenlose Vermittlung der deutschen Sprache für alle Asylbewerber*innen**

22 Um Asylbewerber*innen die gleichberechtigte, aktive Teilhabe am öffentlichen Leben sowie an unserer
23 heterogenen Gesellschaft zu ermöglichen, zu fördern und die kulturelle Begegnung und Verständigung
24 voranzutreiben, sind umfangreiche Kenntnisse und Kompetenzen in der deutschen Sprache unerlässlich.
25 Die Bundesagentur für Arbeit soll daher in Kooperation mit den Berliner Volkshochschulen Kurse in
26 „Deutsch als Fremdsprache“ anbieten, die für volljährige Asylbewerber*innen kostenlos sind. Anspruch
27 auf kostenlose Sprachkurse in „Deutsch als Fremdsprache“ haben Asylbewerber*innen bis zum Erreichen
28 muttersprachlichen Kompetenzniveaus.

29 30 **3. Qualitätssicherung zur Überprüfung der Standards in Flüchtlingsunterkünften**

31 Da Flüchtlingen in der Praxis leider meist dauerhaft in Sammelunterkünften leben müssen, sind hohe
32 Standards in Bezug auf Lebens- und Wohnbedingungen umso wichtiger. Um diese auf Dauer
33 gewährleisten zu können, müssen die gesetzlichen Qualitätsanforderungen nicht nur eingehalten,
34 sondern auch in regelmäßigen Abständen kontrolliert und verifiziert werden – dazu braucht es ein
35 unabhängiges Qualitätsmanagement.

36 Wir fordern daher, dass zur Überprüfung der Einhaltung der Standards die Betreiber*innen von
37 sämtlichen Flüchtlingsunterkünften im Rahmen einer Qualitätssicherung regelmäßiger,
38 stichprobenartiger und unangekündigten Kontrollen unterworfen sind. Die Ergebnisse dieser Kontrollen
39 werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Diese unabhängige Prüfinstanz ist gleichzeitig
40 Ansprechpartner*in für Bewohner*innen von Flüchtlingsunterkünften. Bewohner*innen können Verstöße
41 gegen Standards dort direkt melden. Ein solches Qualitätsmanagement muss unbürokratisch und
42 niedrigschwellig – bspw. hinsichtlich Übersetzungsleistungen – aufgebaut sein.

43

44 **4. Mittelfristiges Ziel: die dezentrale Unterbringung von Asylbewerber*innen**

45 Die Unterbringung von Menschen in Flüchtlingsunterkünften ist stets als Übergangslösung gedacht. Im
46 Interesse aller beteiligten Akteur*innen ist mittelfristig das Ziel, Asylbewerber*innen eine dezentrale
47 Unterbringung zu ermöglichen.

48 Deshalb fordern wir den Senat auf, einen umfassenden „*Masterplan zur Unterbringung von*
49 *Asylbewerber*innen im Land Berlin*“ zu entwickeln, der im Detail und auf Grundlage finanzieller
50 Schätzungen vorgibt, wie der Übergang von Wohnen in Sammelunterkünften hin zu dezentralen
51 Wohnmöglichkeiten vom Land Berlin und den Bezirken langfristig zu bewerkstelligen und umzusetzen
52 ist. Eine zentrale Rolle zur Ausarbeitung und Umsetzung des Masterplans nehmen die städtischen
53 Wohnungsbaugesellschaften ein, die sowohl an der Konzeption beteiligt als auch bei der Umsetzung in
54 die Pflicht genommen werden müssen.

Antragsbereich I: Inneres, Datenschutz, Netzpolitik

Antrag I4_1/14

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Reinickendorf

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

5 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

6 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

8 **I4_1/14 Schusswaffen verbieten!**

9
10 Der Besitz von Schusswaffen ist Privatpersonen außer im Falle einer Berechtigung zu beruflichen
11 Zwecken oder ähnlichem (Polizist, Jäger etc.) nicht länger gestattet. Die SPD-Vertreter_innen im
12 Bundestag werden dazu aufgefordert, eine entsprechende Initiative einzubringen.

13
14 Begründung: Nich Waffen töten Menschen, Menschen töten Menschen - mit Waffen. Dieser Antrag wurde
15 vor einer Weile im Zuge einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegenüber den Winnenden-
16 Eltern geschrieben. Er hat leider erst jetzt Einzug in das Antragsbuch gefunden. Zielrichtung soll sein, zum
17 einen Affekttötungen zu verhindern, meist so genannte Beziehungstaten. Wer keine Waffe im Haus hat,
18 kann seine_n Partner_in auch nicht erschießen. Gleiches gilt natürlich auch für Affekttötungen außerhalb
19 von Beziehungen und außer Hauses. Zum anderen gilt es die "Sport"-schützen zu entwaffnen. Schießen
20 wird von uns nicht als Sport angesehen! Zudem ist festzustellen, dass die Schulamokläufe der
21 vergangenen Jahre immer unter dem Schatten der Waffenmacht der Sportschützen geschehen.
22 Entweder waren es Sportschützen selbst, die den Abzug gedrückt haben oder deren Waffen wurden
23 entwendet: häufig von eigenen Familienmitgliedern (der Sohn in Winnenden), vielfach auch von
24 Kriminellen, die diese wiederum zu Gewalttaten benutzen. Ebenso kam es vor, dass sich psychisch
25 Kranke an die Schießbahnen begeben haben, um die Menschen dort mit den bereitgestellten Waffen zu
26 töten.

27
28 Häufiger Einwand ist, dass die Zahl der Morde mit legalen Schusswaffen verhältnismäßig gering sei -
29 einige hundert. Trotz dessen wurden weitaus mehr Menschen "im Stillen" durch legale Schusswaffen
30 umgebracht als durch RAF und NSU zusammen. Zudem greift ein Verbot legaler Schusswaffen natürlich
31 nicht die Problematik illegaler Schusswaffen auf, durch welche weitaus mehr Menschen getötet werden.
32 Nichtsdestotrotz stellt sich die Frage, warum in Angesicht des zwar größeren Problems nicht trotzdem
33 Maßnahmen getroffen werden sollten, um zu bewirken, dass die Opfer legale Schusswaffen keine Opfer
34 werden, sondern leben. Jede_r Tote_r ist eine_r zu viel! Deswegen haben Schusswaffen in Händen
35 Privater nichts zu suchen!

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Mitte

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

5 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

6 7 **K1_1/14 Das EEG und öffentliche**

8 **Dienstleistungen: Energiekosten an der richtigen**

9 **Stelle sparen und Ausnahmetatbestände an der**

10 **richtigen Stelle offensiv vertreten**

11
12 Wir fordern die Ausnahme zentraler öffentlicher Dienstleistungen von der Erneuerbaren-Energien-
13 Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Insbesondere müssen der ÖPNV, der Betrieb der
14 Deutschen Bahn sowie der Betrieb von Hochschulen von den Zusatzbelastungen ausgenommen werden.

15
16 Wir fordern, dass sich die SPD bundesweit und insbesondere auch auf europäischer Ebene offensiv dafür
17 einsetzt, dass Bereiche der *Daseinsvorsorge*, der *public services* oder des *service public* von
18 Umlagefinanzierungen wie die der Energieumlage ausgenommen werden können und damit öffentlich
19 subventioniert werden können. Zu diesen Bereichen zählen öffentliche Unternehmen sowie
20 Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung, auf die die öffentliche Hand aufgrund von Eigentum,
21 finanzieller Beteiligung, Satzung oder sonstiger Bestimmungen, die die Tätigkeit des Unternehmens
22 regeln, unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausübt. Ausnahmen in diesen
23 Bereichen dürfen nicht länger subventions- und beihilferechtlichen Kriterien, wie sie insbesondere auf
24 europäischer Ebene bestehen, widersprechen. Bestehendes Beihilfe- und Subventionsrecht ist
25 entsprechend anzupassen. Die SPD muss sich klar dazu bekennen, dass öffentliche Dienstleistungen, für
26 die auf EU-Ebene nur der Begriff „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ (DAWI)
27 vorhanden ist, auch in ihrem gesellschaftlichen und sozialpolitischen Interesse ausdefiniert werden und
28 vor diesem Hintergrund geeignete Bereiche für Beihilfe und/oder Subventionen sind. Öffentliche
29 Dienstleistungen sind explizit *keine rein* marktvermittelt und wettbewerbsorientiert zu erbringenden
30 Leistungen und Angebote.

31
32 Wir fordern außerdem die Einbeziehung des Eigenverbrauchs von Kraftwerken in die
33 Zahlungsverpflichtungen für die EE-Umlage nach dem EEG.

35 *Begründung:*

36 Die Ausnahme des Energieeigenverbrauchs von Kraftwerken von der EE-Umlage stellt eine unnötige
37 Unterstützung gewinnorientierter privater Energiekonzerne dar und unterstützt die Energieerzeugung
38 aus konventionellen, fossilen Energieträgern. Sie widerspricht dem Ziel der langfristigen
39 Energieerzeugung aus rein erneuerbaren Energien. Die Einbeziehung dieses Energie-Eigenverbrauchs
40 von Kraftwerken in die Finanzierungsgrundlage des EEG ermöglicht Ausnahmen in anderen Bereichen,
41 für die eine kostengünstigere Leistungserbringung gesellschaftlich wünschenswert ist. Die Ausnahme
42 öffentlicher Dienstleistungen von der EE-Umlage verringert den Kostendruck in diesen Bereichen und
43 damit Preisanstiege für Bürger*innen. Der Zugang zu diesen Leistungen kann damit weniger exklusiv
44 gestaltet werden und Unternehmen in öffentlichem Eigentum oder unter öffentlicher Kontrolle können
45 gefördert werden. Dazu braucht es aber auch den Willen, diese Zielstellungen auf europäischer Ebene
46 gegen rein marktorientierte EU-Gesetzgebung durchzusetzen. Eu-Gesetze verhindern in der Regel
47 Ausnahmetatbestände, da diese als „Subventionen“ oder „Beihilfe“ für unzulässig erklärt werden. Aus
48 sozialdemokratischer Sicht sind Ausnahmeregelungen für öffentliche Dienstleistungen und Bereiche der
49 Daseinsvorsorge zum Zwecke der Kostenreduzierung Zielstellungen einer inklusiven Gesellschaft. Dieser
50 Anspruch muss gegen bestehende beihilfe- und subventionsrechtliche Regelungen durchgesetzt
51 werden.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Tempelhof-Schöneberg

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

5 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

6 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

7
8 **K2_1/14 Stärkung der Rechte von MieterInnen!**
9 **Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die**
10 **Ermittlung und Festsetzung von Mietflächen**

11
12 In den letzten Jahren haben wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vermehrt für
13 bezahlbaren Wohnraum eingesetzt und hierfür gute Ansatzpunkte wie die gesetzliche Mietpreisbremse
14 für Bestandsmieten und Neuvermietungen entwickelt. Den Schutz der MieterInnen vor unbezahlbarem
15 Wohnraum müssen wir weiterhin forcieren!

16
17 Ein kaum beachtetes Phänomen sind hierbei die Angaben fehlerhafter Wohnflächen in Mietverträgen für
18 private Wohnungen oder Gewerberäume. Nach Schätzungen des Deutschen Mieterbundes sind die
19 Flächenangaben in etwa 2/3 der Mietverträge fehlerhaft, eine Studie der Dekra Real Estate geht sogar von
20 80% aus. Dadurch werden auf der einen Seite die zu zahlenden Kaltmieten beeinträchtigt, aber auch die
21 flächenabhängigen Nebenkosten und Mieterhöhungen, welche sich immer auf die im Vertrag
22 angegebene Fläche beziehen. Es ist also davon auszugehen, dass Millionen Mieterinnen und Mieter mehr
23 für ihren Wohn- oder Gewerberaum zahlen als dieser wert ist.

24
25 Wir sind der Meinung, dass der MieterInnenschutz es gebietet, die Mietflächenberechnung
26 nachvollziehbar und den zu zahlenden Mietpreis vergleichbarer zu machen. Dies kann nur durch eine
27 einheitliche Berechnungsgrundlage erreicht werden, die nicht von den Mietparteien abbedungen
28 werden bzw. von anderen Berechnungsgrundlagen verdrängt werden kann.

29
30 **Forderungen:**

31 Wir fordern die SPD-Fraktion im Bundestag auf, zur Stärkung der Rechte von Mieterinnen und Mietern auf
32 eine bundesweit einheitliche gesetzliche Grundlage zur Ermittlung von Flächenangaben für Wohn- und
33 Gewerberäume hinzuwirken. Des Weiteren soll gesetzlich festgelegt werden, dass die in den
34 Mietverträgen angegebenen Flächenangaben nur um $2\% \leq 3\text{m}^2$ von der Gesamtfläche abweichen dürfen.
35 Andernfalls sollen die MieterInnen einen Anspruch auf Mietminderung, Rückzahlung eventuell zu viel

36 gezahlter Mieten und eine Neuermittlung der Wohnnebenkosten auf Grundlage der tatsächlich
37 ermittelten Wohnfläche erhalten.

38

39 *Begründung:*

40 Die bisherigen Entscheidungen des Bundesgerichtshofs (BGH) sind bei dieser Sachlage eindeutig: Weicht
41 bei preisfreiem Wohnraum die tatsächliche Fläche der Mietsache um nur bis zu 10% von der in dem
42 Mietvertrag genannten Flächenangabe ab, so ist dies kein begründeter Sachmangel und berechtigt
43 MieterInnen nicht zu Mietminderungen. „MieterInnen müssen eine leicht überhöhte Miete akzeptieren“,
44 so die Aussage des BGH. Ausnahmen sind nur dann gegeben, wenn die Gebrauchstauglichkeit der
45 Mietsache erheblich beeinträchtigt wird. Das ist jedoch praktisch nie nachweisbar, da nicht die
46 persönliche Beeinträchtigung von MieterInnen gilt, sondern die Frage, ob die Wohnung zu dem
47 vertragsbedingten Gebrauch taugt.

48

49 Als Begründung für die häufig fehlerhaften Flächenangaben in den Mietverträgen wird häufig der laxe
50 Umgang der VermieterInnen mit den geltenden Berechnungsvorschriften genannt. Bei Neuvermietungen
51 wird z.B. oft kein genaues Aufmaß gemacht sondern lediglich anhand der Baupläne eine ungefähre
52 Fläche ermittelt, bei welcher die Dachschrägen, Balkone oder Treppenbereiche nur ungenügend
53 berücksichtigt werden.

54

55 Dies ist u.a. der für den freien Markt fehlenden verbindlichen Berechnungsnorm zuzuschreiben. Für
56 Vermietungen vor dem 01.01.2004 gilt die Berechnungsverordnung II, in späteren Mietverträgen werden
57 die Flächen nach der Wohnflächenverordnung ermittelt. Beide Normen gelten jedoch nur, wenn nicht
58 von den Mietparteien anders vereinbart worden oder vor Ort ein anderer Berechnungsmodus, z.B. die DIN
59 277 üblich ist. Je nach Verwendung der Berechnungsverfahren können daher für ein und dieselbe
60 Wohnung teils erheblich unterschiedliche Mietflächen berechnet werden.

61

62 Des Weiteren ist es aus sozialer Sicht im Hinblick darauf, dass die zu leistenden Mietausgaben für die
63 Menschen oft eine große finanzielle Belastung darstellen, nicht hinnehmbar, dass MieterInnen bei
64 derartig großen Abweichungen von bis zu 10% der Gesamtfläche keine Möglichkeiten auf
65 Mietminderungen haben. Ab einer Differenz von über 10% können die Mieten hingegen im Umfang der
66 Abweichung abgemindert werden, d.h. das bei einer um 11% geringeren Fläche auch 11% weniger Miete
67 fällig sind. Dies stellt u.E. eine unzulässige Ungleichbehandlung der geschädigten MieterInnen dar, die
68 von VermieterInnen systematisch ausgenutzt werden kann!

69

70 Die in den Mietverträgen festgehaltenen Flächenangaben sind, wie oben erwähnt, außerdem
71 Ausgangspunkt für die Ermittlung der Zusatzkosten aus flächenbezogenen Nebenkosten und müssen bei
72 Mieterhöhungen mitbezahlt werden. So kann es zu absurden Situationen kommen, dass obwohl
73 VermieterIn als auch MieterIn wissen, dass die angegebene Fläche nicht dem tatsächlichen Wohnraum
74 entspricht, der/die MieterIn hat keine Möglichkeit hat, die monatlichen Mietzahlungen zu mindern und
75 bei einer Mieterhöhung sogar die nicht existente Differenzfläche bezahlen muss.

76 Der BGH gibt in seinen Urteilen keine Begründung, woher die vermutlich willkürlich gewählte 10%-
77 Grenze kommt. In Zeiten von elektronischen Messgeräten kann dies jedoch nicht auf eventuelle
78 Messungenauigkeiten zurückgeführt werden. Wir halten eine mögliche Abweichung von $2\% \leq 3\text{m}^2$ der
79 Gesamtfläche als maximalen Differenzwert für angemessen und wollen dies gesetzlich verankern.

80

81 Die o.g. Forderungen stellen einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einem gerechteren
82 MieterIn/VermieterIn-Verhältnis dar, bei dem MieterInnen nur das bezahlen, was sie nach einer
83 transparenten Ermittlung der Flächenangaben tatsächlich nutzen. Außerdem ist ihnen so bei
84 Unstimmigkeiten eine gesetzliche Grundlage gegeben, mit der sie sich gegen die teils systematischen
85 Falschangaben wehren können. Mietverhältnisse stellen soziale Abhängigkeitsverhältnisse dar. Deshalb
86 gilt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Solidarität mit den ausgebeuteten Mieterinnen
87 und Mietern!

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Reinickendorf

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundesvorstand der Jusos möge beschließen:

5 6 **K3_1/14 Freihandelsabkommen mit** 7 **europäischen Volksbegehren stoppen!**

8
9 Der Bundesvorstand der Jusos möge sich mit den Partnerorganisationen in allen Staaten der
10 Europäischen Union koordinieren, um gemeinsam gegen die geplante Transatlantische Handels- und
11 Investitionspartnerschaft (Freihandelsabkommen) zwischen den USA und der EU vorzugehen. Um das
12 Abkommen zu stoppen möge der Bundesvorstand auf europäischer Ebene eine Bürgerinitiative gegen
13 das Abkommen starten. Der Bundesvorstand und die beteiligten Partnerorganisationen sollen in ihren
14 Ländern um Unterstützung für eine entsprechende Petition werben.

15 16 *Begründung:*

17 Das Freihandelsabkommen mit den USA ist undemokratisch, da es hinter verschlossenen Türen
18 verhandelt wird und die Bevölkerung den aktuellen Stand der Vereinbarungen zu keinem Zeitpunkt
19 einsehen kann. Durch die Schaffung von neuen Gerichten, die über mutmaßliche Verstöße gegen das
20 Abkommen entscheiden, droht die Souveränität der europäischen Staaten verloren zu gehen.
21 Demokratischen Institutionen droht also der Kontrollverlust! Wichtige gesellschaftliche
22 Neuorientierungen, wie beispielsweise der Atomausstieg, wären in Zukunft nicht mehr möglich!
23 Zudem ist es hochgradig neoliberal und unsozial, dass sich auf Kosten der Arbeitnehmer_innen die Macht
24 und Freiheit von Großkonzernen ausweiten wird. Auch Umwelt- und Gesundheitsstandards werden unter
25 dem Abkommen leiden, denn es würde in Zukunft immer der niedrigste Standard aller Staaten gelten.
26 Dies gilt es zu verhindern!

27
28 Darüber hinaus dürfte das Abkommen zwar zu einem intensiveren Handel zwischen der EU und den USA
29 führen, gleichzeitig schotten sich diese jedoch gegenüber anderen Regionen ab. Das gilt insbesondere
30 für ärmere AKP-Staaten, deren Zugang zu den hiesigen Märkten durch das Abkommen erschwert wird.

31
32 Da die Befürworter_innen des Abkommens auf europäischer Ebene agieren, ist es in diesem Fall von
33 besonderer Wichtigkeit, dem auch koordiniert entgegenzutreten! Gemeinsam mit den
34 Partnerorganisationen sollte es möglich sein, die nötigen eine Millionen Unterschriften von Bürger_innen
35 aus sieben EU-Staaten zu sammeln, um die Europäische Kommission aufzufordern, das
36 Gesetzgebungsverfahren zu stoppen.

37

38 Ein gezieltes Vorgehen der Jusos sollte nicht zu lange hinausgezögert werden. Wann die Verhandlungen
39 abgeschlossen sein könnten, wird nicht kommuniziert. Möglicherweise planen die Verhandlungsparteien,
40 die Gegner_innen mit einem schnellen Abschluss zu überraschen. Zudem gibt es bereits verschiedene
41 Initiativen, die allerdings sehr unkoordiniert vorgehen. Daher müssen wir schnell und in Absprache mit
42 anderen Gruppen handeln!

43

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesvorstand der SPD Berlin möge beschließen:

5
6 **O1_1/14 Keine leeren Plätze mehr! Reduzierung**
7 **der Legislaturperiode der**
8 **Landesdelegiertenkonferenz auf ein Jahr!**

9
10 Die Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) im
11 Landesverband Berlin (B – 52 – 2007 – 02, LV 25.02.08, 14.11.2011) werden folgendermaßen geändert:

12
13 In § 12 wird (4) wird nach Satz 1 eingefügt:

14 „Die Delegierten der LDK werden für jeweils ein Jahr gewählt.“

15
16 *Begründung:*

17 In einer Sitzung der AG für Geschlechterfragen (AGG) im November 2013 wurden verschiedene Ideen
18 entwickelt, um die Frauenförderung im zentralen Beschlussorgan der Berliner Jusos zu verbessern. Die
19 Reduzierung der Legislatur war ein Vorschlag. Die zweijährige Periode ist zu einem nur schwer
20 einzuhaltenden Ziel geworden. Das Leben junger Menschen ist heute mehr denn je von einer großen
21 Flexibilität geprägt. Die Delegierten ziehen weg, beginnen eine Ausbildung oder ein Praktikum in einer
22 anderen Stadt. Dadurch kann oft nicht mehr gewährleistet werden, dass alle Kreise mit vollständigen
23 Delegationen anwesend sind. Neue Mitglieder haben keine Chance, innerhalb der zweijährigen Legislatur
24 nachgewählt zu werden, es sei denn, die komplette Delegation tritt geschlossen zurück- eine
25 vollkommen überflüssige Hürde.

26
27 Dieses Problem zeigt sich deutlich an der Unterrepräsentation von jungen Frauen unter den Delegierten.
28 Trotz verschiedener Maßnahmen gibt es auch bei den Jusos nachwievor mehr politisch aktive Männer als
29 Frauen. Ziehen nun innerhalb der zwei Jahre Frauen weg oder ändert sich ihre berufliche Situation,
30 bleiben ihre Delegiertenplätze oft leer. Gerade zum Ende der zweijährigen Legislaturperiode zeigt sich,
31 dass die Reihen der Delegierten deutlich leerer geworden sind. Eine kürzere Legislaturperiode würde hier
32 zu einer besseren Repräsentation von Frauen auf der Landesdelegiertenkonferenz beitragen und es
33 allgemein einfacher machen, neue Menschen in den Kreisen zu gewinnen und in die politische Arbeit
34 einzubinden. Diese Reform steht auch im Zeichen der Verbandsreform der 1980er Jahre und der

35 Potsdamer Grundsatzerklärung 1991, die einen jugend- und frauenorientierten Umbau in den
36 Mittelpunkt der Jusos rückt.
37
38 Andere Gliederungen sind diesen Weg bereits gegangen: Der Bundeskongress der Jusos wird für ein Jahr
39 gewählt, die Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen semesterweise.
40 Da die Änderung der Richtlinien erst nach der Wahl der Delegierten 2014/2015 in Kraft treten wird,
41 beginnt die einjährige Legislatur der Landesdelegiertenkonferenz erst ab 2016.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Nordost

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4
5 **O2_1/14 Sozialdemokratisch leben – gibt es**
6 **solidarischen Konsum?**

7
8 *Als Jusos setzen wir uns intensiv mit Fragen linker Politik auseinander und bringen unsere Erkenntnisse in*
9 *Anträge und Positionsbestimmungen ein. Aber was können wir noch tun, um unserer Vision einer gerechten*
10 *Welt ein bisschen näher zu kommen? So quasi nebenbei und jeden Tag? Können wir so konsumieren, dass alle*
11 *etwas davon haben?*

12
13 Der Landesvorstand der Jusos Berlin wird aufgefordert, ab dem 2. Quartal 2014 eine Projektgruppe zum
14 Thema „Sozialdemokratisch leben – gibt es solidarischen Konsum?“ einzurichten.

15
16 Diese Projektgruppe wird im Wesentlichen folgende Zielsetzungen haben:

17
18 Zum einen möchten wir einige weiße Flecken auf der Beschlusslagen-Landkarte füllen: Dass es mehr
19 Umverteilung auf bundesdeutscher Ebene bedarf, ist breiter Konsens innerhalb des Verbandes. Wir
20 brauchen sie, da sind wir uns einig. Hier identifizieren wir uns mit denen, die von Umverteilung und dem
21 Sozialstaat profitieren. International gesehen gehören dann aber auch wir plötzlich zu den
22 „GutverdienerInnen“. Auf einmal sind wir es, die Arbeitsbedingungen diktieren, für deren
23 zahlungskräftige Nachfrage Menschen schufteten, Lebensmittel produzieren, ihre Umwelt zerstören. Wie
24 geht dies mit unserer Identifikation mit den Abhängigen und Arbeitenden dieser Welt zusammen? In der
25 Projektgruppe möchten wir uns überlegen, welche Idee von Umverteilung daraus folgen muss. Welche
26 Fragen werden heute als „Gutmensch-Öko-Themen“ deklariert und deklassiert und nur den Grünen
27 zugeordnet, obwohl es sich eigentlich um grundlegende Aspekte internationaler Solidarität handelt? Was
28 kann man davon in Gesetze gießen und was wäre nur ein Schritt in Richtung Verbotsgesellschaft? Und wo
29 können wir das, was wir nicht im Gesetzestext stehen haben möchten, mit unserem ganz persönlichen
30 Verhalten ein bisschen ausgleichen?

31
32 Zum anderen möchten wir uns als Interessierte zusammensetzen und konkret herausfinden, wann zum
33 Beispiel ein T-Shirt nicht mehr nur ein T-Shirt ist, sondern eine Entscheidung für bestimmte
34 Arbeitsbedingungen und Umweltauswirkungen in einem anderen Teil der Welt. Gleiches gilt für die
35 Rosenverteilungen unserer Gliederungen am Frauen*kampftag oder die verschenkte Schokolade bei

36 Verteilaktionen am 6. Dezember. Torpedieren wir mit unserem alltäglichen Konsum nicht vielleicht sogar
37 das, wofür wir in Anträgen und Wortbeiträgen arbeiten und kämpfen?

38

39 Die laufende Projektarbeit soll auch durch die Zusammenarbeit mit verwandten Gruppen geprägt sein.
40 Beispielhaft ließen sich da die Falken und (internationale) Gewerkschaften, aber auch kleinere
41 unbekannte und inoffizielle Gruppierungen wie zum Beispiel „Sozialdemokratisch für Tiere“ nennen. Die
42 Frage „Was gibt es links und rechts von uns zu dem Thema?“ wird uns genauso beschäftigen wie „Was
43 gab es denn vor uns?“. So ist zum Beispiel eine Betrachtung des Internationalen Sozialistischen
44 Kampfbundes denkbar, für dessen Mitgliedschaft Vegetarismus Voraussetzung war und der nach dem
45 Zweiten Weltkrieg zu großen Teilen in die SPD aufgegangen ist.

46

47 Wir werben für eure Unterstützung und Mitarbeit.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4
5 **O3_1/14 Offenlegung von**
6 **Mitarbeiter*innenverhältnissen zur SPD**

7
8 Wir fordern alle Mitglieder des Landesvorstandes sowie des erweiterten Landesvorstandes der Jusos
9 Berlin auf, ihre Mitarbeiter*innenverhältnisse mit der SPD offenzulegen. Wir halten die Mitglieder dieser
10 Gremien dazu an, über etwaige bestehende und neue Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen des
11 erweiterten Landesvorstands zu berichten.

12
13 Wir wollen hiermit mehr Transparenz über diverse Abhängigkeitsverhältnisse erreichen. Hierbei geht es
14 nicht darum, einzelne Personen bloßzustellen, sondern die Zukunft unseres Verbandes als unabhängige
15 Jugendorganisation sicherzustellen. Uns ist klar, dass alle unsere Mitglieder den Zwängen einer
16 kapitalistischen Gesellschaft, die auf Konsum aufgebaut ist, unterliegen, und Erwerbsarbeit ein wichtiger
17 Teil dieser Gesellschaft ist. Abhängigkeitsverhältnisse können jedoch dazu führen, dass das politische
18 Urteil zurückhaltender ausfällt als es der Situation angemessen ist. Wenn der Verband über diese
19 Abhängigkeitsverhältnisse Bescheid weiß, kann er politische Entscheidungen des Landesvorstandes
20 besser einordnen und eigenständig handeln, um die jeweilige Person aus der Schusslinie zu nehmen und
21 zu unterstützen.

22
23 Was wir hierbei nämlich ausdrücklich verhindern wollen, ist eine Hetzjagd auf die Mitglieder, die sich in
24 einem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zur SPD befinden. So kann es für uns Jusos durchaus von
25 Vorteil sein, wenn wir Mitglieder unserer Organisation im Abgeordnetenhaus oder im Bundestag haben,
26 da wir dadurch einen direkten Draht in die Legislative haben, gleiches gilt für das Kurt-Schumacher-Haus
27 oder das Willy-Brandt-Haus. Durch eine Offenlegung wird somit gewährleistet, dass wir diese Kräfte
28 besser nutzen, um unsere Ideen in Partei und Gesellschaft weiter voranzutreiben.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 5 **O4_1/14 Rosa&Karl stolz machen!**

6
7 *„Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und*

8 *Lebenslicht der proletarischen Bewegung.“*

9 – Rosa Luxemburg

10
11 Im Januar 2014 haben wir als Jusos Berlin zum zweiten Mal als Organisator*innen und Teilnehmer*innen
12 bei Aktionswoche und Demonstration des Bündnisses Rosa&Karl mitgewirkt. Ziel des Bündnisses ist die
13 vertiefte Auseinandersetzung mit (eigener) linker Geschichte im Allgemeinen und dem Wirken von Rosa
14 Luxemburg und Karl Liebknecht im Besonderen, aber auch die Aktualisierung linker Theorie und Praxis im
15 Zuge dessen.

16 Als Jusos Berlin bekennen wir uns zu den Ideen des Bündnisses und werden auch weiterhin zur Arbeit
17 desselben durch direkte Mitarbeit und eigene inhaltliche Begleitung des Programms beitragen.

18 Wir glauben, dass die Fragen des Bündnisses für unser Selbstverständnis als Jungsozialist*innen heute
19 äußerst relevant sind. Rosa und Karl gehören zu unseren wichtigen politischen Vorkämpfer*innen, wir
20 fühlen uns ihnen und ihren Ideen einer befreiten Gesellschaft verpflichtet. Von ihren Erörterungen z.B. zu
21 den Fragen von Reform, Revolution, Krieg und Frieden, aber auch von ihren Kämpfen innerhalb,
22 außerhalb und mit der Sozialdemokratie gibt es auch für uns heute noch viel zu lernen.

23
24 Wir müssen allerdings feststellen, dass wir es bisher nicht geschafft haben, die Debatten rund um das
25 Bündnis ausreichend in unseren Verband zu tragen. Auch wenn die Präsenz der Jusos bei der Demo 2014
26 sehr gut war, war unsere Beteiligung bei der organisatorischen Arbeit und den Veranstaltungen der
27 Aktionswoche nicht zufrieden stellend. Das wird auch von unseren Bündnispartner*innen und den
28 (vielen) kritischen Beobachter*innen des Bündnisses so wahrgenommen. Das ist ein Problem.

29 Wir werden uns deshalb frühzeitig vor Beginn der jährlichen Vorbereitungen des Bündnisses mit unserer
30 eigenen Beteiligung befassen. Dabei wird ein Mitglied des Landesvorstands fest für die Betreuung
31 eingeteilt, das die dort mitwirkenden Jusos unterstützt und die Vermittlung zwischen Bündnis und
32 Verband sicherstellt. Diese könnte beispielsweise im Rahmen des erweiterten Landesvorstands
33 stattfinden. Unser Anspruch ist die personelle Unterstützung in Form von mehreren Genoss*innen, die im
34 Bündnis direkt mithelfen. Der Landesverband verpflichtet sich weiterhin zur inhaltlichen Begleitung der
35 Bündnisarbeit und wird Veranstaltungen zur Information und Schulung der eigenen Mitglieder
36 ausrichten. Dabei soll nicht nur der Sinn der Initiative vermittelt werden, sondern auch die Theorien von
37 Rosa Luxemburg und Anderen in unseren Verband getragen werden. Hierbei gilt es, den Anschluss an

38 marxistische Debatten von damals und heute sicherzustellen, um „linke“ Diskurse, die sich auch im
39 Umfeld des Bündnisses immer wieder herstellen, für alle nachvollziehbar zu machen. Wir stellen fest, dass
40 wir uns der häufig geäußerten Kritik an der Sozialdemokratie und ihrer Geschichte als ganzer Verband
41 (selbst-)kritisch stellen müssen. Dies wird fester Teil unserer Bildungsarbeit sein. Davon erhoffen wir auch
42 uns Impulse für unsere Theorie und Praxis heute, der leider zu häufig die inhaltliche Tiefe und die
43 Radikalität fehlt, die die Sozialdemokratie lange geprägt hat.
44 Auch wenn diese Punkte die innerverbandliche Mobilisierung betreffen, wollen wir nicht auf die
45 Kooperation mit unseren Partner*innen beispielsweise von den Falken, der Naturfreundejugend und
46 solid' intensivieren, auch über den Rahmen des Bündnisses hinaus. Wir wollen das Know-how der
47 anderen Verbände, vor allem im Bereich der Bildungsarbeit, für unsere eigene Organisation fruchtbar
48 machen.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf, Jusos Neukölln, Jusos Steglitz-Zehlendorf

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 5 **O5_1/14 Richtlinien-Änderung: Für eine harte** 6 **Quote auf der LDK!**

7
8 In die „Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) im
9 Landesverband Berlin“ wird in §12 ein neuer Absatz eingefügt:

10
11 (3a) Ist eine Delegation eines Kreisverbands nicht vollständig besetzt, wird die Frauenquote von 40
12 Prozent weiterhin strikt eingehalten. Hierzu melden sich solange männliche Delegierte, beginnend beim
13 Delegierten mit dem schlechtesten Stimmergebnis, ab, bis die Quotierung erfüllt ist.

14 *Begründung:*

15
16 Nur eine harte Quote ist eine echte Quote. Zu oft ist es in den vergangenen Jahren vorgekommen, dass
17 trotz der paritätischen Wahl von Delegationen auf der Kreisvollversammlung Delegationen unquotiert
18 auf der LDK erschienen. Wir wollen den Schritt wagen, hier eine verbindliche Regel einzuführen.

19
20 Bisheriger Wortlaut: § 12 Landesdelegiertenkonferenz (LDK)

- 21 (1) Die Landesdelegiertenkonferenz ist das höchste Beschlussorgan der Landesarbeitsgemeinschaft
22 der Jusos.
- 23 (2) Die Landesdelegiertenkonferenz besteht aus 81 von den Kreisvollversammlungen der Jusos
24 gewählten Delegierten. Jeder Kreis erhält ein Grundmandat. Die übrigen Mandate werden auf
25 der Grundlage der Mitgliederstärke nach dem Verfahren Hare-Niemeyer auf die Kreise verteilt.
- 26 (3) Weibliche Delegierte können nur durch weibliche Ersatzdelegierte vertreten werden.
- 27 (4) Die Landesdelegiertenkonferenz tagt mindestens zweimal im Jahr. Sie wird vom Landesvorstand
28 der Arbeitsgemeinschaft unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung einberufen. Sie kann dem
29 Landesvorstand der Jusos Aufträge erteilen, über deren Erledigung er Bericht zu erstatten hat.
30 Auf schriftlichen Antrag von mindestens drei Kreisvollversammlungen ist die
31 Landesdelegiertenkonferenz innerhalb von 14 Tagen einzuberufen.
- 32 (5) Die Landesdelegiertenkonferenz wählt den Landesvorstand der Jusos, den erweiterten
33 Landesvorstand und die Delegierten zum Bundeskongress und zum Bundesausschuss der Jusos.
- 34 (6) Rederecht auf der Landesdelegiertenkonferenz haben alle Berliner Jusos. Anderen Personen
35 kann das Rederecht auf Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz gewährt werden.

36 (7) Antragsrecht auf der Landesdelegiertenkonferenz haben alle Delegierten, die Juso-Kreise, der
37 Landesvorstand, die Landesarbeitskreise sowie die Juso-Hochschulgruppen.

Antragsbereich O: Organisation und Parteireform

Antrag O6_1/14

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Lichtenberg

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 **O6_1/14 Antragskommission stärker befähigen**

7

8 Das Organisationsstatut wird dahingehend angepasst, dass die Antragskommission zum Landesparteitag
9 der Berliner SPD aus je einem oder einer Delegierten der Kreise und je einem oder einer Vertreter_in der,
10 vom Landesvorstand anerkannten, Arbeitsgemeinschaften besteht.

11

12 *Begründung:*

13 erfolgt mündlich

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Lichtenberg

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 **O7_1/14 Delegationswahlen müssen mit der Zeit** 7 **gehen**

8

9 Wir fordern, dass das Organisationsstatut dahingehend angepasst wird, dass die Jusos ihre Delegationen
10 zur Landesdelegiertenkonferenz künftig bei Bedarf auch jährlich wählen können.

11

12 Hierfür bietet sich beispielsweise ein neuer § 11* Absatz 1a mit folgendem Wortlaut an.

13

13 „Abweichend zu Absatz 1 werden die Delegierten zur Landesdelegiertenkonferenz der Jusos für die

14

14 Dauer von mindestens einem Jahr gewählt.“

15

16 *Begründung:*

17 erfolgt mündlich

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Lichtenberg

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

5 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

6

7 **O8_1/14 Schaffung eines Systems, um den Status** 8 **von Anträgen zu verfolgen**

9

10 Die Verfolgung von Anträgen an übergeordnete Gliederungen ist den Mitgliedern momentan nicht
11 eigenständig möglich. Sie sind in der Regel auf Nachfrage bei hauptamtlichen Mitarbeitern angewiesen.
12 Um die Basisdemokratie in unserer Partei zu stärken und jedem Mitglied die Möglichkeit zu geben, den
13 Weg der Anträge eigenständig verfolgen zu können, ist daher die Schaffung eines allgemein
14 zugänglichen Systems zur Verfolgung von Anträgen dringend geboten.

15

16 Dieses System soll es dauerhaft ermöglichen, dass Parteimitglieder zu jedem Antrag online den
17 bisherigen Verlauf sehen können und ggf. in welchem Gremium der Antrag demnächst abgestimmt
18 werden wird. Damit wird auch dargestellt, welche Gremien ihre Positionen bereits in den Antrag
19 eingebracht haben. Inhalt des Antrages, Änderungen und Zusammenfassungen mit anderen Anträgen
20 sollen hier ebenfalls dokumentiert werden. Beispiele wie so etwas umgesetzt werden kann, sind in
21 diversen Parlamenten zu finden.

22

23 Der Parteivorstand soll dieses System innerhalb eines Jahres ab Beschlussfassung schaffen. Sollte es nicht
24 zu einem zustimmenden Beschluss durch den Bundesparteitag kommen, so hat der Vorstand der
25 Gliederung dieses System für seinen Zuständigkeitsbereich im Alleingang zu schaffen, welche dem
26 Antrag zuletzt zugestimmt hat.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Lichtenberg

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

6 **O9_1/14 Sexismus auch im eigenen Verband** 7 **bekämpfen!**

8
9 Die Jusos verstehen sich als feministischer und antisexistischer Verband. Dennoch gehören sexistische
10 Erfahrungen für viele Mitglieder zum Verbandsalltag, was sich nicht zuletzt darauf auswirkt, dass viele die
11 Motivation, sich zu engagieren, verlieren.

12
13 Deswegen werden der Bundesverband und die Geschäftsführung der Jusos aufgefordert, konsequenter
14 bei Sexismus-Vorfällen vorzugehen.

15
16 Wir fordern deshalb:

- 17
- 18 - Auf allen Veranstaltungen der Jusos muss es unabhängig von deren Länge und Teilnehmenden-
19 Anzahl ein Awareness-Team geben. Teilnehmende, die von Sexismus betroffen sind, müssen die
20 Möglichkeit zu einem Gespräch haben. Die Aufgabe eines Awareness-Teams ist es,
21 Mediationsgespräche zwischen allen Beteiligten zu leiten, Betroffene zu beraten und ggf. weitere
22 Schritte einzuleiten.
 - 23 - Auf allen Veranstaltungen muss ein geschützter FLT*-Raum gewährleistet werden. Wer von
24 Übergriffen betroffen ist und sich unwohl fühlt, muss die Möglichkeit haben, sich
25 zurückzuziehen. Schutzräume sind nicht nur auf mehrtägigen Veranstaltungen nötig - Sexismus
26 ist Alltag.
 - 27 - Veranstaltungen der Jusos müssen gendergerecht geplant, durchgeführt und auf
28 Gendergerechtigkeit analysiert werden. Dazu muss ein Leitfaden erarbeitet werden, nach dem
29 sich die Organisator_innen richten können.
 - 30 - Auf allen Veranstaltungen muss es für Frauen* ermöglicht werden, ein Frauen*plenum
31 einzuberufen, sobald es benötigt wird. Ein Frauen*plenum stellt einen geschützten Raum dar, auf
32 den alle Frauen*, die sich unwohl fühlen, Anspruch haben. Gründe für ein Plenum können
33 beispielsweise sexistische Übergriffe oder enormes männliches Redeverhalten sein.
- 34

35 Um diese Forderungen durchsetzen zu können, muss der Bundesverband Koordinator_innen bestimmen,
36 die Veranstaltungen auf diese Faktoren prüfen und somit zu einem Verband beitragen, der Sexismus in
37 den eigenen Reihen entschieden entgegenwirkt.

38

39 *Begründung:*

40 Obwohl wir Jusos uns als antisexistischen Verband verstehen, spiegeln wird dennoch das wider, was in
41 der Gesellschaft Alltag ist: Frauen und LGBTIQ* sind von Sexismus betroffen. Schon oft haben wir uns
42 dazu bekannt, für eine antisexistische Gesellschaft zu kämpfen und haben einen breit aufgestellten
43 feministischen Forderungskatalog. Nun wird es Zeit, dies auch innerverbandlich konsequent
44 durchzusetzen und Veranstaltungen für alle zu einem sicheren Ort zu machen.

45

46 *Begriffserklärungen:*

47 FLT* steht für Frauen/Lesben/Trans*. Wir gehen davon aus, dass gerade FLT* von Sexismus betroffen sind.
48 LGBTIQ* steht für Lesbian/Gay/Bisexual/Trans*/Intersexual/Queer. Es ist ein Sammelbegriff für Menschen,
49 die nicht in die heteronormative Norm passen.

1 **AntragsstellerIn:** Juso-Landesvorstand

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 **R1_1/14 Resolution: Stillstand ist konservativ.**

5 **Am 25. Mai NEIN stimmen.**

6
7
8 Zeitgleich zur Europawahl am 25. Mai findet in Berlin der Volksentscheid zur Zukunft des Tempelhofer
9 Feldes statt. Wir Jusos Berlin werden uns deutlich vernehmbar und mit eigenem Informationsmaterial
10 unterfüttert in die Auseinandersetzung einbringen und für die Beteiligung am Entscheid sowie möglichst
11 viele Nein-Stimmen werben.

12
13 Das Anliegen der Initiative „100% Tempelhofer Feld“, wonach in absehbarer Zeit keine relevanten
14 Veränderungen auf dem ehemaligen Flughafengelände vorgenommen werden könnten, ist zutiefst
15 strukturkonservativ und egoistisch. Nicht etwa, weil die Bebauung von Freiflächen immer und überall
16 richtig ist und auch nicht, weil im Moment der Wohnraumverknappung jedes Wohnungsbauvorhaben
17 unhinterfragt genehmigt gehört. Vielmehr negiert die grundsätzliche Weigerung, eine demokratisch
18 legitimierte Weiterentwicklung des Feldes zuzulassen, dass es legitime urbane Interessen gibt, die auf
19 dem Tempelhofer Feld befriedigt werden können. Neben der Schaffung von Wohnraum geht es
20 beispielsweise um Sport- und Freizeitflächen für die Individual- und Vereinsnutzung oder auch um
21 Teilflächen für (natur-)wissenschaftliche Erfahrungsräume. Wir wollen ein Tempelhofer Feld, auf dem
22 auch die Interessen derer bedient werden, die nicht genügend Mittel haben, um für sich, ihre
23 Freund*innen und Familien ein abwechslungsreiches Wochenende zu gestalten, wenn man ihnen dafür
24 nur eine ausreichend große Wiese zur Verfügung stellt. Insofern ist die Frage nach der Zukunft des
25 Tempelhofer Feldes auch ein Stückweit die Frage danach, wie solidarisch wir in Berlin unsere
26 unterschiedlichen Bedürfnisse miteinander verhandeln und ob das viel beschworene „Recht auf Stadt“,
27 dem wir uns verpflichtet fühlen, wirklich für alle gilt oder am Ende doch nur für diejenigen, die in Berlin
28 Grund und Boden besitzen.

29
30 Auch die Randbebauung mit Wohnraum, zu der wir uns in der Vergangenheit bereits positioniert haben,
31 findet im Grundsatz unsere Zustimmung. Wir werden uns jedoch weiterhin und auch über den
32 Volksentscheid hinaus dafür einsetzen, dass noch mehr günstiger Wohnraum geschaffen wird. Kaltmieten
33 von 6 bis 8 Euro pro Quadratmeter mögen im Stadtzentrum vergleichsweise günstig sein, erschwinglich
34 sind sie aber bei weitem nicht für alle. Auch sehen wir für diesen günstigen Wohnraum nicht nur am
35 Tempelhofer Damm einen Bedarf, sondern auch auf den anderen geplanten Bauflächen. Für
36 entsprechende Korrekturen setzen wir uns ein. Der Schutz der verbleibenden Freifläche, des Innenareals,

- 37 ist darüber hinaus für uns eine politische Selbstverständlichkeit und trägt dazu bei, dass auch das legitime
38 Interesse an großen Freiräumen in der Innenstadt bedient werden kann.

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Mitte

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:
4

5 **R2_1/14 Resolution: Die Kultur der (falsch** 6 **verstandenen) Verantwortung – Gegen eine** 7 **weitere Militarisierung der Außenpolitik**

8
9 „Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung. Wir wollen die globale Ordnung aktiv
10 mitgestalten. [...] (Es) setzt sich weltweit für Frieden, Freiheit und Sicherheit, für eine gerechte
11 Weltordnung, die Durchsetzung der Menschenrechte und die Geltung des Völkerrechts sowie für
12 nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung ein“, so heißt es im Koalitionsvertrag. Dieser anfangs
13 noch wenig beachtete Absatz nimmt in der aktuellen Arbeit der Bundesregierung langsam Konturen an.
14 Gleich zu Beginn dieses Jahres – 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges und 75 Jahre nach Beginn
15 des Zweiten Weltkrieges – finden wir uns in einer sehr einseitigen Debatte um die Ziele der deutschen
16 Außenpolitik wieder. In einem bisher eher seltenen Drei- und Gleichklang stimmen die
17 Verteidigungsministerin und der Außenminister gemeinsam mit dem Bundespräsidenten, das Lied des
18 „nationalen Selbstbewusstseins“ an. Man müsse gerade als ökonomisch starker Akteur endlich die
19 Zurückhaltung ablegen, sich der eigenen Rolle in der Welt bewusst werden und, eingekleidet in die
20 bestehende Sicherheitsarchitektur, mehr eigene Verantwortung übernehmen.

21
22 Dieser Drang ist im Grundsatz gewiss nicht neu. Bereits im Weißbuch der Bundeswehr 2006 und in den
23 verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 ist die Sicherung wirtschaftspolitischer Interessen offen als
24 Auftrag der Bundeswehr formuliert. Doch während der letzte Versuch, die Verbindung zwischen
25 Wirtschaftsinteressen und deren aktiver Durchsetzung durch (mehr) „out-of-area“-Militäreinsätze
26 öffentlich zu kommunizieren stark angegriffen wurde und letztendlich zu einem Rücktritt führte, findet
27 über die jetzt verstärkte Akzentuierung der außen- und sicherheitspolitischen Strategie kaum eine
28 gegenläufige Debatte statt. Die ungewohnte Einmütigkeit macht deutlich, dass die Akzeptanz eines
29 solchen Verständnisses zunimmt. Dabei geht diese, aus unserer Sicht zu einer weiteren Militarisierung der
30 Außenpolitik führende Debatte, in zwei zentralen Punkten in die falsche Richtung:

31 **Der Begriff der Verantwortung**

32 In Debatten um die Außen- und Sicherheitspolitik wird stets der Begriff der internationalen
33 Verantwortung oder wahlweise des globalen Engagements bemüht. Doch was steckt in diesen Begriffen
34 aktuell? Wer dabei nach internationaler Solidarität sucht, wird nicht fündig. Verantwortung wird hier
35

36 überwiegend militärisch konnotiert. Auch wenn mitunter an die Stelle von „deutschen Interessen“, die
37 man durchsetzen wolle, „europäische Interessen“ treten, geht es im Kern noch immer um das militärische
38 Durchsetzen vornehmlich wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen.

39

40 Das neue daran vermag man jedoch erst auf den zweiten Blick zu erkennen. Die Beteiligten sind
41 ersichtlich weniger darum bemüht, diese wie in früheren kontroversen Debatten in eine sicher-
42 heitspolitische Bedrohungslage umzumünzen. Es wurde früher mit dem Schutz von Menschen-rechten
43 (Kosovo), dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus (Afghanistan) oder dem Beistand von
44 Bündnispartnern (Türkei, Frankreich) argumentiert.

45

46 Heute ist offen die Rede von den Chancen, die Einsätze zur Stabilisierung ganzer Regionen für die
47 deutsche Exportwirtschaft böten. Mit großer Selbstverständlichkeit wird verkündet, dass Deutschland als
48 ressourcenarmes, exportorientiertes Land Rohstoffe, Märkte und Transportwege sichern und seiner
49 ambitionierten Rolle in der Welt gerecht werden müsse.

50

51 **Die Mittel der Außenpolitik**

52 Bereits in den letzten Jahrzehnten hat die Militarisierung der deutschen Außenpolitik deutlich erkennbar
53 zugenommen. Davon zeugen nicht zuletzt die zahlreichen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Allein zum
54 jetzigen Zeitpunkt befindet sich die Bundeswehr in 14 Einsätzen, in die sie ca. 5.000 Soldat_innen
55 entsandt hat. Es ist nicht nachvollziehbar, dass dies noch dem ursprünglichen grundgesetzlichen Auftrag
56 der Bundeswehr entspricht. Ein nach dem Grundgesetz als Verteidigungsarmee konzipiertes Militär kann
57 nicht gleichzeitig Interventionsarmee sein. Zahlreiche gesetzliche oder vertragliche Regelungen, wie z.B.
58 das Grundgesetz oder der Zwei-plus-Vier-Vertrag verpflichten die Bundesregierung explizit, dass von
59 hiesigem Boden nur Frieden ausgehen wird.

60

61 Hinzu kommt, dass militärische Einsätze zunehmend in Medien und im gesellschaftlichen Diskurs als
62 Normalität in der Außenpolitik dargestellt werden. Durch die „integrierte Sicherheitspolitik“ und „zivil-
63 militärische Zusammenarbeit“ werden zivile Akteure militärischen Strategien untergeordnet. Militärische
64 Einsatztruppen und Mitarbeiter_innen in der zivilen Not- und Entwicklungszusammenarbeit haben aber
65 unterschiedliche Funktionen. Es besteht zudem die Gefahr, dass eine Nichtregierungsorganisation mit
66 humanitärem Mandat durch das Militär instrumentalisiert wird.

67

68 Gleichzeitig wurden und werden die deutschen Rüstungsexporte gesteigert. Allein 2012 wurden Waffen
69 im Wert von ca. einer Milliarde Euro exportiert. Als damit weltweit drittgrößter Exporteur von Waffen
70 betreibt die Bundesregierung, abgesichert über staatliche Exportbürgschaften, zudem die gezielte
71 Aufrüstung der sog. „strategischen Partnerländer“. Diese Exporte in Drittstaaten (außerhalb der EU) haben
72 mittlerweile einen Anteil von 55 % der gesamten Waffenausfuhrgenehmigungen erreicht. Keine Rolle
73 spielt dabei, dass diese mitunter in Spannungsgebieten liegenden Länder offen mit Gewalt gegen das
74 Aufbegehren der eigenen Bevölkerung vorgehen.

75

76 **Was Verantwortung für uns heißt**

77 Verantwortung heißt für uns, den Anspruch auf Gleichheit der Rechte aller Menschen als einer Grundlage
78 für eine nachhaltige Entwicklung und den Frieden nicht zu vernachlässigen. Gerade in der Außenpolitik
79 müssen Verhandlung, Zusammenarbeit und Diplomatie im Vordergrund stehen. Die Bedürfnisse der
80 Menschen sind dabei maßgebend.

81

82 Verantwortung heißt für uns, dass das Bewusstsein internationaler Solidarität auf der Ebene des
83 Engagements für Migrant_innen sowie für die Rechte von Asylbewerber_innen und Flüchtlingen
84 essenzieller Teil von Außenpolitik ist. Dies muss auch praktiziert werden. Es muss endlich Schluss damit
85 sein, dass ein ökonomisch reiches Land mit allen Mitteln daran arbeitet, sich gegenüber Flüchtlingen und
86 Menschen, die nach Hilfe suchen, abschottet.

87

88 Verantwortung heißt für uns, auf dem Weg zu einem völligen Verbot der Rüstungsexporte, die restriktive
89 Handhabung der Exporte und eine effektive Kontrolle durch das Parlament sowie deren Veröffentlichung
90 durchzusetzen. Was wir brauchen ist die Stärkung ziviler Konfliktprävention und, sofern bereits Konflikte
91 eingetreten sind, ziviler Konfliktbewältigung. Die Exportgenehmigung von Waffen ist in unseren Augen
92 unverantwortlich.

93

94 Verantwortung heißt für uns, dass die Bundesregierung die Entwicklungszusammenarbeit als zentrales
95 Instrument der Außenpolitik begreift. Die von der alten Bundesregierung vorangetriebene
96 Ökonomisierung der Entwicklungszusammenarbeit muss dabei wieder zu einem wertenden Verständnis
97 zurückgeführt werden. Gegenseitiger Respekt und Solidarität muss dabei das Leitmotiv sein.

98 Verantwortung heißt für uns, dass vor allem auch die Konfliktursachen weltweit bekämpft werden

99 müssen. Das kann aber maßgeblich nur über einen Wandel des Weltwirtschaftssystems und der

100 gegenseitigen Beziehungen stattfinden. Die Sicherung wirtschaftlicher Interessen durch militärische

101 Gewalt ist eine zutiefst destruktive Fehlentwicklung. Dem werden wir uns widersetzen.

102 Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort die Militarisierung im Inneren und Äußeren zu stoppen, ihr

103 entgegen zu arbeiten und somit ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden!

1 **AntragsstellerIn:** Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

6 **R3_1/14 Resolution: Unterstützung für** 7 **palästinensische Flüchtlinge in Syrien!**

8
9 Der Bürger*innenkrieg in Syrien dauert nun mehr als drei Jahre und ist heute eine Gefahr für die ganze
10 Region und auch die angrenzenden Staaten. Viele zivile Opfer sind zu beklagen: neben mehreren
11 hunderttausend Toten und Verletzten sind Millionen Menschen gezwungen, aus Syrien zu fliehen. Die
12 Flüchtlingsbewegungen betreffen hauptsächlich den Libanon, Jordanien und die Türkei. Die betroffenen
13 Staaten stehen vor enormen Herausforderungen, wenn sie diese Menschen versorgen wollen.

14 Besonders auffällig ist die prekäre Lage der 180.000 Palästinenser*innen in Syrien, die bereits vor Beginn
15 des Bürger*innenkrieges im Land lebten. Sie stehen zwischen den Fronten des Regimes von Assad und
16 islamistischen Dschihadisten. Das Flüchtlingslager Yarmouk nahe bei Damaskus war ein Kriegsschauplatz
17 der bewaffneten Auseinandersetzungen der beiden verfeindeten Parteien. Heute ist es weitestgehend
18 zerstört und von seiner Umwelt abgeschottet. Das offiziell Palästina-freundliche Assad-Regime hat sich
19 durch die gezielte Bombardierung der Flüchtlingslager in seiner Rolle als vermeintliche Schutzmacht
20 diskreditiert und sich (auch hier) Kriegsverbrechen schuldig gemacht.

21 Nach Angaben der UNRWA (Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten)
22 droht in Yarmouk sowie in anderen Flüchtlingslagern eine Hungerkatastrophe. Hilfspakete der UNRWA
23 erreichen nur sehr unregelmäßig die 18.000 hinterbliebenen palästinensischen Flüchtlinge.

24
25 Diese schwierige Situation ist nicht hinnehmbar. Hier ist Solidarität besonders wichtig, da diese Menschen
26 vollkommen ungeschützt den Aggressionen der verfeindeten Gruppierungen ausgesetzt sind. Die
27 palästinensischen Flüchtlinge in Syrien gehören trotz aller vermeintlicher Palästina-Solidarität und ihrer
28 politischen Instrumentalisierung durch verschiedene Akteure im Nahen Osten zu den am härtesten
29 Betroffenen.

30 Für uns gilt eines ganz klar: Wir solidarisieren uns mit allen von Leid betroffenen und schutzlosen
31 Menschen in Syrien, ganz egal welcher Nationalität. Der Schutz von Flüchtenden muss sichergestellt
32 werden und oberste Priorität haben.

34 **Deshalb fordern wir:**

- 35 • Verstärkte humanitäre Hilfe der palästinensischen Flüchtlinge in Syrien!

- 36 • Sicherstellung des Schutzes von Flüchtenden in Syrien und den benachbarten Staaten durch die
- 37 internationale Gemeinschaft!
- 38 • Verurteilung und Bestrafung der durch das Assad-Regime und islamistische Dschihadisten
- 39 begangenen Verbrechen gegen die Palästinenser*innen und alle anderen Flüchtlinge in Syrien!

AntragsstellerIn: Jusos Reinickendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

R4_1/14 Resolution: Verdrängung von Obdachlosen stoppen!

Die Verdrängung von Obdachlosen wird als Zeichen tiefer sozialer Kälte verstanden. Als sozialdemokratisch können nur politische Entscheidungen erachtet werden, die ein gesellschaftliches Klima der Akzeptanz gegenüber Wohnungslosen fördern und durch welche darauf hingewirkt wird, dass ein Ausgleich zwischen den Interessen der restlichen Gesellschaft und den Obdachlosen erwirkt wird.

Begründung: In den vergangenen Jahren hat das ungarische Parlament für Aufsehen gesorgt, als ein Gesetz beschlossen wurde, dass die Gangart gegen Obdachlose verhärtet hat. Obdachlosen können nunmehr bspw. Platzverweise erteilt werden, wenn sie in der Öffentlichkeit schlafen. Gleichzeitig können sie auch bei mehrfachem Verstoß mit Geld- oder Haftstrafen belegt werden. Ungarn steckt also kurz gesagt, seine Obdachlosen ins Gefängnis.

Doch bei den aufsehenerregenden Ereignissen im Ausland wird leicht vergessen, was sich vor unserer eigenen Haustür abspielt. Auch Deutschland erlebt ein immer raueres Klima gegenüber Wohnungslosen. Bspw. Hamburg gibt dabei eines der beschämenden Beispiele ab – eine immerhin von einem sozialdemokratischen Bürgermeister regierte Stadt.

Zwar wurden Obdachlose seit jeher ausgegrenzt und ihnen wurde häufig genug für ihr Schicksal die alleinige Verantwortung zugewiesen. Die zunehmende soziale Kälte infolge der neoliberalen Wende der vergangenen Jahre hat jedoch ein Übriges getan. Noch stärker als bisher wurde die dem Kapitalismus eigene Einteilung der Gesellschaft in Gewinner_innen und Verlierer_innen hervorgehoben. Immer härter sind infolgedessen die Brüche im Leben der Menschen geworden, was als wesentliche Ursache für Wohnungslosigkeit ausgemacht wird.

Positiv zu erachten sind dabei Akte der Einvernehmlichkeit mit den Wohnungslosen, wie sie beispielsweise in Berlin Wedding am Leopoldplatz stattgefunden haben. Dort wurde versucht, ein Ausgleich mit den Anwohner_innen und Passant_innen zu finden. Sozialarbeiter_innen, Bezirk und die örtliche Kirche haben mit den Wohnungslosen und Trinker_innen vor Ort ausgemacht, dass sie sich in eine eigens für sie eingerichtete Trinkerstube begeben, anstatt sich wie früher auf dem Platz einzufinden.

1 **AntragsstellerIn:** Juso-Landesvorstand

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

4 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

5

6 **V1_1/14 Fahrscheinlosen ÖPNV prüfen**

7

8 Der Senat wird aufgefordert, ein Gutachten über die finanziellen Auswirkungen eines fahrscheinlosen
9 öffentlichen Nahverkehrs in Berlin in Auftrag zu geben.

10 In ein solches Gutachten sind nicht nur entgangene Ticketeinnahmen und gesparte Ausgaben für
11 Ticketautomaten und die Verfolgung von SchwarzfahrerInnen einzubeziehen, sondern auch die
12 Veränderungen in den Verkehrsströmen insgesamt. So müssen etwa die Auswirkungen eines
13 möglicherweise verringerten Individualverkehrs genauso berücksichtigt werden wie der Mehrbedarf an
14 Linien und Kapazitäten im ÖPNV. Einzukalkulieren ist zudem der enorme Zuzug nach Berlin mit dem
15 dadurch steigenden Bedarf an Mobilität. Bei der Folgen-Abschätzung einer solchen Einführung eines
16 fahrscheinlosen ÖPNV sollten praktische Beispiele aus Tallin und anderen Städten berücksichtigt werden,
17 wo dies bereits Realität ist.

Liedtext: Die Internationale

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde
nun mit Macht zum Durchbruch dringt.
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger
Alles zu werden, strömt zuhauf!

|: Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht. :|

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun
Uns aus dem Elend zu erlösen
können wir nur selber tun!
Leeres Wort: des Armen Rechte,
Leeres Wort: des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte,
duldet die Schmach nun länger nicht!

|: Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht. :|

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n
Die Müßiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muss unser sein;
Unser Blut sei nicht mehr der Raben,
Nicht der mächt'gen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass!

|: Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
erkämpft das Menschenrecht. :|

Arbeitergesetzgebung, Preiskontrollen, Schulpflicht. Die Pariser Commune wurde nach zwei Monaten am 28. Mai 1871 mit Hilfe preußisch-deutschen Militärs blutig niedergeworfen. Eugène Pottier (1816-1887) schrieb die Internationale auf der Flucht vor den Versailler Truppen nach der Blutwoche der Pariser Commune 1871. Noch in der Niederlage verstand er die Commune als Beginn des letzten Kampfes der zur Befreiung der Menschheit führen wird. In seinem Text werden vier Jahrzehnte erlebte Geschichte der französischen Arbeiterbewegung verdichtet und zur Antwort auf die vorläufige Niederlage der ersten Selbstregierung geprägt: nur der Aufstand der Arbeiter eröffnet den Ausblick auf die freie Welt. 17 Jahre später, im Jahre 1888, wurde sie von Pierre Degeyter, Drechsler und Chorleiter eines Arbeitergesangsvereins in Lille, vertont. Durch seine Aufführung auf dem internationalen Sozialistenkongress 1910 in Kopenhagen wurde das Lied weltweit bekannt. 1918-1944 war die Internationale offizielle Staatshymne der Sowjetunion, Von den zahlreichen deutschen Nachdichtungen setzte sich die Fassung von Emil Luckhardt durch. Luckhardt sang im Wuppertaler Arbeitergesangsverein Proletaria dessen Chorleiter nach einer deutschen Fassung der Internationalen suchte. Durch Gymnasiumsbesuch verfügte Luckhardt über Französisch-Kenntnisse, die ihm die kongeniale Übersetzung ermöglichten. Luckhardt fiel im Ersten Weltkrieg schon am 5. November 1914. (*Quelle: „Das vorwärts Liederbuch“, 2011, S. 52*)

Historischer Hintergrund: Die Internationale ist das Lied der Pariser Commune von 1871. Am 18. März errichteten Arbeiter und radikale Kleinbürger die Commune, die als erster Versuch einer Arbeiterrepublik in der Geschichte bezeichnet werden darf. Die Commune setzte tiefgreifende Reformen durch, wie zum Beispiel Gleichberechtigung der Frau, proletarische Volksmiliz,